Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 268. Morgen-Ausgabe. Einundsiebzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Freitag, den 18. April 1890.

Deutschland.

ℑ Breslau, 17. April. [Das Grabgeläute des Officiösenthums.] Unschuldig wie die Tauben sind sie nicht, dafür aber schlau wie die Schlangen, die biederen Officiösen nämlich, als deren vornehmste Vertreterin nun doch einmal die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zu betrachten ist. Sie haben eine gute Witterung; sind sie doch so lange Jahre hindurch bemüht gewesen nicht sowohl auf die eigene innere Stimme als vielmehr darauf zu hören, was ihnen der Wind aus den oberen Regionen zutrug. Allein lustig ist es immerhin, daß die Anführerin der ganzen officiösen Schaar, unter der sich gar manche Pensionärinnen des Welfenfonds befinden, über die bisherige Art und Weise der Verwendung dieses Fonds ihre schweren politischen Bedenken äußert und sich für eine Klarstellung der Angelegenheit ins Zeug legt. Sie merkt, daß das letzte Stündlein des Officiösenthums geschlagen hat, und so hält sie es für das Gerathenste, aus der Noth eine Tugend zu machen. Ein wenig unbehaglich mag es ihr aber doch in ihrer gegenwärtigen Situation zu Muthe sein. Sie moquirt sich in ihrer Besprechung des ersten Auftretens des neuen Reichskanzlers im Abgeordnetenhause über die „kleinliche" Erörterung von „im Grunde doch sehr untergeordneten Preßfragen neben den großen von Herrn von Caprivi angedeuteten Zielen." Wir sind durchaus nicht geneigt die Preßfrage, um die es sich handelte, für eine kleinliche zu halten, und vielleicht giebt uns die „Norddeutsche" im verborgensten Winkel ihres Herzens Recht; denn die Presse bildet und bestimmt die politischen Anschauungen der Allgemeinheit, und eine tiefgreifende Umwälzung in ihrer bisherigen Organisation besitzt deshalb eine große Tragweite und Wichtigkeit. Eine ähnliche Ueberzeugung scheint man auch nicht nur im Abgeordnetenhause, sondern auch am Regierungstische zu hegen. In Sachen des Officiösenthums, an welches sich eine lebhafte Debatte des Abgeordnetenhauses anknüpfte, haben zwei Vertreter der Regierung das Wort ergriffen: der Minister des Innern Herrfurth und der Ministerpräsident von Caprivi. In den Ausführungen der beiden Herren vermeinen wir einen directen Gegensatz zu entdecken. Herr Herrfurth stellte auf die Anzapfung des Abgeordneten Rickert hin kurz entschlossen das Vorhandensein officiöser Preßorgane so gut wie völlig in Abrede. Alsdann behauptete er, daß die Regierung nicht darauf verzichten könne, ihre Absichten in der Presse vertheidigt zu sehen. Damit schlug er aber nur offene Thüren ein; denn kein Mensch denkt daran, der Regierung die Presse zu verschließen. Werthvoll und beachtenswerth ist, daß er es der Staatsregierung zur Pflicht macht, sich von jeder persönlichen gehässigen Polemik fernzuhalten und niemals die Grenzen einer objectiven Kritik zu überschreiten. Dieser Grundsatz wird gewiß, zumal in den Reihen der Opposition, durchaus gebilligt werden. Ist es doch gerade die von der officiösen Presse mit Virtuosität betriebene Verhetzung der Bevölkerung, die schmähliche Verdächtigung aller oppositionellen Bestrebungen gewesen, welche das Verfahren der officiösen Presse kennzeichnete. Im Allgemeinen suchte Herr Herrfurth mit diplomatischer Geschicklichkeit den eigentlichen Kernpunkt, um den es sich drehte, zu verhüllen. Herr Caprivi dagegen gab ganz offen zu, daß unter dem früheren Regime eine officiöse Presse existirt habe; denn in seiner Versicherung, daß seit dem Personenwechsel im Amte des Reichskanzlers nicht ein einziges Wort aus der Reichskanzlei in die Presse gekommen ist, ist implicite das Zugeständniß enthalten, daß es vormals anders gewesen ist. Er theilte ferner mit, daß über diese Dinge ernste Erwägungen innerhalb des Staatsministeriums stattgefunden haben. Damit ist festgestellt, daß es nach seinem Ermessen einen faulen Punkt in unserem Zeitungswesen gab, für dessen Ausmerzung zu sorgen er gewillt ist. Was Herr v. Caprivi mit dankenswerther Offenheit über die für die auswärtige Politik zu befolgende Methode in der Benützung der Presse bemerkte, wollen wir auf seine Stichhaltigkeit hin nicht näher prüfen. Jedenfalls hat er vor aller Welt seinen festen Entschluß kundgegeben, mit den früheren Gepflogenheiten zu brechen und damit dem Officiösenthum den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Die Verlegenheitserklärung des Herrn Herrfurth hat Windthorst sehr treffend als einen Nachklang aus vergangenen Zeiten charakterisirt; der Minister fühle sich noch nicht recht in seiner Freiheit, meinte er. Hoffen wir, daß unter dem neuen Regime die Gesammtheit des Volkes es lernen möge, sich in ihrer Freiheit zu fühlen.

Berlin, 17. April. [Tages-Chronik.] Vor Kurzem hieß es, gegen den Consul Dr. Knappe sei ein Disciplinarproceß anhängig gemacht worden. Jetzt schreibt die Kreuzzeitung: „Was den Fall Knappe anlangt, so hat es sich augenscheinlich nicht um „Entfernung aus dem Amte" gehandelt. Der Consul Dr. Knappe war durch Verfügung seiner Behörde zur Disposition gestellt, und es handelt sich nun darum, hierüber ein Erkenntniß herbeizuführen. Da das nicht unter die Befugnisse der entscheidenden Disciplinarbehörden fiel, so wurde ein Gerichtshof aus Mitgliedern des Auswärtigen Amts gebildet, welcher die Verfügung des Chefs bestätigte."

Der bekannte Theologe, Prof. Dr. Beyschlag in Halle veröffentlicht im „Deutschen Wochenbl." einen Aufsatz über die evangelische Kirche als Bundesgenossin gegen die Socialdemokratie, in welchem er gegenüber dem Vorschlage eines orthodoxen Blattes, einen großen kirchlichen Hilfsverein zu bilden, der alle öffentlichen Angelegenheiten in sein Bereich ziehe, erklärt:

Als Christen haben wir alle Einen Verein, in den wir zusammen gehören, die Gemeinde, — dem mache ich keine Concurrenz. Als Bürger und Vaterlandsfreund aber bleibe ich bei dem guten alten Spruch des lutherischen Katechismus: „Ein jeder lern' sein Lection, so wird es wohl im Hause stohn." Was bei jenem Hilfsverein für Alles herauskommen würde, das hat uns die „christlich-sociale" Partei vor Augen gestellt in dem Modell jenes allgemein deutschen Ideals, an welchem sie seit Jahren gearbeitet hat, der sogenannten Berliner Bewegung. Da ist heute in Land- und Reichstagswahlen gemacht, gestern in Communalsachen agitirt, morgen gegen die liberalen Kirchenvorstände ein orthodoxer Landsturm organisirt worden; da ist einmal die Sonntags- und dann wieder die Judenfrage verhandelt und ein anderes Mal wider die böse Presse im bösesten Preßstyl losgegangen worden: daß in alledem der heilige Geist geweht hätte, werden die Führer und Leiter wohl selbst nicht behaupten. Und doch ist das Alles unter der Firma des Christenthums, des alleinberechtigten Vollchristenthums geschehen . . . Gott bewahre unser deutsches Volk vor einer Verallgemeinerung dieser Christenthumsschule!

Bezüglich der Abänderung des Tarifs für Nachnahmesendungen verlautet, daß für die Beförderung von Briefen und Packeten das Porto der Versendungsgattung erhoben werden soll und bei Uebermittelung eingegangener Geldbeträge bis 5 M. 10 Pf., darüber bis 100 M. 20 Pf., bis 200 M. 30 Pf. und bis 400 M. 40 Pf. Die sicher erwartete Steigerung des Verkehrs werde das Eintreten von Einnahmeausfällen verhüten.

[In einer Verfügung des Unterrichtsministers] werden die Directoren höherer Schulen auf die beklagenswerthe Erscheinung der häufigen Selbstmorde von Schülern hingewiesen und als Pflicht der Schulverwaltung betont, nach Mitteln zu suchen, um krankhafte Neigungen des heranwachsenden Schülergeschlechtes thunlichst zu bekämpfen. Der Minister empfiehlt den Directoren und Lehrern eine ernste Prüfung, ob die erziehliche Aufgabe, welche die Schule im Verein mit der Familie an ihren Zöglingen zu lösen hat, namentlich schwächeren Schülern gegenüber, mit Umsicht und liebevoller Hingebung erfüllt werde und befürwortet, jeden Schüler nach seinen körperlichen und sittlichen Anlagen zu behandeln. Insbesondere wird ein pflichtgemäßes und wohlwollendes Verfahren bei Versetzung der Schüler gefordert. In Bezug hierauf besagt der Erlaß:

„Einer Ueberraschung der Eltern oder der Schüler durch unerwartete Mißerfolge wird durch frühzeitige Hinweisung der Ersteren auf das voraussichtliche Ergebniß unter Angabe der Gründe vorgebeugt. Liegt mangelhafte Begabung, fortgesetzter Unfleiß oder Widerstand gegen die Schulordnung vor, so ist den Eltern der Rath zu ertheilen, den Schüler für einen anderen Beruf zu bestimmen. Wo der Grund des Mißerfolges in vorübergehenden körperlichen oder geistigen Dispositionen der Knaben zu suchen ist, da ist es nöthig, daß Schule und Haus vertrauensvoll zusammenwirken, lieblose Behandlung vermeiden, und in den Schülern das Vertrauen zu sich selbst gehoben, das Gefühl der Verantwortung gestärkt, die Wahl des Umgangs und der Lectüre überwacht, ferner für die Leibesübungen und Erholung in zweckmäßiger Weise gesorgt werde. Endlich ist auf die so überaus nachtheilig wirkenden Schülerverbindungen eine unausgesetzte Aufmerksamkeit zu verwenden."

[Der Schulantrag des Centrums,] der im Abgeordnetenhause wieder eingebracht worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage baldigst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches den Kirchen und ihren Organen in Betreff des religiösen Unterrichts in den Volksschulen diejenigen Befugnisse in vollem Umfange gewährt werden, welche die Verfassungsurkunde im Artikel 24 denselben durch den Satz: „Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften" zugesichert hat und dabei, dem ursprünglichen Sinne dieser Zusicherung entsprechend, insbesondere auf Feststellung folgender Rechte Bedacht zu nehmen: 1) In das Amt des Volksschullehrers dürfen nur Personen berufen werden, gegen welche die kirchliche Behörde in kirchlich-religiöser Hinsicht keine Einwendung gemacht hat. Werden später solche Einwendungen erhoben, so darf der Lehrer zur Ertheilung des Religionsunterrichts nicht weiter zugelassen werden. 2) Diejenigen Organe zu bestimmen, welche in den einzelnen Volksschulen den Religionsunterricht zu leiten berechtigt sind, steht ausschließlich den kirchlichen Obern zu. 3) Das zur Leitung des Religionsunterrichts berufene kirchliche Organ ist befugt, nach eigenem Ermessen den schulplanmäßigen Religionsunterricht selbst zu ertheilen oder dem Religionsunterrichte des Lehrers beizuwohnen, in diesen einzugreifen und für dessen Ertheilung den Lehrer mit Weisungen zu versehen, welche von Letzterem zu befolgen sind. 4) Die kirchlichen Behörden bestimmen die für den Religionsunterricht und die religiöse Uebung in den Schulen dienenden Lehr- und Unterrichtsbücher, den Umfang und Inhalt des schulplanmäßigen religiösen Unterrichtsstoffes und dessen Vertheilung auf die einzelnen Klassen.

[Die Realgymnasien., Im Abgeordnetenhause hat der Abgeordnete Seyffardt (Magdeburg) einen eingehenden Bericht über die Verhandlung erstattet, welche in der Petitions-Commission über eine Petition des allgemeinen Deutschen Realschulmännervereins stattfand, die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Abiturienten der Realgymnasien die gleiche Berechtigung zu allen Studien und Staatsprüfungen gegeben werde, wie den Gymnasialabiturienten. Der Antrag des Referenten, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Wir entnehmen dem Bericht noch Folgendes:

Der Referent gab einen eingehenden Rückblick auf die früheren Verhandlungen. Am 17. März 1882 bemerkte der Minister von Goßler bei Besprechung der neuen Lehrpläne für Gymnasien und Realgymnasien: „Wenn durch die weitere Entwickelung der Realanstalten immer mehr diejenigen Voraussetzungen erfüllt werden, welche wir als ein Gemeingut unserer gebildeten und gelehrten Stände betrachten, dann wird meines Erachtens der Zeitpunkt gekommen sein, wo die Frage nach der Berechtigung der Realanstalten mit Ernst in Erwägung gezogen und wohl auch gelöst werden kann." Seitdem hat die Frage parlamentarisch 5 lange Jahre geruht, bis am 7. März 1888 der Abgeordnete Dr. Langerhans den Herrn Minister ersuchte, den Realgymnasien nun endlich gerecht zu werden. Der Herr Minister antwortete mit Bezugnahme auf die Statistik des ungemein stark gewachsenen Andrangs zu den Universitäten, an der die Eröffnung der philosophischen Facultät bezüglich Mathematik, Naturwissenschaften und neuerer Sprachen einen erheblichen Antheil habe, mit der Erklärung, daß er nunmehr auf dem Standpunkt stehe, dem Andrängen, die Realgymnasialabiturienten mit weiteren Facultäten zu versehen, Widerstand leisten zu wollen. Mit dieser Entscheidung hat der Herr Minister die von ihm den Realgymnasien am 17. März 1882 gesteckten Ziele und eröffneten Aussichten vollständig verleugnet. Am 6. März 1889 hat der Herr Minister unter einfacher Wiederholung der im Jahre vorher gegebenen Statistik und ohne Rücksichtnahme auf des heutigen Referenten Entgegnung vom 17. März 1888, die jene Statistik als auf unrichtiger Gruppirung beruhend bezeichnete, seinen Entschluß, den Realgymnasien keine weiteren Berechtigungen zu ertheilen, noch einmal bestätigt. — Nur ein Redner widersprach dem Antrage des Referenten auf Ueberweisung zur Berücksichtigung. Der Redner wisse sich, selbst klassisch gebildet, frei von der Meinung, die auch er als ein Vorurtheil betrachte, auf den, der einen anderen Bildungsweg gegangen, herabsehen zu dürfen. Wer aber ein Studium wirklich wissenschaftlich betreiben will, müsse auf die Quellen zurückgehen können und werde zu diesem Behufe die altklassischen Sprachen schwer ersetzlich finden. Hier liege die Entscheidung, die heute nicht gegeben werden könne. — Der erste Redner für den Antrag war ein Mitglied, welches sich gleichzeitig als begeisterter Anhänger des humanistischen Gymnasiums bekannte. Es sei zu kühn, zu behaupten, daß sich nicht eine Lehrweise finden lasse, welche das Studium des Altklassischen ersetze, und daß sich eine historische Verbindung mit dem Alterthum nicht auch durch den Unterricht in der Geschichte ohne directe Lectüre der Alten gewinnen lasse. — Ein fernerer Redner bemerkte, für die Petition sei ausschlaggebend, ob die Bildung des Abiturienten der Realgymnasien zum Universitätsstudium ausreiche. Das sei zu bejahen. Die Zulassung der Realabiturienten werde die Ueberfüllung der Universitäten nicht vermehren, sondern vermindern, indem von den Realgymnasien der Uebertritt zu den praktischen Berufen erleichtert werde. Die Gleichstellung der Realgymnasien und Gymnasien sei auch deshalb werthvoll, weil die große Zahl der Schüler, welche die Schule nicht voll durchmachen, vom Realgymnasium eine bessere Lebensbildung mitnehmen. — Sodann trat ein Mitglied in die Discussion mit den nachfolgenden Ausführungen: Wenn die Frage der Gleichberechtigung der Gymnasial- und Realgymnasialabiturienten zum Universitätsstudium zurückgeführt wird auf die Frage, ob die Realgymnasialbildung dieselbe allgemeine Vorbildung und Schulung des Geistes zu wissenschaftlichen Studien gewähre wie die Gymnasialbildung, so verlohnt es sich doch, auch die Erfahrung mit heranzuziehen. Ich selbst bin Realschul-Abiturient, bin nach Ablegung des Abiturientenexamens sofort zum juristischen Studium übergegangen und habe mich dabei in den Nebenstunden durch Studium des Griechischen und einige Uebung im lateinischen Aufsatz auf das nachzumachende Gymnasialexamen vorbereitet, das ich dann auch nach knapp zehnmonatlicher Vorbereitung als Extraneus bestand. Ich habe aber schon im ersten Semester meine lateinischen juristischen Schriftsteller vollkommen verstanden und nicht bemerkt, daß meine auf der Realschule gewonnene Kenntniß des Lateinischen mir nicht genügte. Ich habe dann mein erstes juristisches Examen schon drei Jahre nach meinem Realgymnasialexamen abgelegt. Einer meiner Mitschüler hat schon ein halb Jahr nach dem Realgymnasialexamen das Gymnasialexamen nachgemacht; heute ist er Staatsanwalt; ein Dritter ist Mediciner geworden. Ein anderer Mitschüler aus einer anderen Klasse ist sogar „klassischer Philologe" geworden. Ich glaube nicht, daß man behaupten kann, wir alle hätten die nöthige Schulung des Geistes erst bekommen in der Zeit nach dem Realgymnasialexamen, während wir uns neben unseren sonstigen Studien auf das Gymnasialexamen vorbereiteten. Ich glaube daher, daß die geistige Schulung, welche das Realgymnasium gewährt, vollkommen ebenso für das Studium aller Wissenschaften genügt, wie diejenige, welche das Gymnasium bietet. Ein Gymnasialabiturient ist heute außer zum Universitätsstudium auch zugelassen zur Bauakademie, Gewerbeakademie, Bergakademie u. s. w. Ich glaube nicht, daß der Vorsprung an Vorbildung, welchen der Gymnasialabiturient für die Universitätsstudien hat, größer ist als der Vorsprung, welchen der Realgymnasialabiturient für die Bauakademie u. s. w. hat. Der Gymnasialabiturient wird für die technischen Hochschulen einiges in Mathematik, Physik, Chemie u. s. w. nachholen müssen; warum hält man da den Realgymnasialabiturient für unfähig, ein gleiches Maß an Latein und Griechisch für das Universitätsstudium nachzuholen? Der wissenschaftliche Werth der Bildung im Latein und Griechisch liegt einerseits in der formalen Schulung des Geistes durch die strengen Sprachregeln, andererseits in dem Bekanntwerden mit der gesammten Weltanschauung der Alten. Ich glaube, daß die formale Schulung des Geistes durch die strengen Regeln der höheren Mathematik, Physik und Chemie mindestens ebenbürtig ist der formalen Schulung durch die lateinische und griechische Grammatik, Prosodie u. s. w. Was das Kennenlernen einer Weltanschauung anlangt, so halte ich bei aller Hochschätzung der Alten die Weltanschauung eines Shakespeare, Milton, Macaulay und Walter Scott für ein ungleich idealeres Bildungselement, namentlich im christlichen Staat, als die Weltanschauung des Homer und selbst des Sophokles. Auch die Strenge und Schönheit der Form kann man bei französischen und englischen Classikern ebenso kennen lernen. Das Griechische ist heute wesentlich nur ethisches und intellectuelles Bildungselement, nicht praktische Vorbedingung für wissenschaftliches Studium, z. B. in Jurisprudenz und Medicin; es wird auf dem Realgymnasium ersetzt durch Mathematik und Naturwissenschaften, Physik, Chemie u. s. w. Das Lateinische ist daneben auch praktische Vorbedingung für das Studium der Jurisprudenz, Medicin und aller anderen Fächer. Ein Jurist, der den Gaius und die Institutiones des Justinian nicht sofort versteht und nach einiger Uebung auch die Pandekten, könne kein wissenschaftlicher Jurist werden. Aber dafür genügt erfahrungsmäßig das auf dem Realgymnasium gelernte Latein reichlich. Ebenso stehe es mit Medicin und Disciplinen der philosophischen Facultät. Zum Schluß seien ja noch die späteren staatlichen Examina da, in denen der Examinand, der Gymnasiast war, nicht weniger an wissenschaftlicher Bildung nachzuweisen habe wie der Examinand, der Realgymnasiast war. Man könne es daher letzterm ruhig selbst überlassen, das etwa Fehlende nachzuholen. — Von anderer Seite wurde betont, daß die große Entwicklung der Gymnasien nicht aus ihrer inneren Tüchtigkeit, sondern aus den denselben ertheilten großen Berechtigungen hervorgegangen sei. Es bestehe damit eine Prämie auf Errichtung dieser Anstalten, und jährlich würden Tausende in eine für sie ganz ungeeignete Bildungsrichtung hineingetrieben. Wenn die Realgymnasien in der Zahl weit hinter den Gymnasien zurückgeblieben seien, so sei das nicht ein Beweis dafür, daß sie eine weniger gute allgemeine Bildung geben, sondern weil sie eben weniger Berechtigungen hätten. — Zum Schluß bemerkte der Referent: Die Verhandlungen haben sich mannigfach von dem eigentlichen Kernpunkt der Forderung der Bittsteller, der Gleichstellung der Abiturienten beider Anstalten, entfernt und sich mit den Vorzügen und Schwächen der beiden verschiedenen Schularten beschäftigt. Wie weit nun auch in letzterer Beziehung die Ansichten auseinander gegangen sind, so sind alle Redner mit einer Ausnahme sich in ihren Entscheidungen darin begegnet, dem höheren Schulwesen fortan in seinen verschiedenen Abzweigungen gleiche Luft und gleiches Licht gewähren zu wollen. In der Verschiedenheit der Ausgangspunkte, die alle auf dasselbe Ziel hinausstreben, liegt die Bürgschaft, daß die Forderung, die die Petenten vertreten, nicht einem einseitigen Standpunkte ihren Ursprung verdankt, sondern den Schlußstein einer längeren historischen Entwickelung in Aussicht genommen hat. Wenn nun der Eine die Gleichberechtigung wegen der dem Realgymnasium eigenthümlichen Vorzüge, der Andere wegen der Nothwendigkeit, das gesammte Realschulwesen in der Schätzung der Nation zu heben, der Dritte wegen der den Gymnasien wünschenswerthen Concurrenz als fernerhin unumgänglich erachten, so sind im Grunde die verschiedenen Auffassungen nur Ausflüsse des Grundgedankens, daß im Unterrichtswesen wie in jedem anderen Gebiet menschlichen Strebens Eines sich nicht für Alle schickt und nur in einer Mehrgestaltung gleichberechtigter Formen eine Gewährleistung für die Bildungsbedürfnisse möglichst weiter Kreise zu finden ist.

[Der Berliner Verein deutscher Ingenieure] hatte zu Mittwoch Abend eine außerordentliche Versammlung nach dem Architektenhause ausgeschrieben, um aus dem Munde des Geh. Regierungsraths Prof. Reuleaux einen Vortrag über das Mannesmann'sche Walzverfahren entgegenzunehmen. Es ist dies eine neue Erfindung, die in technischen Kreisen schon seit einiger Zeit lebhaft erörtert wird und geeignet ist, unserer gesammten Metallindustrie ganz neue Bahnen zu weisen. Welche hohe Bedeutung in Fachkreisen dieser Erfindung beigelegt wird, geht daraus hervor, daß die Ankündigung dieses Vortragsthemas genügte, um die hervorragendsten Vertreter der technischen Welt Berlins im Architektenhause zu vereinigen. Daß auch unsere Behörden die neue Erfindung mit Interesse verfolgen, bewies die Anwesenheit zahlreicher Vertreter der militärisch-technischen Anstalten und vor allem das Erscheinen der Minister v. Bötticher, v. Maybach und v. Berlepsch. Man bemerkte unter den Anwesenden, wie die „Nat.-Ztg." berichtet, den Director der Kriegsakademie Gen.-Lieut. v. Lattré, die Gen.-Majore v. Bergen, Andreä, Gerhard, Vogel v. Falkenstein, die Inspecteure der Gewehrfabriken Kleckel und von Brandenstein, den Inspicienten des Artillerie-Materials Oberst Schüler, den Commandeur der Eisenbahn-Brigade Oberst Knappe, aus dem Marine-Ministerium die Geh. Admiralitätsräthe Gurlt und Dietrich, die Geh. Ober-Regierungsräthe Lohmann und Mosler, ferner den Abg. Dr. Hammacher, die Großindustriellen Siemens und Heckmann, Branddirector Stude, Offiziere aller Waffengattungen rc. An den Wänden des Saales waren zahlreiche Modelle und Probestücke zur Demonstration des neuen Verfahrens aufgestellt, theilweise von geradezu grotesken Formen. Es handelt sich bei der Mannesmann'schen Erfindung um das wichtige Problem, aus Eisen, Stahl, Kupfer, überhaupt aus jedem schmiedbaren Material Röhren direct aus dem vollen Block fertig herzustellen, ohne sie erst zu löthen, zu nieten oder zusammenzuschweißen. Der Vortragende erläuterte in klarer und anschaulicher Weise alle Vorstufen, welche die Erfindung zu durchlaufen hatte, und charakterisirte das Hauptprincip derselben dahin, daß die Röhrenwandung über dem zurückbleibenden Kern aus dem Eisenblocke hervorgetrieben wird, gleichsam, wie wenn man einem Menschen die Haut über dem Kopfe abstreift. Schwierigkeiten aller Art stellten sich der Vollendung und praktischen Nutzbarmachung der Erfindung hindernd entgegen; es mußten neue Werke gebaut, besondere Maschinen und Maschinentheile construirt, eigene Hüttenwerke rc. errichtet werden. Ueber die Geschichte dieser bedeutsamen Entdeckung machte der Vortragende folgende interessante Mittheilungen: Die Erfinder sind die Brüder Mannesmann in Remscheid, von denen zwei in der Versammlung anwesend waren. Nicht der Zufall hat sie zu der

Erfindung geführt, sondern jahrelanges, mühsames Suchen und Probiren, gemäß dem Goethe'schen Spruche: „Was ist Erfinden? Es ist der Abschluß des Gesuchten." Schon ihr Vater, der eine Feilenhauerei in Remscheid besaß, beschäftigte sich viel mit der Idee, Flintenläufe aus einem Block zu walzen. Nach vielen vergeblichen Versuchen gab er dieses Problem auf, ließ aber seine Söhne zu Ingenieuren ausbilden und vermachte ihnen als geistiges Erbe seine Idee. Nächtlicher Weile arbeiteten die Söhne in der Werkstatt, feilten und probirten, bis sie endlich das Problem gelöst hatten, und weckten in der Nacht den Vater, um ihm überglücklich das erste gewalzte Rohr zu zeigen. Jetzt bestehen zur Ausbeutung ihrer Erfindung bereits fünf große Werke: in Remscheid, bei Saarbrücken, in Komotau in Böhmen, in Landorn in Südwales und das fünfte wird jetzt von Gebrüder Heckmann in Duisburg ausgeführt. Das Erfreuliche bei dieser Erfindung ist, wie der Vortragende zum Schluß unter lebhaftem Beifall ausführte, daß dieselbe eine rein deutsche ist und ausschließlich mit deutscher Capitalkraft ausgeführt wurde, daß sie thatkräftig sich in die Reihe der anderen großen Industrien stellt, wichtigen Lebenszwecken dient und zur Verstärkung der Vertheidigungskraft und Wehrfähigkeit unseres Vaterlandes beiträgt.

[Der socialdemokratische Reichstagscandidat für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg,] Herr Buchdrucker Wilhelm Werner aus Berlin, hatte sich am Mittwoch vor dem Potsdamer Schöffengericht unter der Anklage der öffentlichen Beleidigung zu verantworten. Die Angelegenheit spielte sich am 6. December in dem Locale von Bugow zu Nowawes-Neuendorf ab, woselbst der freisinnige Arbeiter-Verein eine öffentliche Versammlung abhielt, in welcher der Redacteur Dr. Rosenbaum aus Potsdam den Vortrag hielt. An denselben schloß sich eine Debatte, bei welcher Herr Werner das Wort nahm, das ihm von dem Vorsitzenden unter der Bedingung ertheilt wurde, daß er sich in den Grenzen der Gesetze halte und nicht länger wie 10 Minuten spreche. Als Werner diese Redezeit überschritt, wurde er von dem Vorsitzenden mehrmals ersucht, aufzuhören, und als er dies nicht that, erhob sich der Gendarm Dorrow, welcher die Versammlung überwachte und rief Werner zu „Fügen Sie sich doch den Anordnungen des Vorsitzenden!", worauf Werner entgegnete: „Sie haben mir gar nichts zu sagen, sondern Sie können höchstens die Versammlung auflösen, wenn ungesetzliche Handlungen vorkommen." — Der Vorsitzende ließ hierauf eine Pause eintreten und forderte die Socialisten auf, den Saal zu verlassen, was auch sofort geschah. Durch die Worte: „Sie haben mir gar nichts zu sagen ꝛc." fühlte sich indessen der Gendarm Dorrow beleidigt und seine vorgesetzte Dienstbehörde stellte dieserhalb Strafantrag. Werner bestritt, daß der Inhalt der Worte beleidigender Natur sei, er habe lediglich in der Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, denn der Gendarm habe, ohne daß er von dem Vorsitzenden dazu veranlaßt worden sei, vollständig ungesetzlich in die Debatte eingegriffen und könnte höchstens als Privatperson beleidigt sein. Der Gerichtshof war indessen der Ansicht, daß der Gendarm auch während der ganzen Zeit der Versammlung befugt gewesen sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten, mithin amtlich gehandelt habe und erkannte auf 30 Mark Geldstrafe event. drei Tage Gefängniß und Publication des Urtheils.

[Dem Buchbinder Konstantin Janiszewski,] welcher nach Verbüßung einer 5 1/4 jährigen Gefängnißstrafe am 5. October v. J. in Berlin seinen Wohnsitz nahm, wurde mittelst Verfügung des Polizeipräsidenten vom 11. dess. Mts. der Aufenthalt in Berlin untersagt. Diese Verfügung stützte sich auf das alte preußische Niederlassungsgesetz vom 31. December 1842. J. focht die erlassene Polizeiverfügung an. Die Streitfrage wurde, wie die „Volksztg." meldet, am Mittwoch vor der höchsten Instanz verhandelt. Der Kläger war mit seinem Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Flatau, anwesend, von Seiten des Oberpräsidiums war kein Vertreter erschienen. Der Vertheidiger machte u. A. geltend, daß sein Client nur wegen politischer Vergehen bestraft worden sei, daß demselben bei der letzten Reichstagswahl 23 000 Berliner Bürger ihre Stimme gegeben und ihm dadurch die höchste Ehre im Staate angetragen hätten, und er somit als ein Verbrecher nicht betrachtet werden könne. Aber auch als Socialist sei er für die öffentliche Sicherheit nicht gefährlich, denn sonst würde er auf Grund des Socialistengesetzes ausgewiesen worden sein. Der Gerichtshof verkündete nach dreiviertelstündiger Berathung das Urtheil: Abweisung des Klägers unter Auferlegung der Kosten.

[Baron Franz Zorn von Bulach,] dessen Tod bereits telegraphisch gemeldet ist, war, wie die „Frkf. Ztg." schreibt, der siebzehnte Stammhalter eines zugleich altelsässischen und badischen Adelsgeschlechtes, dessen Stammbbaum auf acht Jahrhunderte zurückreicht, und das der alten Reichsstadt Straßburg manchen berühmten Stellmeister geliefert hat. Der Verstorbene, der das Alter von 62 Jahren erreichte, hatte in seiner Jugend, wie es die französische Sitte mit sich brachte, fait son droit, d. h. Jura studirt und widmete sich sodann der Verwaltung der ausgedehnten Güter, die seine Familie besaß und die durch seine Heirath mit einem Fräulein von Reinach-Hirzbach noch vermehrt wurden. Der Majoratssitz ist Durbach im Großherzogthum Baden. Der Hauptbesitz liegt um das Schloß Osthausen bei Erstein im Elsaß. Dazu kommen große Güter im Luxemburgischen und in der Schweiz. Dieser ausgedehnte Grundbesitz bezeichnete den Verstorbenen für die verschiedensten Ehrenämter. Bürgermeister von Osthausen und Mitglied des Bezirkstages war er von 1855 bis zu seinem Tode. Im Jahre 1863 war seine Wahl als Deputirter zum Corps législatif erfolgt, doch wurde die Wahl wegen allzu auffälliger Beeinflussung durch die Regierung für ungiltig erklärt. Von Bulach war nämlich bei Napoleon III., der ihn zum Kammerherrn gemacht hatte, und bei der Kaiserin Eugenie persona gratissima, und da hatten der Präfect und die Unterpräfecten zu Gunsten seiner Wahl alle Minen springen lassen. Anno 1869 kam eine zweite Wahl zu Stande. Nach dem Kriege blieb von Bulach im Elsaß. Dem Landesausschuß hat er seit der Gründung dieser Körperschaft angehört und Jahr für Jahr wurde er zum ersten Vicepräsidenten gewählt, ohne daß ihm übrigens der Präsident Jean Schlumberger, der seinen Stuhl nie verläßt, je Gelegenheit gelassen hätte, den Vorsitz auch nur während fünf Minuten zu führen. Feldmarschall von Manteuffel hatte ihn zum Mitgliede des Staatsrathes ernannt, von Bulach resignirte aber auf diese Ehrenstelle. Später wurde er vom jetzigen Statthalter Fürst von Hohenlohe wieder in den Staatsrath berufen. Baron von Bulach hatte im Verkehr mit dem Publikum keinen Adelsstolz; auch gegen den Aermsten war er freundlich ohne vornehme Herablassung. Er war ein eifriger Katholik und dennoch gegen Andersdenkende sehr duldsam. In wirthschaftlichen Dingen huldigte er dem Agrarierthum, ohne sich gegen wirklichen Fortschritt zu verschließen. Politisch war er ein überzeugter Autonomist, und obgleich es ihm schwer fiel, es mit der Regierung zu verderben, ließ er im Landesausschuß sehr oft warme Worte, die meistens in eine originelle Form gekleidet waren, zu Gunsten einer freieren Verfassung des Reichslandes und gegen die Ausnahmsmaßregeln fallen. Sein Tod reißt auch namentlich insofern eine Lücke, weil Zorn v. Bulach in Berlin und Karlsruhe wohl angeschrieben war, und seinen persönlichen Einfluß zu Gunsten des Landes geltend machen konnte. Im Jahre 1867 war er nämlich, bei Anlaß des Besuches, den während der Ausstellung der damalige König Wilhelm von Preußen in Paris machte, von Napoleon zur persönlichen Dienstleistung beim König bezeichnet worden, und es waren dadurch zum deutschen Herrscherhause Beziehungen entstanden, die ununterbrochen aufrecht erhalten blieben. Sein Majoratsnachfolger ist sein ältester Sohn, der Reichstagsabgeordnete Hugo Zorn von Bulach. Der zweite Sohn bereitet sich zum Priesteramte vor, nachdem er vor einigen Jahren vorübergehend im Auswärtigen Amte thätig war. Von seinen Schwiegersöhnen ist der eine, H. von Andlau, Adjutant des Großherzogs von Baden.

[Strafgefangene.] Wie man aus der soeben erschienenen „Statistik der zur Abtheilung des Ministeriums des Innern gehörenden Straf- und Gefangenen-Anstalten für 1. April 1888/89" ersieht, hat die Zahl der im Berichtsjahre in Haft gewesenen Gefangenen aller Art 129 329 betragen gegen 124 656, 130 917, 129 338, 125 526, 131 006, 148 988 und 153 751 in den 7 Vorjahren bis 1881/82 zurück. Es zeigt sich also im Vergleich zum letzten Jahre eine Zunahme um 3,8 pCt., dagegen im Vergleich zu 1881/82 eine Abnahme um 15,8 pCt. Die Zahl der in den Justizgefängnissen in Haft gewesenen Gefangenen hat im Zeitraum der letzten 7 Jahre erheblicher abgenommen, da sie von 620 404 auf 384 927, also um 38,0 pCt. zurückgegangen ist. Die Gesammtzahl der Gefangenen beider Ressorts belief sich 1881/82 auf 774 155, dagegen 1888/89 nur noch auf 514 526; die Abnahme beträgt also 259 899 Köpfe oder 33,6 pCt.

Berlin, 17. April. [Berliner Neuigkeiten.] Wie schon erwähnt, findet am 19. April im Schauspielhause eine interessante Vorstellung zum Besten des unter dem Protectorate der Kaiserin stehenden Paul Gerhardstiftes statt. Ein Referent der „Voss. Ztg.", der einer Probe beizuwohnen Gelegenheit hatte, berichtet: In dem Atelier eines jungen, gottbegnadeten Künstlers erstehen Meisterwerke der Kunst, welche in buntem Kaleidoskop, aber in lebender Gestalt von den schönsten Frauen und den elegantesten männlichen Erscheinungen der Hofgesellschaft gestellt werden. Die Entwickelung dieses Gedankens geht im 1. Bilde, dem Atelier selbst, vor sich. Im 2. Bilde erblicken wir jene unglückliche schottische Königin, deren Haupt dem Henkerbeil verfallen mußte in dem Moment, wo ihr Herz zu dem Minnesänger Rizzio entbrennt. Das 3. Bild: „La Châtelaine", führt uns nach dem schönen Frankreich — es ist ein herrliches Paar, welches man hier die Schloßstufen herabsteigen sieht — bezaubernd wirkt die Erscheinung der blonden Schloßherrin, edel und schön sind die Züge des sie geleitenden Gemahls. Das 4. Bild zeigt heiße Liebesgluth im sonnigen Italien: Desdemona, die sich vor der Leidenschaft des Mohren in den Schutz des Vaters flüchtet. Das 5. Bild zeigt noch einmal die Lagunenstadt; eine Bettlerin überreicht nach dem Becker'schen Bilde dem an der Seite seiner schönen Gemahlin aus der Kirche heimkehrenden Dogen ein Gnadengesuch, welches von der letzteren huldreich befürwortet wird. Das 6. Bild, ein Tanzfest in Indien, vergegenwärtigt uns die farbenglühende Pracht der Tropen mit ihren Palmen und gluthäugigen Sonnentöchtern. Das 7. Bild bringt uns aus den Tropen direct zu den Gletschern und Seen des Nordens! In eisiger Winternacht hat Gudrun barfuß in tiefem Schnee die harte Frohnarbeit verrichtet; aber, als sie in dem rettenden Nachen Ortwin und den Geliebten Herwig erkennt, zieht in das durch vierzehnjährige Gefangenschaft gemarterte Herz wieder der Liebesfrühling ein. Und Frühling ist es auch auf dem nächsten Bilde, nicht im schneeigen Norden, sondern in der gottgesegneten Provence. Moulinet — heißt das Lancret'sche Bild, welches in den reizenden Gestalten auf grünendem Rasen treffend in die Wirklichkeit übersetzt wird. Das 9. Bild giebt uns jenen ritterlichen deutschen Kaiser, der einst im Zweikampf den tapfersten und übermüthigsten fränkischen Ritter Claude de Barré in den Sand streckte, in dem Augenblick, als er den muthigen Streiter U. von Hutten zum Dichterfürsten krönt. — Billets werden zum Preise von 20 M. für Parquet und 1. Rang, 10 M. für 2. Rang und entsprechend billiger an der Theaterkasse des königl. Schauspielhauses verkauft.

Elberfeld, 15. April. [Vor der hiesigen Strafkammer] fand heute eine Verhandlung wegen Mißhandlung eines Verhafteten durch Polizeibeamte statt, worüber der „Voss. Ztg." berichtet wird: Angeklagt waren die Polizeisergeanten G. und F., sowie der Bürgermeistereisecretär K. aus Radevormwald. Am 8. October v. J. hatte der etwas angetrunkene Arbeiter Grunewald den ersten Angeklagten um Schutz gegen einige ihn hänselnde Personen angesprochen. Er wurde jedoch sofort für verhaftet erklärt und trotz seiner Proteste nach dem Rathhaus geführt. Als er dort abermals in etwas lauter Weise seine Unschuld betheuerte und Freilassung verlangte, schlug ihn der Polizeisergeant F. zwei Mal ins Gesicht. Polizeisergeant G. brachte ihn dann in die Gefangenenzelle und verabreichte ihm dort mit der flachen Klinge nicht weniger als sechs Hiebe über den Kopf, worauf der Mißhandelte blutüberströmt stöhnend und Hilfe rufend zu Boden stürzte. Bis zum nächsten Morgen verblieb er in seiner Zelle. Um 9 Uhr erschien dann Polizeisergeant G., wusch dem Verhafteten mit warmem Wasser das Blut vom Kopfe und führte ihn zum Secretär K., wo er zu Protocoll vernommen werden sollte. Dies geschah aber nicht, vielmehr wurde Grunewald nach einstündigem Warten wieder eingesperrt. Um 4 Uhr Nachmittags erfolgte endlich seine Entlassung, jedoch ohne daß er zuvor verhört worden war. Die Angeklagten suchten zu leugnen, was ihnen aber nichts half, da ungefähr zehn Zeugen den ganzen Vorgang mit angesehen hatten und überdies auch die Blutspuren im Gefängniß entdeckt worden waren. Polizeisergeant G., gegen welchen der Staatsanwalt einen Monat Gefängniß beantragt hatte, wurde mit Rücksicht auf seine äußerst brutale Handlungsweise zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, während sein Amtsgenosse F. mit 30 M. Geldstrafe und der Secretär K. wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung mit drei Tagen Gefängniß davonkamen.

Rußland.

[Aus den Ostseeprovinzen] gehen der Kreuzzeitung Mittheilungen zu, welche zeigen, daß die Optimisten, die immer wieder von Neuem an ein „Einlenken" glauben, heute so schlecht berichtet sind, als je. Das Bedeutsamste ist der jüngste Schulerlaß des Curators Kapustin, der entgegen seinen eigenen Zusicherungen die Einführung der russischen Unterrichtssprache für alle Schulanstalten ohne Ausnahme noch mehr zu beschleunigen, ja dermaßen zu überstürzen bestrebt ist, als ob er besorgte, daß es sonst zu spät werden könnte. Das bisher anscheinend geltende System der allmählichen Einführung hatte wenigstens das Gute, daß es einigermaßen mit den nun einmal bestehenden Verhältnissen zu rechnen suchte. Was jetzt geschieht, trägt den Charakter rücksichtsloser Gewalt. Mit der Verurtheilung des P. Nerling zu St. Mathäi in Esthland zu 1 Jahr Gefängniß hat die neue russische Rechtsprechung ihren Charakter enthüllt. P. Nerling stand seit mehreren Jahren unter „Anklage", weil er in der Kinderlehre zu treuem Ausharren im evangelischen Glauben ermahnt und dabei alle schwächlichen Rücksichten von sich gewiesen hatte. Der Handel wurde aber in die Länge gezogen, da Niemand bezweifelte, daß die deutsch-baltischen Gerichte Nerling nicht verurtheilen würden. Seit December 1889 haben diese Gerichte zu bestehen auf-

---

Seuffert-Commers.

Die vielfachen Verdienste, welche sich der mit Beginn des neuen Semesters nach Bonn berufene Geh. Justizrath Professor Dr. Seuffert auf dem Gebiete seiner akademischen Lehrthätigkeit, sowie auf communalem Gebiete während seiner rund zehnjährigen Wirksamkeit in Breslau erworben, die herzlichen Sympathien, die dem Scheidenden nicht nur von seinen Schülern, sondern von Allen, die mit ihm amtliche oder gesellige Beziehungen unterhielten, entgegengebracht wurden, machten es seinen Verehrern zur angenehmen Herzenspflicht, sich noch einmal um ihn zu versammeln und ihm in den altgewohnten Formen eines solennen Commerses Beweise treuer Dankbarkeit auf den Weg mitzugeben. Der Commers fand am Mittwoch Abend im großen Saale des Café Restaurant statt, welcher eine stattliche Schaar von Theilnehmern an vier langen Tafeln vereinigt sah. Den Hauptbestandtheil der zur Abschiedsfeier Erschienenen bildeten natürlich die ehemaligen, jetzt bereits in ein ehrenvolles Philisterium übergetretenen Schüler, sowie die jüngeren Semester, welche bis zuletzt zu den Füßen des verehrten Meisters gesessen; im Uebrigen aber setzte sich die Tafelrunde aus Angehörigen des akademischen Lehrkörpers, sowie aus Vertretern der städtischen Collegien und aus Freunden des Scheidenden aus den verschiedensten Berufskreisen zusammen. Die Stadtverordneten-Versammlung war außer durch zahlreiche Mitglieder durch den Vorsteher Justizrath Freund und den stellvertretenden Vorsteher Rechtsanwalt Kirschner vertreten; im Hinblick auf die langjährige segensreiche Thätigkeit des Scheidenden in der Schuldeputation waren Stadtschulrath Dr. Pfundtner und die beiden Stadtschulinspectoren Dr. Kriebel und Dr. Handloß auf dem Commers erschienen. Gegen 9 Uhr, als Prof. Seuffert, von dem Orchester mit einem dreimaligen Tusch empfangen, im Festsaale begrüßt war, wurde der Commers unter dem Präsidium des cand. jur. Trentin mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet. Nach Absingung des ersten Allgemeinen („Hier sind wir versammelt zu löblichem Thun") sprach Assessor Dr. Neisser in warm empfundenen, von hoher Verehrung für den Gefeierten dictirten Worten die Begrüßungs-, Dank- und Abschiedsrede. Mit wehmüthiger Empfindung, so ungefähr führte der Redner aus, haben die Schüler des Scheidenden den Tag herannahen sehen, an dem es ihnen zum letzten Male vergönnt ist, mit ihrem verehrten Lehrer zusammen zu sein; aber es erfülle sie doch mit Freude, ihm noch einmal ausdrücken zu dürfen, wie viel Dank sie ihm schulden, was er ihnen geworden und gewesen während seines langjährigen Wirkens in Breslau. Insonderheit sei es eine Seite seiner Persönlichkeit, durch die sich der Gefeierte die Herzen seiner Schüler erobert und sie begeistert habe; das sei die vollendete Humanität, deren Merkmal das alte gute Wort ist: Homo sum, nihil humani a me alienum puto. In der Wissenschaft wie in der Arbeit für das gemeine Wohl, in Leben und Lehre sei ihm nichts Menschliches fremd, bei allem, was er sinnt und wirkt, sei er dabei mit seiner ganzen Persönlichkeit. Nicht führen bei ihm die einzelnen Vermögen der Seele gesonderte Rechnung. Als Denker sei er zugleich ganzer und voller Mensch im edelsten Sinne des Wortes. Und dadurch sei ihm das Schwerste gelungen: sich von jeder Einseitigkeit fern zu halten, auch auf dem besonderen Gebiet seiner geistigen Arbeit, auf dem Gebiet der Strafrechtswissenschaft. Zu der Zeit, als Seuffert ein Lernender war, herrschte über die Geister der Geist Hegels. Mehr oder weniger bewußt hatten alle Zweige der Geisteswissenschaften ihre Pforten jener eigenartigen Methode des wissenschaftlichen Denkens geöffnet, welche versprach, untrüglich sicheren Aufschluß zu geben über alles, was in der Welt und was außerhalb geschieht und jemals geschehen ist. Noch jetzt können wir wohl bis zu einem gewissen Grade den Zauber nachempfinden, den jene in sich geschlossene Begriffswelt auf Jeden ausübte, der ihre Kreise betrat. Auch in die Strafrechtswissenschaft war triumphirend die dialectische Methode eingezogen, fruchtbaren Boden daselbst vorfindend. Mit Hülfe von Begriffen, die man für völlig gesichert hielt, glaubte man das Verbrechen in allen seinen Phasen und Arten verstehen, glaubte man die Strafe rechtfertigen zu können, — durch einfache logische Operation meinte man auf alle Fragen, die die unerschöpflichen Combinationen des Lebens stellen, eine präcise Antwort geben zu können. Und ob man an unzähligen Punkten Fiasco machte, ob man für keine einzige Streitfrage eine gesicherte, allseitig acceptirte Lösung fand, ob selbst die elementarsten Grundbegriffe, mit denen man operirte, in immer tieferes Dunkel versanken, — erst in allerjüngster Zeit vollzieht sich allmälig die Abwendung der Criminalrechtswissenschaft von jeder dogmatischen begrifflichen Grundlage. Auch Seuffert sei in jenem Hegel'schen Gedankenkreise aufgewachsen. Aber die nahe Fühlung, in welcher bei ihm die verschiedenen geistigen Sphären miteinander standen, bewahrten ihn davor, in demselben aufzugehen. Bald hatte er mit Klarheit erkannt, daß man das Verbrechen nicht begreifen könne, ohne den Verbrecher zu studiren, daß neben der rechtlichen Seite desselben die ethische und psychische, die politische und sociale Seite desselben Beachtung finden müsse. Und so wurde aus dem Criminalisten der Psychologe und Sociologe.

Jene Begriffe, die so lange als apriorische Wahrheit gegolten, wie Versuch und Vollendung, Vorsatz und Fahrlässigkeit, Begehung, Unterlassung, Causalität, sie zeigten sich ihm in dem wahren Gewande als sehr menschliche Versuche, für einen flüssig begrenzten Kreis der verschiedenartigsten Thatbestände eine gemeinschaftliche Bezeichnung zu finden. Und wie beim Verbrechen, so bei der Strafe!

Auch der verurtheilte Verbrecher erscheine ihm nicht als bloße Sache, als Gegenstand des Experimentes, noch weniger als Object des Vergeltungstriebes, und mit schönem und berechtigtem Idealismus erblicke Seuffert den Hauptzweck und den alleinigen Rechtsgrund der Strafe in ihrer erziehlichen, bessernden Kraft. Und wiederum lag es nicht in seiner Natur, nur theoretisch das Wesen der Strafe zu erfassen; wie sie praktisch wirke und sich bewähre, wollte er mit eigenen Augen sehen. In engster Beziehung stehe Seuffert zu hervorragenden Fachmännern der Gefängnißkunde und habe die Mühe nicht gescheut, zahlreiche Strafanstalten zu besuchen und an Ort und Stelle seine Beobachtungen zu machen. Und so habe er, der Hegelianer von einst, mit Maß und Besonnenheit und wiederum ohne Einseitigkeit, sich jener neuen inductiven, naturwissenschaftlichen Richtung der Strafrechtswissenschaft genähert, deren Heroldsruf von jenseits der Alpen zu uns gedrungen ist. Unter den deutschen Criminalisten stehe er im vordersten Glied. Aber auch das entspreche seiner Individualität, daß er dem Forscher Seuffert niemals gestattete, den Menschen Seuffert ganz zu verdrängen. Wie er allsommerlich hinauszog auf sein Tusculum am rauschenden Inn, wie er die firnbedeckten Spitzen der Hochalpen freudig erkletterte, wie er hier in Breslau die Liebe zur Natur großzog und förderte als langjähriger Leiter der Section Breslau des Deutsch-Oesterreichischen Alpen-Vereins, das sei allen zu bekannt, als daß es der Erwähnung bedürfte. Und unvergessen werde ihm in Breslau bleiben, was er als Mitglied der communalen Körperschaften für das Wohl der Stadt geleistet hat, nie seine Hilfe versagend, wo es galt, das Ganze zu fördern. Der Redner sprach daran anknüpfend die Hoffnung aus, daß Geh. Rath Seuffert in dieser seiner Thätigkeit unsere Stadt auch ein wenig liebgewonnen habe, und daß er als Vertheidiger auftreten werde, wenn man am Rhein mit leisem Schauder mitleidig von der Sibirien benachbarten, slovakenbewohnten Oderstadt im fernen Osten spricht. Sich zur akademischen Lehrthätigkeit Seufferts wendend, führte der Redner aus, für immer werde in der Erinnerung derer, die ihn gehört haben, die sprühende Lebendigkeit, die lichtvolle Klarheit, die fortreißende Kraft seines Vortrages stehen. Nie habe er unterlassen, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß alles darauf ankäme, wie die Institution im Getriebe des Ganzen wirke und sich bewähre, welche Garantien sie biete für eine gerechte und gute Rechtspflege. Die gute Rechtspflege, die Bewährung des Rechtes im Leben, darauf sei es ihm vor Allem angekommen und darum sei er nicht müde geworden, seinen Schülern einzuschärfen, daß alle theoretische Rechtskenntniß unnütz sei, wenn nicht gepflegt und erzogen werde die subjective Gerechtigkeit, der unbeugsame, beharrliche Wille, gerecht zu sein, die constans ac perpetua voluntas jus suum cuique tribuendi. Keineswegs aber habe sich seine Wirksamkeit als Lehrer in den Collegien und Seminarien erschöpft. Wer hätte ihn je in seinem Hause aufgesucht, ohne mit reichster Belehrung heimgekehrt zu sein?

Niemals — ob auch seine zahlreichen Berufspflichten seine Zeit aufs knappste beschränkten, — niemals habe er gezögert, mit seiner sonnenhellen Liebenswürdigkeit auf das Eingehendste sich zu beschäftigen mit den Fragen, die man ihm vorlegte. Stets habe er in liberalster Weise werthvollen litterarischen Behelf und werthvolleren Rath gespendet. Auch für die persönlichen Interessen seiner Schüler habe er stets offenes Ohr und wärmste Theilnahme gehabt. So sei er als Forscher und Bürger fruchtbringend thätig, als Lehrer in idealster Weise jugendbildend gewesen.

Der Redner schloß mit der Versicherung, daß die Saat, die der Scheidende gestreut, Früchte tragen werde, daß der Geist, in dem er das Recht gelehrt, seine Wirkung fort und fort erzeugen werde. „Sie scheiden von uns, aber uns bleibt Ihr Bild, es bleibt uns, was Sie uns gegeben haben. Sie aber, meine Verehrten, drücken Sie Ihre Gesinnung in einem urkräftigen Salamander aus. Vivat, crescat, floreat unser Seuffert zu Bonn am Rhein, und immerdar!" Nachdem der urkräftige Salamander exercirt war, sang die Festgesellschaft als zweites Allgemeines mit wehmüthiger Resignation den vergeblichen Warnungsruf „An den Rhein, an den Rhein, zieh nicht an den Rhein." Darauf erhob sich Professor Seuffert zu einer längeren, gehaltvollen Erwiderungsrede. Er sprach seinen Dank und seine Freude aus über den Inhalt der Rede des Assessors Dr. Neisser, von welcher er frei-

gehört, das russische Bezirksgericht zu Reval geht von anderen Anschauungen aus und ist dementsprechend verfahren. Andere Fälle dieser Art werden nun bald folgen; die Zahl der „angeklagten" Pastoren ist in allen drei Provinzen sehr groß; es wird Wenige geben, die nicht mit der politischen Polizei und Gendarmerie in Berührung gekommen wären.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 17. April.

Stadtverordneten-Versammlung.

Der Vorsitzende, Stadtv. Justizrath Freund, eröffnet die Sitzung gegen 4½ Uhr mit einigen geschäftlichen Mittheilungen. Zur Erledigung gelangen sodann u. a. folgende Vorlagen:

Turnhalle. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Kosten des Baues einer Turnhalle auf dem Schulgrundstück Kirchstraße 17/19 in Höhe von 25 199,17 M. aus dem Fonds gedeckt werden, der bei der Verwaltung des Volksschulwesens zur Erbauung von Schulhäusern zur Verfügung steht.

Städtische Feuersocietät. Magistrat übersendet der Versammlung den im Einverständnisse mit der Assecuranz-Deputation aufgestellten, in Einnahme und Ausgabe mit 687 270 M. abschließenden Etat für die Verwaltung der städtischen Feuersocietät pro 1. April 1890 bis 31. März 1891 mit dem Ersuchen um Genehmigung desselben.

Der Etats-Ausschuß empfiehlt: a. den Etat zu genehmigen; b. den Magistrat zu ersuchen, auf dem Stadtplan die Grenzen kenntlich zu machen, welche dem § 1 der Grundsätze bei der Verwaltung der städtischen Feuer-Societät in Breslau entsprechen.

Stadtv. Pringsheim II begründet die Anträge des Etats-Ausschusses. Stadtv. Wecker II erachtet namentlich in Rücksicht darauf, daß in betheiligten Kreisen eine große Unsicherheit darüber herrsche, wie weit sich der Zwang, der Societät anzugehören, erstrecke, die Annahme des Antrages b für erforderlich. — Stadtv. Wehlau glaubt, daß die Ausführung desselben sehr schwierig sein werde. Um Klarheit zu schaffen, werde es vor Allem nothwendig sein, daß Magistrat für die Feuer-Societät ein Statut schaffe oder das vorhandene revidire und ergänze. — Stadtv. Friedländer bittet, den Ausschußantrag b anzunehmen. Magistrat werde seine diesbezüglichen Ansichten nach Erwägung des Gegenstandes der Versammlung näher mittheilen, und dann bleibe immer noch Zeit, Weiteres zu beschließen. — Die Versammlung tritt dem bei und genehmigt die Ausschußanträge.

Demnächst beräth die Versammlung die

Etats der selbstständigen, mit dem Stadthaushalt nicht in Verbindung stehenden Verwaltungen, des Schießwerders, des Schießwesens im Schießwerder, der Fonds für Zwecke des Marktverkehrs und für die Beseitigung grundfester Bauden und der städtischen Sparkasse. Sie tritt nach kurzer Begründung durch die betreffenden Referenten meist ohne längere Discussion den Ausschuß-Anträgen bei und genehmigt die Etats.

Martha von Saebisch'sches Legat. Magistrat beantragt, die Versammlung wolle sich in Rücksicht auf die veränderten Zeit- und Geldverhältnisse damit einverstanden erklären, daß

a. am 1. April 1890

1. an das Hospital St. Bernhardin	1500 M.
2. an das Hospital zum heiligen Geist	750 „
3. an das Hospital zu 11 000 Jungfrauen	600 „
4. an das Hospital Allerheiligen	3750 „
5. an das Kinderhospital zum heiligen Grabe	1100 „
6. an das Knabenhospital in der Neustadt	1100 „
Summa	8800 M.

aus den Mitteln der Haupt-Armen-Kasse pro 1890/91, Abtheilung B, resp. aus den Capitalbeständen des Legaten-Haupt-Fonds zur Abfindung der Antheile der genannten Anstalten an dem Martha von Saebisch'schen Legate gezahlt werden;

b. bei der Haupt-Armen-Kasse Abtheilung B das Legat Martha von Saebisch zur Bekleidung Armer weiterhin mit einem Capitale von noch 8040 M. geführt werde.

Der Referent, Stadtv. Fengler, empfiehlt die Annahme des Magistratsantrages. Die Versammlung genehmigte denselben.

Friedensburgstraße. Behufs Regulirung der südlichen Baufluchtlinie der Friedensburgstraße wird ein Austausch von städtischem Terrain mit Terrain der dort gelegenen Grundstücke Nr. 10, 12 und 14 erforderlich. Magistrat hat mit dem Herrn Fürstbischof als Vertreter der jene Grundstücke besitzenden geistlichen Anstalten eine Vereinbarung getroffen, welche er der Versammlung zur Genehmigung vorlegt. Auf Antrag des Referenten, Stadtv. Urban, wird die Vorlage dem Ausschuß IV überwiesen.

Geschäftsordnung. Gelegentlich der Debatte über die Ablehnung seiner Wahl zum Mitgliede des Wahl- und Verfassungs-Ausschusses seitens des Stadtv. Riemann war von den Herren Stadtv. Grützner und Genossen der Antrag eingebracht worden, dem § 10 der Geschäftsordnung folgenden Wortlaut zu geben:

„Die Wahl der Ausschüsse I bis incl. VIII erfolgt durch den Vorstand unter Zustimmung der Versammlung.

Beim Ausscheiden eines Mitgliedes des Wahlausschusses findet baldigst eine Ergänzungswahl durch den Vorstand statt.

Der Modus für die Wahl der besonderen Ausschüsse und die Zahl ihrer Mitglieder bestimmt sich nach dem jedesmaligen Inhalt der betreffenden Beschlüsse der Versammlung."

Stadtv. Grützner begründet als Referent den Antrag und bemerkt, der Antrag sei von den Unterzeichnern gestellt worden, weil bei dem jetzigen Wahlmodus ihre Partei principiell nicht berücksichtigt werde. Es sei seitens Erachtens unerhört, daß man einer Anzahl von 34 Mitgliedern, hinter denen noch mehrere stehen, eine derartige Beleidigung ins Gesicht schleudere. Die Unterzeichner wollen nicht blos mitthaten, sondern auch mitrathen. Sie glauben, daß der Vorstand die Pflicht habe, das Recht jedes einzelnen Mitgliedes zu schützen, und hoffen, daß derselbe über den Parteien stehen werde. Man möge die Sache doch endlich beim rechten Namen nennen, es seien eben auch in der Versammlung politische Parteien vorhanden, die sich bei Gelegenheit, namentlich bei Wahlen, geltend machen. Wenn gesagt worden sei, daß jeder Stadtverordnete eine Wahl in irgend einem Ausschusse nach den Bestimmungen der Städteordnung annehmen müsse, so halte er das nicht für zutreffend. Dem Einzelnen müsse doch das Recht zustehen, wenn er sich überbürdet glaube, die Uebernahme weiterer Pflichten abzulehnen. Referent bittet, den Antrag anzunehmen, man werde dadurch ein Unrecht, das man begangen, wieder gut machen.

Stadtv. Kirschner: Ich habe das vorige Mal mich an der Debatte absichtlich mit keinem Worte betheiligt, weil ich zu denjenigen gehöre, von denen die sogenannte Minorität bei der letzten Wahl beschlossen hatte, daß sie nicht wiedergewählt werden sollten, und weil ich unter allen Umständen vermeiden will, auch nur den Schein zu erwecken, als wenn ich für meine Person dafür eintreten wollte, in diese Stellung gewählt zu werden. Gegenwärtig aber liegt die Sache anders, und ich glaube mich um so mehr berufen, zu dem Antrage Stellung zu nehmen, als er dem Vorstande eine Pflicht auferlegt und ich gegenwärtig durch Ihr Vertrauen berufen bin, an dessen Geschäften Theil zu nehmen. Ich erkläre mich ganz entschieden gegen diesen Antrag. Sie legen damit dem Vorstande eine Pflicht auf, welche zu tragen er kaum in der Lage sein wird. (Sehr richtig!) Sie können sich nicht darauf berufen, daß alle anderen Ausschüsse durch den Vorstand gebildet werden, denn das ist eine ganz andere Sache, da hat jedes Mitglied in der Versammlung Gelegenheit, in einen Ausschuß hineinzukommen. Die meisten Mitglieder sind schon durch ihren Beruf auf irgend einen Ausschuß hingewiesen. In den Wahl- und Verfassungs-Ausschuß kann aber nur ein geringer Theil der Mitglieder eintreten, und es ist in keiner Weise, abgesehen etwa von den Juristen, irgend Jemand von vornherein für diesen Ausschuß qualificirt. Für den Vorstand ist es schon schwierig, wie auch die neuliche Debatte zeigt, die Referate sachlich unter die einzelnen Mitglieder zu vertheilen und diese Schwierigkeit würde bei einer Berufung in den Wahlausschuß noch vermehrt werden. Zweitens aber bin ich der Meinung, daß dasjenige, was die Antragsteller bei dieser Abänderung der Geschäftsordnung erreichen wollen, am allerwenigsten berechtigt wäre. Sie wünschen eine andere Zusammensetzung des Wahlausschusses (Ja!), da will ich Ihnen sagen, daß die wenigen Mitglieder des Vorstandes am allerwenigsten die Verantwortung auf sich nehmen können und würden, diejenigen Mitglieder des Wahlausschusses, die sich in demselben bewährt haben, einfach aus demselben auszuschließen, blos weil sie einer bestimmten politischen Richtung angehören. Viel eher dürfte eine große Versammlung dazu geneigt sein. Ich wenigstens würde mich dafür bedanken, diese Verantwortung zu übernehmen. Diese Erwägungen sind aber für mich nicht allein ausschlaggebend, sondern die Tendenz des Antrages. Dieselbe geht dahin, Mitglieder dieser Versammlung zu verdrängen, nicht deshalb, weil es das sachliche Interesse verlangt, oder weil sie sich nicht bewährt haben, sondern weil sie einer bestimmten politischen Partei angehören. Ich behaupte, das ist ein grundfalscher Gedanke, der mit den Bestimmungen der Städteordnung in keiner Weise vereinbar ist. Diese kennt keine Unterschiede. Die Städteordnung von 1808, auf welcher die jetzige aufgebaut ist, führt im Gegensatz zu der damaligen städtischen Verfassung das allgemeine gleiche Bürgerrecht ein ohne Rücksicht auf Abstammung, Geburt, Religion oder andere Verhältnisse. Ich glaube, es widerspricht dem Geiste der Städteordnung, wenn man nicht aus sachlichem, sondern politischem Interesse Jemanden nicht wählen will. Ich würde glauben, mich an der Städteordnung zu versündigen, wenn ich Jemandem, obwohl er weniger geeignet wäre, blos deshalb meine Stimme gäbe, weil er meiner Partei angehört. Ich glaube, wir sollen, wenn wir in diesen Saal eintreten, gerade diese Differenzen möglichst bei Seite stellen. Ich halte es für eine unglückliche Stunde, in der man mit diesem Antrage an die Oeffentlichkeit getreten ist. Ich bitte Sie, widerstehen Sie dem Anfange und lehnen Sie den Antrag ab. Zu der Rechtsfrage übergehend, bemerkt Redner, daß die Bemerkung des Referenten, sie wollten ja alle mit thätig sein, die Sache verschiebe. Nicht eine politische Partei solle hier ihre Pflicht erfüllen, sondern der einzelne Stadtverordnete habe es zu thun. Er, Redner, habe im Anfange auch der Ansicht zugeneigt, daß § 74 der Städteordnung hier keine Anwendung finden könne, aber je mehr er sich in die Materie vertieft habe, sei er anderer Meinung geworden. Redner begründet seine jetzige Ansicht mit dem Hinweis auf die Magistratsmitglieder, welche sich weigern würden, ein bestimmtes Decernat zu übernehmen. Wenn von dem Referenten angeführt wird, daß dann ja manche Mitglieder mit Aemtern überhäuft sein könnten, da gäbe die Städteordnung selbst die Grenze, indem sie dem Ermessen der Stadtverordneten-Versammlung überlasse, ob die Ablehnungsgründe begründet seien. Hier sei aber von den ablehnenden Herren kein Grund angegeben worden, der nach der Städteordnung dem Ermessen der Versammlung unterbreitet werden könnte. Ich wiederhole, wenn Sie nicht dem Geiste der Städteordnung entgegenhandeln wollen, so lehnen Sie den Antrag ab. (Beifall.)

Stadtv. Brößling glaubt allerdings, daß die Majorität der Minorität mehr hätte Rechnung tragen können, namentlich in der Zusammensetzung des Wahl- und Verfassungsausschusses. Es wären dann alle die unliebsamen Erörterungen der letzten Zeit der Versammlung erspart geblieben sein (sehr richtig). Andererseits aber hätte er auch gewünscht, daß die Minorität nicht so stürmisch vorgegangen wäre. Dem Antrage können wir nicht zustimmen. Man bringe den Vorstand durch die Annahme desselben in eine schiefe Lage. Er hoffe, es werde sich ein anderer Modus finden lassen, um den Wünschen des Antragstellers entgegenzukommen. Redner bittet, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Stadtv. Stentzel giebt dem Stadtv. Kirschner Recht, wenn derselbe meint, die Antragsteller wünschen eine andere Zusammensetzung des Wahl- und Verfassungs-Ausschusses. Er selbst wünsche das von ganzem Herzen, derselbe solle nicht nach einer politischen Meinung zusammengesetzt sein. Die Minorität habe seit Jahren gewartet, daß sie im Ausschusse werde vertreten sein, und zwar in der Stärke von 3 bis 4 Mitgliedern. Man habe den Mitgliedern der Minorität entgegnet, dieselbe sei genügend vertreten, und man habe dabei Namen genannt von Personen, die nicht zur Partei der Antragsteller gehören. Wolle man diese auch noch der Minorität zurechnen, so steige diese auf mindestens 50 Mitglieder. Es seien dies die sogenannten „Wilden", die heut so, morgen so stimmen. (Unruhe.) Die Minorität werde immer damit vertröstet, sie möge abwarten, bis Sitze in dem Wahl- und Verfassungs-Ausschusse frei werden, bis jetzt habe sie vergeblich gewartet. Der Antrag sei nothwendig, die Minorität komme sonst nicht zu ihrem Rechte. Wenn die Majorität die Minorität noch weiter in der Weise vergewaltige, dann werde die Bürgerschaft das letzte Wort sprechen. — Stadtv. Bellier de Launay bemerkt, daß er am Schlusse der vorigen Berathung erwähnt habe, es freue ihn, aus den Reden der Gegner entnommen zu haben, daß in der Versammlung sachlich, nicht nach Beschlüssen einer Majorität oder Minorität verfahren werde. Es sei noch kein einziger Fall vorgetragen worden, nach welchem sich irgend wie beweisen ließe, daß auf Grund von Beschlüssen des Wahlausschusses die Versammlung so beeinflußt worden sei, daß sachlich unerhörte Beschlüsse gefaßt worden wären. Wenn der Herr Referent auf die Rechtsgründe zu sprechen komme, so handele es sich heute gar nicht darum. Wenn sich Redner einmal auf den Standpunkt stellen wolle, daß es eine Majorität und eine Minorität gäbe, so müsse er bekennen, daß er jederzeit gern bereit sei, jedem zu seinem Rechte zu verhelfen. Er könne nicht zugeben, daß durch den Antrag etwas gebessert würde. Wenn nun die Vorschläge des Vorstandes von der Versammlung nicht gebilligt würden, dann bleibe es beim Alten und der Vorstand werde nur desavouirt, und davor müsse man denselben schützen. — Stadtv. Jitschin meint, daß, wenn Herr Stadtv. Kirschner irgend einmal nicht überzeugend gesprochen habe, so sei es heute gewesen. Er nehme an, daß derselbe nur in seinem Namen und nicht im Namen des Vorstandes gesprochen habe. Redner glaube, daß sich der Vorstand seiner Pflicht, wenn sie ihm von Seiten der Versammlung auferlegt werde, nicht entziehen könne. Er könne auch absolut nicht einsehen, warum der Ausschuß I anders behandelt werden solle, als alle übrigen. Er könne ihm solche Wichtigkeit nicht beilegen; seine Mitglieder

---

lich nur die Betonung des guten Willens und Strebens für sich gelten lassen könne, im Uebrigen aber die von seiner Person entworfene Zeichnung als ein in hohem Maße idealisirtes Bild charakterisiren müsse. Redner drückte sodann seine Freude darüber aus, daß ihm gerade durch die eben gehörte Rede die Gelegenheit geboten worden sei, sich über seinen criminalistischen Standpunkt noch einmal zu äußern. Er empfinde darüber um so mehr Befriedigung, als er die Beobachtung gemacht zu haben glaube, daß eine frühere Aeußerung über diesen Standpunkt da und dort Beunruhigung hervorgerufen habe. Als zutreffend bezeichnete Redner den Bericht Neissers über seinen (des Redners) wissenschaftlichen Entwickelungsgang. Seuffert erklärte, ein Schüler Mittermaiers zu sein, später aber sei er ein Buchschüler seines hochverehrten Vorgängers im Bonner Lehramt Hälschner und dadurch gewissermaßen ein Schüler Hegels geworden. Jahre lang habe er vom Standpunkt der Hegel'schen Philosophie aus das Strafrecht vorgetragen, ohne jedoch wahre Befriedigung empfunden zu haben, wenn er demselben im Colleg Ausdruck gegeben hatte. Mehr und mehr habe er sich im Laufe der Zeit von diesem Standpunkt abgewendet und es endlich als eine Erlösung empfunden, als er denselben aufgegeben und sich der neuen, gewissermaßen naturwissenschaftlichen Schule des Criminalrechts angeschlossen hatte. Der Redner bezeichnete die Strafrechtspflege des vorigen Jahrhunderts als die organisirte Gewalt und kritisirte namentlich die gänzliche Mißachtung der Person in dem Beschuldigten. Erklärlich und naheliegend sei es gewesen, daß Kant in seiner energischen Weise gegen die heillosen Ungerechtigkeiten und Willkürlichkeiten der früheren Strafrechtspflege Front gemacht und energisch den Vergeltungsgedanken betont habe. In zahlreichen Variationen sei dieser Gedanke während dieses Jahrhunderts wiederholt worden, besonders aber sei es die Hegel'sche dialektische Construction des Strafrechtsgedankens gewesen, welche Decennien hindurch die Strafrechtswissenschaft beherrschte. Wohl komme der Kant'sche Vergeltungsgedanke einer menschlichen Leidenschaft, die tief eingewurzelt, entgegen. Jeder, auch der Ruhigste, werde gegenüber schweren und namentlich scheußlichen Verbrechen von Rachegedanken erfüllt, aber es sei eben die menschliche Vergeltung ein Product menschlicher Leidenschaft; ruhiger Erwägung gegenüber erscheine sie nicht als verständig und haltbar. Wie weit in der Judicatur dieser Gedanke noch maßgebend ist, könne Redner nicht abmessen. Da aber, wo die Strafe vollzogen werde, da habe man sich längst von diesem Gedanken abgewendet. Redner citirt das Motto, welches der als praktischer Gefängnißbeamter und Schriftsteller hochbedeutende Director Krohn in Berlin seinem neuesten Buche über das Gefängnißwesen beigegeben hat: „Mein ist die Rache, spricht der Herr, ich will rächen." Die sog. Gleichheit vor dem Gesetz führe in der Uebertreibung zu großer Ungleichheit und damit Ungerechtigkeit. Nicht das Verbrechen, sondern der Verbrecher sei zu strafen; nicht Vergeltung, die wir Menschen doch niemals gerecht üben könnten, sondern Schutz gegen das fehlhafte Individuum und, soweit dies möglich, Zurechtführung desselben und Zurückführung auf die Bahn des Rechts: darin sei die berechtigte Grundlage der Strafeinrichtungen enthalten. Die neue Richtung in der Strafrechtswissenschaft, zuerst begünstigt, habe dann schwere Angriffe erfahren. Man wirft ihr vor, daß sie die Staatsordnung untergrabe, daß sie die Gesellschaft wehrlos mache, daß sie übertriebene Milde übe. Das gerade Gegentheil sei der Fall. Die neue Richtung unterscheide nur zwischen unvorsichtigen, leichtsinnigen, namentlich erstmaligen Gesetzesübertretern einerseits und den antisocialen Elementen, der eigentlichen Verbrecherwelt andrerseits. Durch Gleichbehandlung der erstern mit der letztern werde erst Ungleichheit gegenüber dem Rechte geschaffen. Die neue Richtung des Strafrechts will verhüten, daß die erstmalig und nur leicht Fehlenden zu Verbrechern werden. Weit energischer als der bisherige Vergeltungsstandpunkt wende sich dagegen die neue Richtung gegen die antisocialen Elemente, gegen die Unerzogenen, Verwahrlosten, gegen die Gewohnheitsverbrecher, die Rückfälligen. „Gegen diese wollen wir die Gesellschaft durch weit kräftigere Mittel, wenn auch nicht durch Stock und Beil, aber durch lange und harte Freiheitsstrafen schützen. Wir scheuen selbst nicht davor zurück, wo uns das Individuum unverbesserlich scheint, dasselbe auf unbestimmte Zeit den Gefängnißmauern anzuvertrauen; wir wollen aber die Gefangenen beobachten und, soweit noch ein Funke der Besserungsfähigkeit vorhanden, denselben entfachen und damit die Möglichkeit schaffen, nach langer Probe und zunächst vorläufig das Individuum wieder in die Gesellschaft eintreten zu lassen. Von der alten, viel verlästerten und doch des guten Kerns nicht entbehrenden Nützlichkeitstheorie unterscheidet sich die moderne Richtung durch die Betonung des Individuums in dem Beschuldigten. Der Zweckgedanke hat die neue Richtung im Strafrecht hervorgetrieben; er ist nicht abgethan, sondern er ist ein sehr lebenskräftiger Gedanke, der sich über die civilisirte Welt zu verbreiten beginnt und ganz gewiß, wenn auch vielleicht nach langem Ringen die Herrschaft erlangen wird." Redner gedachte sodann mit dankerfüllten Worten seiner elfjährigen Lehrthätigkeit in Breslau. Er habe die Wahrheit des „docendo discimus" an sich erfahren. Durch das Bestreben der Verständlichmachung, durch die Verbindung seiner Seele mit den Seelen seiner Zuhörer sei ihm selbst oft erst die rechte Klarheit gekommen. Nicht selten habe er nach der Vorlesung sein Collegienheft geändert. Ganz besonders habe ihn aber der Gedankenaustausch mit seinen fleißigen Schülern im Seminar angeregt und gefördert. Er werde der Breslauer Studentenschaft die innigste Anhänglichkeit bewahren. Mit warmen Wünschen für dieselbe und für die Universitas Litterarum Vratislaviensis schloß Redner seine Antwort, indem er ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die Universität Breslau ausbrachte.

Den nächsten Trinkspruch brachte Stadtverordneten-Vorsteher Justizrath Freund auf den Gefeierten aus, indem er der communalen Thätigkeit des Scheidenden mit Worten ehrendster Anerkennung gedachte. Er dürfe, so ungefähr sprach sich der Redner aus, sich nicht davor fürchten, für einen starren Anhänger des Vergeltungsgedankens gehalten zu werden (Heiterkeit), wenn er hier hervorhebe, wie viel Gutes und Ersprießliches Professor Seuffert zum Wohl der Stadt geleistet habe. Es werde immer mit größtem Dank hingenommen werden, wenn sich Männer der Wissenschaft, Angehörige der Universität, den öffentlichen Angelegenheiten unserer Commune mit solcher Hingabe widmeten, wie dies Seuffert gethan, der mit seinen reichen Kenntnissen und mit seinem warmen Herzen für alles Gute an der Förderung des Allgemeinwohls hervorragenden Antheil gehabt, die Wissenschaft fructificirt habe für die Praxis des communalen Lebens. Außer in der Stadtverordneten-Versammlung, in der er auch kennen gelernt habe, wie schwer es sei, eine solche Versammlung zu leiten (Heiterkeit), habe Seuffert in der Schuldeputation sich durch seine treue, erfolgreiche Mitarbeit eine dauernde Ehrenstelle in der Reihe derer erworben, denen das Blühen des Breslauer Schulwesens als Verdienst anzurechnen ist. Das Hoch, welches der Stadtverordneten-Vorsteher Justizrath Freund am Schluß seiner äußerst beifällig aufgenommenen Rede ausbrachte, galt dem Manne der Wissenschaft, dem Bürger Breslaus, der Wissenschaft und Leben so vortrefflich mit einander zu verbinden und zu befruchten gewußt habe.

Geh. Rath Seuffert erwiderte auf die Ausführungen Freunds, er werde es stets zu den schönsten Erinnerungen seines Lebens zählen, daß es ihm, dem hierher gekommenen Süddeutschen, durch das Vertrauen seiner Mitbürger vergönnt war, an dem Ausbau eines der größten norddeutschen Gemeinwesen thätig mitarbeiten zu können. Aus den Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung, aus dem Verkehr mit den Collegen in den Commissionen habe er tausend werthvolle Eindrücke und tausend werthvolle Anregungen geschöpft, welche ihn davon überzeugt hätten, daß es für den Mann der Wissenschaft überhaupt nichts Ersprießlicheres gebe, als daß er immer in Fühlung bleibe mit dem realen Leben. Zugleich habe er aber auch die Ueberzeugung gewonnen, daß die städtische Verwaltung Breslaus eine ganz vortreffliche sei. Namentlich gelte dies von dem Schulwesen. „Ich weiß", so sagte der Redner, „bestimmt, daß ich mich keiner Uebertreibung schuldig mache, wenn ich aus meiner Kenntniß der Verhältnisse, die ich in der Schuldeputation gewonnen, aus den Erfahrungen meines persönlichen Verkehrs mit den oberen Leitern der Breslauer Schulen und mit den Lehrern behaupte, daß nirgend wo anders in Deutschland ein Schulwesen vorhanden ist, mit welchem sich das Breslauer nicht messen könnte, weil hier nicht nur der Wille da ist, das Beste zu leisten, sondern auch die Kräfte zur Verfügung, das Gewollte zu erreichen." Der Redner werde, so versicherte er am Schluß seiner Ansprache, der Stadt Breslau stets ein treues, dankbares Andenken bewahren. Das von ihm auf Breslau ausgebrachte Hoch tönte dreimal brausend im Saale wieder.

Professor Dr. Born hob hervor, wie sich in Seufferts wissenschaftlichem und menschlichem Charakterbilde der so oft anzutreffende Zwiespalt zwischen der historischen und der naturwissenschaftlichen Bildung aufgelöst habe zu der vollen Harmonie der Humanität; er sei ein moderner Mensch in der tiefsten und wahrsten Bedeutung des Wortes. Auf den Freund, der den Freunden so viel gegeben und gewesen, commandirte Professor Born einen Salamander. Assessor Frommhold gedachte der Familie des Scheidenden, auf deren Wohlergehen gleichfalls ein Salamander gerieben wurde. Die Reihe der officiellen Toaste war damit abgeschlossen. Soweit unsre bis über die Mitternachtsstunde hinaus reichenden Wahrnehmungen reichen, nahm der Commers einen glänzenden, allerseits befriedigenden Verlauf.

Im engeren Kreise war dem scheidenden Universitätslehrer schon vor einigen Tagen von Mitgliedern des Magistrats und der Schuldeputation eine Abschiedsfeier ausgerichtet worden.

* * *

müßten nur eine große Personalkenntniß besitzen. Auch dem Etatsausschuß könne er im Gegensatz zu Herrn Kirschner nicht die große Bedeutung beilegen. Im Weiteren geht Redner auf die Geschäftsordnung im Allgemeinen ein und vertritt die Anschauung, daß die alte Geschäftsordnung der jetzt geltenden vorzuziehen gewesen sei, und daß man damals dieselbe nur geändert habe, um andere Gesichtspunkte in gewisse Dinge hineinzubringen. Wie bei den jetzigen Wahlen die Majorität gemacht werde, sei sonnenklar. Dies wolle der Antrag ändern, und er denke sich das Verfahren so, daß jede Gruppe sich berathe und dem Vorstande ihre Vorschläge unterbreite, der sie gewiß nicht von der Hand weisen werde. Was den § 74 der Städte-Ordnung anlange, so glaube er, könne seine Partei die Consequenzen mit Gleichmuth erwarten. — Stadtv. Simon erklärt, gerade weil er wünsche, daß die Verhältnisse in der Versammlung sich friedlicher gestalten möchten, werde er gegen den Antrag Grützner stimmen. Durch denselben werde die Disharmonie nur verschärft. Er meine, wenn die Antragsteller einmal die Majorität in der Versammlung bekommen sollten, würden sie die ersten sein, welche den jetzt beantragten Modus, wenn derselbe angenommen würde, wieder abschafften. Als die Gegner seinerzeit die Majorität in der Versammlung hatten, haben sie sich den gegenwärtigen Modus, der nicht erst durch die neue Geschäftsordnung geschaffen sei, gern und ruhig gefallen lassen. Werde der Antrag angenommen, so bringe man den Vorstand in die üble Lage, vielleicht einige 80 Mitglieder vor den Kopf stoßen zu müssen, da nur 16 bis 18 Mitglieder in den Wahl- und Verfassungs-Ausschuß gewählt werden können. Bisher sei in diesem nie nach politischen Rücksichten verfahren worden, das werde auch Herr Weinhold bestätigen müssen. — Stadtv. Müller erklärt, daß er zu den vom Stadtv. Stentzel erwähnten „Wilden" gehöre, aber seine Abstimmungen stets so treffe, wie er es für das Wohl der Stadt am besten halte, nicht heute so, morgen so. Als Mitglied des Wahlausschusses könne auch er erklären, daß er niemals bei einer Wahl gefragt habe, welcher Partei der zu Wählende angehöre, und daß das auch sonst im Wahlausschusse nicht geschehe. Er könne nur wünschen, daß alle Mitglieder so „wild" wären wie er, dann würden diese unliebsamen Debatten erspart worden seien. — Stadtv. Kaulisch bekennt sich auch als „Wilder" und spricht gegen den Antrag, da er von ihm in der jetzigen Fassung keinen Erfolg erhoffen könne. — Stadtv. Heilberg bedauert, daß der Antrag nochmals Gegenstand einer Debatte geworden sei, weil dadurch wiederum der Schein erweckt würde, als beständen in der Versammlung politische Gegensätze, die außerhalb derselben vorhanden wären. Wo und wenn wurden denn Fragen hier vom politischen Standpunkte behandelt? Gerade beim Etat und der Wahl der besoldeten Stadträthe, wo es vorkommen könnte, sei die Versammlung in der letzten Zeit einig gewesen. Wenn er auch zugebe, daß man seine politische Ansicht nicht draußen lassen könne und daß bei gleich geeigneten Bewerbern wohl ein Vorwiegen der politischen Ansicht eintreten könnte, so sei doch die Frage eine ganz andere, wie der Ausschuß zusammengesetzt sein soll und ob bei dessen Zusammensetzung Rücksicht auf eine bestimmte Partei genommen werden müsse. Man könne doch nicht die bewährten Mitglieder des Ausschusses hinauswerfen. Er könne vielmehr nur rathen, die Sache abzuwarten. Der Anfang einer Besserung sei leider durch die Ablehnung der beiden Herren vereitelt worden. Auf den Antrag speciell eingehend, müsse auch er bekennen, daß durch denselben nichts erreicht würde, da die endgiltige Erledigung doch der Versammlung vorbehalten bleiben würde. Außerdem wenn die Majorität von ihrer Macht Gebrauch machte, wird sie in den Vorstand solche Chauvinisten wählen, daß auch bei den Wahlen zum Ausschuß sie den Sieg davon trage. Mache sie aber von ihrer Macht keinen Gebrauch, so bleibe eben die Sache beim Alten. Er bitte, den Antrag abzulehnen. — Stadtverordneter Kirschner erklärt, daß er für seine Person und nicht im Namen des Vorstandes gesprochen habe. Er, Redner, habe auch nicht gesagt, der Vorstand werde, wenn der Antrag angenommen würde, die ihm dadurch auferlegte Verpflichtung nicht übernehmen, er habe nur für seine Person erklärt, er würde es ablehnen, eine solche Wahl zu treffen. Er habe nur warnen wollen, und dazu sei er im gegenwärtigen Augenblicke noch berechtigt. Die Bestimmung über die Wahl des Ausschusses bestehe seit 1867 und erst jetzt im Jahre 1890 habe man die Freude gehabt, derartige Debatten über dieselbe zu hören. Er, Redner, und die Antragsteller gehen eben von ganz verschiedenen Standpunkten aus. Er halte es für seine Aufgabe, obwohl er Politiker sei und die Pflicht zu haben glaube, es zu sein, namentlich in Zeiten, wie die, welche hinter uns liegen und die unser Vaterland mit ernsten Gefahren bedroht haben, die Politik draußen zu lassen, wenn er in diesen Saal eintrete. Er habe den festen Vorsatz und den ernsten Willen, bei Angelegenheiten, die keine politischen sein sollen, den Politiker hintenan zu setzen. Die Herren gehen von dem entgegengesetzten Standpunkte aus, sie wollen in der Versammlung Politik getrieben wissen. Er bestreite ganz entschieden, daß er bei seinen Abstimmungen im Ausschusse sich jemals habe von politischen Rücksichten leiten lassen. Er wähle nie ein Mitglied blos, weil es zur deutschfreisinnigen Partei gehöre, sondern er frage nur nach der Befähigung. Er sei gern bereit, bei gleich qualificirten Candidaten dem der Gegenpartei seine Stimme zu geben, um derselben entgegenzukommen. Weitere Concessionen aber könne er nicht machen. Er acceptire das vollständig, was Herr Stentzel gesagt; die Bürgerschaft werde seiner Zeit zeigen, ob sie die Politik in die Stadtverordneten-Versammlung hineingetragen haben wolle oder nicht. Die Ausführungen des Herrn Jitschin bezüglich der Geschäftsordnung verstehe er nicht, dieselben seien ohne allen logischen Zusammenhang mit dem zur Verhandlung stehenden Gegenstande. Die sonstigen ihm gemachten Vorwürfe desselben beruhen auf einer mißverständlichen Auffassung des von ihm, dem Redner, Gesagten; von der Bedeutung des Wahl- und Verfassungs-Ausschusses und des Etats-Ausschusses habe er, Redner, doch eine andere Meinung. Stadtv. Kaiser tritt für den Antrag ein, erklärt aber, daß er sich auf einen unparteiischen Standpunkt stellen wolle und sich weder für die eine noch die andere Partei erwärmen werde, weil er etwa meine, durch dieselbe für seine, die katholische Partei, etwas erreichen zu können. Das jetzige Verfahren bei der Wahl zum Ausschusse halte er nicht für richtig. Zum Beweise dessen. daß auch andere als sachliche Gründe bei Wahlen mitspielten, glaubt Redner die Candidatur des vermeintlich altkatholischen Syndicus Hellmann anführen zu können, die sofort wieder fallen gelassen worden sei, als man erfahren habe, daß er der altkatholischen Richtung nicht mehr angehöre.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Besprechung angenommen. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten, in welchem er nochmals für seinen Antrag eintritt, wird der Antrag Grützner mit 49 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Feuer-Societätsbeitrag. Magistrat benachrichtigt die Versammlung, daß der für das Kalenderjahr 1889 von den versicherten Hauseigenthümern zu erhebende und pro 1890/91 zu vereinnahmende Feuer-Societätsbeitrag auf Antrag der Assecuranz-Deputation auf 50 Pf. pro 1000 M. des Versicherungsbetrages festgesetzt worden ist.

Auf Antrag des Referenten, Stadtv. **Markfeldt**, nimmt die Versammlung Kenntniß.

Zu einer längeren Besprechung, an welcher sich die Stadtv. Wagner, Seidel II, Eckhardt, Grützner, Markfeld, Dr. Lion und Stadtrath Bock zum Theil wiederholt betheiligen, giebt noch die Miethung eines Theils der Grüll'schen Wiese als Düngerabschlageplatz Veranlassung. Zum Schluß wird die Angelegenheit, nachdem von verschiedenen Seiten die Uebelständigkeit dieses Platzes inmitten bewohnter Häuser dargethan worden war, dem Ausschuß VI zur Vorberathung überwiesen.

Schluß der Sitzung gegen 6¾ Uhr.

Concert.

Am Mittwoch legte Fräulein Regina Samosch, eine junge Breslauerin, im Saale der Gesellschaft der Freunde vor einem zahlreichen Zuhörerkreis erfreuliche Proben ihres gesanglichen Könnens ab. Die junge Dame hat vor etwa 5 Jahren ihre Gesangsstudien in Breslau begonnen, sodann eine Zeit lang die Berliner Hochschule besucht und zuletzt in Professor Hey einen sorgsamen Lehrer gefunden. Die Stimme des Fräulein Samosch war ehemals ein weicher, biegsamer und sympathisch klingender Sopran, dessen Höhe phänomenal genannt werden mußte. Das dreigestrichene g gab mit Leichtigkeit an, bei glücklicher Disposition wurde wohl auch noch der nächste Ton erreicht. Inwieweit diese außergewöhnliche Höhe geblieben und ausgebildet worden ist, ließ sich aus den Stücken, die Fräulein Samosch für ihr Programm ausgewählt hatte, nicht erkennen, da diese meist sich in der mittleren Sopranregion bewegten. Am besten gelangen die Nummern, bei denen es auf Zartheit des Vortrages und auf ein schönes Piano ankam: „Der Nußbaum" von Schumann und das Mozart'sche Wiegenlied „Schlafe, mein Prinzchen, schlaf ein". Die an der Spitze des Programms stehende Gartenarie aus Figaros Hochzeit kam nur zum Theil zur Geltung, da die Sängerin durch Aengstlichkeit sichtlich beeinflußt war und deshalb zu einer vollkommen ruhigen Tongebung nicht gelangen konnte. Daß es nicht geschmackvoll ist, am Ende der Arie eine Art Coloraturschweif hinzuzufügen, wird Fräulein Samosch gewiß früher von ihrem ersten Lehrer wiederholt gehört haben; Mozart hat sehr wohl gewußt, warum gerade an dieser Stelle die größte Einfachheit geboten war. Recht gut getroffen wurde die Stimmung in Beethoven's „Kennst du das Land"; nur der Refrain und die Steigerung in der dritten Strophe hätten etwas schärfer herausgearbeitet werden können. Für Lieder, wie Mozart's „Veilchen" und Beethoven's „Freudvoll und leidvoll" ist die Stimmlage des Fräulein Samosch wie geschaffen. Mit den Modificationen des Zeitmaßes hingegen haben wir uns nicht befreunden können. Das „Veilchen", das einzige wirklich gute Lied, welches Mozart geschrieben hat, darf nicht durch willkürliche Behandlung des Tempos zu einer dramatischen Scene aufgebauscht werden. Ebenso wenig ist Klärchen's Lied aus Egmont hierfür geeignet; die Angaben des Componisten lassen darüber keinen Zweifel obwalten. Es ist selbstverständlich, daß für diese Mängel der Auffassung nicht die Sängerin verantwortlich ist. Wer die ersten Schritte in die Oeffentlichkeit thut, wird stets mehr oder weniger auf die Worte des Lehrers schwören müssen. Die Zuhörer überschütteten Fräul. Samosch mit wohlwollendem Beifall; das Lied „Freudvoll und leidvoll" mußte auf Verlangen wiederholt werden. Die Concertgeberin hat demnach alle Ursache, mit dem Erfolge ihres ersten Auftretens zufrieden zu sein. Nach welcher Richtung hin ihre Stimme sich entwickeln wird, läßt sich nach dem Gehörten schwer beurtheilen. Mitunter gelingt es, durch planmäßige Schulung ein für den zarten Gesang prädestinirtes Organ so zu kräftigen, daß es auch den anstrengendsten Aufgaben Stand hält; öfter mißlingt es, und dann sind die Stimmen, mit denen in dieser gewagten Weise experimentirt wird, für immer verloren. Eins möchten wir Fräulein Samosch vor Allem dringend anrathen, bei ihren weiteren Studien nicht in erster Linie auf die Stärke, sondern auf die Schönheit und Reinheit des Tones hinzuarbeiten. Jede Ueberanstrengung, jedes Heraustreten aus den von der Natur angewiesenen Geleisen rächt sich früher oder später.

Herr Maximilian Kahl begleitete die Sängerin in correcter und decenter Weise; seine Einzelvorträge (Valse-Caprice von Rubinstein und eine ansprechende Mazurka eigener Composition) wurden sehr beifällig aufgenommen. Herr Theodor Ehrlich spielte im Verein mit Herrn Kahl eine nur theilweise interessante Sonate von Grieg und als Solostück eine Romanze von Bruch. Die Censur, die das Publikum Herrn Ehrlich einstimmig ertheilte, war die denkbar beste. Wir können dies allgemeine Urtheil mit gutem Gewissen unterschreiben. Herr Ehrlich spielte nicht nur technisch tadellos und absolut rein, sondern auch gut musikalisch, und, was wir ihm besonders hoch anrechnen, in rhythmischer Beziehung bestimmter und präciser, als viele seiner Collegen vom Fach.

E. Bohn.

• **Von der Universität.** Dem langjährigen Privatdocenten der medicinischen Facultät an der hiesigen Universität, Herrn Dr. Gottstein, ist das Prädicat „Professor" verliehen worden.

• **Stadttheater.** Herr Meincke vom Hoftheater in Dresden hat der Direction seine Mitwirkung in der morgigen „Troubadour"-Aufführung wegen Indisposition telegraphisch abgesagt. Herr Heuckeshoven hat die Rolle des Manrico übernommen. — Sonnabend, 19. April, geht zum Benefiz für Herrn Thomas Moser's „Veilchenfresser" in Scene, welchem Lustspiel das einactige Liederspiel „Das Versprechen hinterm Herd" folgt. Frl. Rödiger hat aus Gefälligkeit für den Benefizianten die Rolle des Nandl übernommen. Herr Thomas verläßt mit Ablauf der Saison den Verband des Stadttheaters, um in Stettin ein Engagement anzunehmen. Der beliebte Darsteller gehört dem Stadttheater seit sieben Jahren an und hat sich während dieser Zeit durch seinen stets regen Eifer und sein Talent allgemeine Anerkennung erworben. — Sonntag, 20. April, erfolgt die erste Aufführung der Oper „Nadeschda" von Goring Thomas, einem in London lebenden Componisten.

• **Lobe-Theater.** Der Schwank „Die spanische Wand" bleibt bis nächste Woche allabendlich auf dem Repertoire und wird alsdann mit „Die Ehre", „Das Bild des Signorelli" und „Das vierte Gebot" abwechseln. Die Vorstellungen von „Die Ehre" und „Das Bild des Signorelli" finden von jetzt ab zu gewöhnlichen Preisen statt. — Der Verkauf von neuen Bons, für das Lobetheater und Residenztheater giltig, beginnt Sonnabend, den 19. d. M.; die neuen Bons werden zu den genannten Vorstellungen schon in Zahlung genommen.

—d. **Bezirksverein der inneren Stadt.** Nachdem in der letzten Versammlung der Vorsitzende, Kaufmann Laßwitz, des verstorbenen früheren langjährigen Vorstandsmitgliedes Fichtner ehrend gedacht hatte, sprachen die Stadtverordneten Klee und Haber über den Stadthaushalts-Etat für 1890/91. Letzterer zog interessante Vergleiche zwischen dem gegenwärtigen und dem ersten gedruckten Etat für das Jahr 1856. Wenn heute der Etat bei 315 000 Einwohnern mit 9 276 000 M. (unter Abzug eines durchlaufenden Postens abschließt) und im Jahre 1856 bei 125 000 Einwohnern mit 1 914 000 M. abschloß, so geht daraus hervor, daß, während die Einwohnerzahl nur um 152 pCt., der Etat um 384,6 pCt. gewachsen ist. Es sei hierbei in Betracht zu ziehen, daß heute der Etat Einnahmen, z. B. aus industriellen Betrieben (Gas- und Wasserwerke) und Staatszuschüssen (lex Huene), aufzuweisen habe, die der Etat von 1856 nicht kenne. Dazu komme heute eine größere Einnahme aus dem Eigenthum der Stadt und den Steuern. Alle Einnahmen bewegen sich in diesem Jahre in aufsteigender Linie, nur nicht diejenigen aus den Kämmerei-Gütern und Forsten. Die letzteren Einnahmen seien seit dem Jahre 1870 um mehr als 70 pCt. gefallen. Es trete immer dringender die Frage auf, ob es nicht richtig sei, diesen Besitz zu veräußern. In der Stadtverordneten-Versammlung wachse die Neigung zum Verkauf von Jahr zu Jahr. Dem Credit der Stadt werde es nichts schaden, wenn der Werth der Güter, die jetzt nur eine Verzinsung von 1½ pCt. bringen, in 3½procentigen Staatspapieren angelegt würde. Der Redner ist weiter der Meinung, daß durch die indirecten Steuern unsere ärmere Bevölkerung schwer und hart belastet werde. Die Schlachtsteuer allein bringe 1 300 000 Mark. Es sei die Frage, wie dafür Ersatz zu schaffen sei, eine Frage, die sich durch den Fortfall der Einnahme aus den Getreide- und Viehzöllen noch wesentlich verschärfen würde. Würde doch der Ausfall dieser beiden Einnahmen nahezu zwei Millionen Mark betragen. Wie die Sachen jetzt stehen, werde man ernstlich an die Beseitigung dieser Steuern erst gehen können, wenn die in Aussicht stehende Reform der directen Steuern wirklich komme und die Selbsteinschätzung eintrete. Dann werde der Ertrag der Communal-Einkommensteuer ein ganz anderes Gesicht aufweisen. Im Weiteren wies der Vortragende u. A. nach, daß seit dem Jahre 1856 die Aufwendungen für das Elementarschulwesen um 1700 pCt., die Kosten der Armenverwaltung dagegen nur um 235 pCt. gestiegen sind. Dagegen haben die Aufwendungen für Nachtwacht- und Feuerlöschwesen und Beleuchtung um 365 pCt., diejenigen für die Marstallverwaltung um 265 pCt. und die für das Pflasterungswesen sogar um 905 pCt. zugenommen bei einer Zunahme der Bevölkerung um 152 pCt. Der Besoldungsetat des Magistrats, welcher von 40 800 M. im Jahre 1856 nur auf 95 000 M. gestiegen, hat dagegen mit dem Anwachsen der Bevölkerungszahl, geschweige denn dem Anschwellen des Gesammtetats nicht ganz Schritt gehalten. Wenn man bedenke, in welch' großem Maße die Last der Verwaltung und die Lebens- und Repräsentationsbedürfnisse sich vergrößert haben, so müsse man aus der billigen Verwaltung auf die Tüchtigkeit des Magistrats schließen. Der Redner erinnert ferner an den gewaltigen Umschwung, den Breslau unter Hobrecht, von Forckenbeck und Friedensburg durchzumachen gehabt. Früher eine blühende Handelsstadt, welcher die russischen und österreichischen Grenzen geöffnet waren, ein Stapelplatz und eine Bezugsquelle für Rußland, ein Centralpunkt für den Getreidehandel, habe sich Breslau mehr und mehr zu einer Industriestadt umgewandelt, nicht ohne Anspannung der Finanzen der Stadt. Daß die Stadt den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden konnte, sei ihrer tüchtigen Leitung zu verdanken. Jetzt stehe man wieder vor Wahlen von Mitgliedern des Magistrats. Es sei ein ehrendes Zeichen, daß der Wahl- und Verfassungs-Ausschuß die ausscheidenden unbesoldeten Stadträthe einstimmig zur Wiederwahl empfohlen hat. Was die Neuwahl eines Oberbürgermeisters anlange, so glaube er (Redner) versichern zu dürfen, daß kein Mann werde zum Oberbürgermeister gewählt werden, der in früherer amtlicher Stellung sein Augenmerk darauf gerichtet habe, die communale Selbstverwaltung herabzudrücken. Was ferner die Schulden der Stadt anlangt, so führte der Vortragende den Nachweis, daß dieselben durchaus keine hohen seien. Die für dieselben aufzubringenden Zinsen haben sich seit 1856 nur um 233 pCt. bei 152 pCt. Bevölkerungszunahme vermehrt. Diese Vermehrung der Zinsen sei nicht bedeutend, wenn man bedenke, daß sich die Stadt seit jener Zeit zu einer der schönsten Städte Deutschlands entwickelt habe. Zum Schluß seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages, kam Redner auf die Vorwürfe zu sprechen, welche der Zusammensetzung des Wahl- und Verfassungs-Ausschusses gemacht worden. Abgesehen davon, daß nur sieben Mitglieder der deutsch-freisinnigen Partei in dem genannten Ausschuß vorhanden seien, habe der Vorwurf nicht erhoben werden können, daß bei den Wahlvorschlägen nach politischen Gesichtspunkten und Rücksichten verfahren worden sei. Er halte dafür, daß diese Vorwürfe in Rücksicht auf die im Herbst bevorstehenden Stadtverordneten-Ersatzwahlen gemacht würden. Er glaube aber auch, daß dieses Mittel nicht mehr verfange und die conservative Partei der Stadtverordneten-Versammlung durch die Wahlen im Herbst keine bedeutende Verstärkung erfahren werde. Dafür sprächen die vorangegangenen politischen Wahlen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung als letzte vor der Sommerpause mit der Mittheilung, daß im Sommer einige Festlichkeiten und Besichtigungen industrieller Etablissements seitens des Vereins stattfinden werden.

—d. **Kranken- und Sterbekasse des Instituts für hilfsbedürftige Handlungsdiener.** In der am 16. d. M. im Institutsgebäude auf der Schuhbrücke abgehaltenen Generalversammlung wurde der Jahres- und Kassenbericht für 1889 erstattet. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse desselben 1139, 43 sind von Beiträgen befreit. Im verflossenen Jahre wurden 871 Mitgliedern Krankenscheine ausgestellt. Der Gesammteinnahme von 11 672,89 Mark steht eine Ausgabe von 11 546,40 Mark gegenüber.

—d. **Zum Malerstrike.** Am 15. d. M. tagte im Café restaurant eine Versammlung der selbstständigen Maler und Lackirer Breslaus, um zu dem von den Arbeitnehmern im Malergewerbe proclamirten partiellen Strike Stellung zu nehmen. Wie mitgetheilt wurde, hat die Lohncommission der Arbeitnehmer insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden und einen Minimallohn gefordert, was zusammen eine Erhöhung der bisherigen Lohnsätze um 40—50 pCt. bedeuten würde. Die Arbeitgeber haben einen Zuschlag von 20 pCt. zu dem bisher gezahlten Wochenlohne bewilligt. Von den Arbeitnehmern ist aber dieses Anerbieten mit der Versicherung zurückgewiesen worden, daß ihnen in erster Linie an der Einführung einer verkürzten Arbeitszeit gelegen sei. Demgegenüber haben sich die Arbeitgeber bereit erklärt, eine Verkürzung der Arbeitszeit unter der Bedingung zuzugestehen, daß sich die bewilligte Lohnerhöhung von 20 pCt. um den Betrag kürze, welcher der verkürzten Arbeitszeit entsprechen würde. Die Versammlung der Arbeitnehmer hat am Sonntag, 13. d. M., auch dieses Anerbieten zurückgewiesen und den partiellen Strike proclamirt, wodurch ein Meister nach dem andern zu außerordentlichen, das ganze Malergewerbe schädigenden Zugeständnissen gezwungen werden soll. Da die Arbeitgeber mit den gemachten Zugeständnissen an der Grenze des Möglichen angekommen seien, empfehle es sich, der Nöthigung des einzelnen Meisters durch den partiellen Strike eine allgemeine Schließung der Werkstätten entgegenzusetzen. Contractlich verdungene Arbeiten würden noch fertig zu stellen sein. Die Versammlung trat diesen Ausführungen bei und beschloß, da trotz des Entgegenkommens der Arbeitgeber eine Einigung nicht erzielt und seitens der Arbeitnehmer der partielle Strike erklärt worden sei, am Mittwoch, den 16. d. M., Abends, die Werkstätten bis auf Weiteres zu schließen. Die Schließung der Werkstätten ist inzwischen bis auf wenige Ausnahmen, wo contractliche Verpflichtungen vorliegen, bereits erfolgt.

i. **Allgemeiner deutscher Sprachverein.** Letzten Montag hielt im hiesigen Allgemeinen deutschen Sprachverein Gymnasiallehrer Dr. Jelinek seinen Vortrag „über die deutsche Fremdthümelei im Lichte der Satire des 17. Jahrhunderts". Redner verbreitete sich u. a. eingehend über Johann Lauremberg und seine Scherzgedichte, welche er nach der Ausgabe von Lappenberg (1861) wiedergab. Die Bestrebungen des alten Rostocker Professors vor 200 Jahren weisen mit denen der Gegenwart manche Verwandtschaft auf.

l. **Sommerfrische für arme Näherinnen.** Im Jahre 1889 konnten in Folge einer Bitte des Pastors Schubart-Breslau 19 arme Näherinnen in die Sommerfrische gehen und fanden bei 14 Herrschaften freundliche und kostenfreie Aufnahme. Von 173 M. Spenden erhielten die Sommerfrischler Reisekosten-Unterstützung, eine Näherin Beihilfe zur Badecur in Langenau und einer armen Wittwe sammt ihren Kindern konnte Landaufenthalt verschafft werden. Auch für 1890 werden vom Pastor Schubart Gutsbesitzer und Herrschaften auf dem Lande ersucht, ein Stübchen für arme Näherinnen zur Verfügung zu stellen, sonstige Gönner der Sache aber um Geldspenden gebeten.

g. **Imitirtes Gobelin.** In den Schaufenstern der Firma Adolf Sachs, welche nach der Schuhbrücke hinblicken, ist gegenwärtig ein durch Buntdruck auf Baumwollstoff täuschend dem alten Gewebe nachgeahmtes Gobelin ausgestellt. Dasselbe ist in einer elsäßischen Fabrik angefertigt und dem im Louvre befindlichen Original getreu nachgebildet. Es stellt in fünf zu einer großen Gruppe zusammengestellten Bildtheilen die Gründung Roms dar. Die Ernährung des Romulus und Remus durch die Wölfin, der Bau der Mauern, der Zwist der Brüder, der Raub der Sabinerinnen und die Herrlichkeit des jungen Königthums sind in lebhaften Scenen farbenprächtig dargestellt und vereinigen sich zu einem großen figurenreichen Bilde, dem der hohe Prunkbau des Capitols zum Hintergrunde dient. Die Ausführung des Druckes ist äußerst sauber und giebt dem Beschauer ein getreues Bild von dem künstlerisch vollendeten Original. Ein ungeübtes Auge wird den Unterschied kaum bemerken. Wie verlautet, beabsichtigt ein schlesischer Magnat, das schöne Stück für sein neuerbautes Palais zu erwerben.

♂ **Görlitz,** 16. April. [Katalogisirung des Rathsarchivs.] Görlitz gehört zu den wenigen Städten in Deutschland, welche in ihren Archiven eine Fülle von Stoff zur Erforschung der Vorzeit besitzen, da unter den etwa 1000 Urkunden, die theilweise bis ins 13. Jahrhundert zurückreichen, fortlaufende Aufzeichnungen enthalten sind. Dr. Liesegang von der Berliner königl. Bibliothek, der vorigen Sommer einige Wochen hier im Rathsarchiv arbeitete, um im Auftrage der königlichen Akademie der Wissenschaften zu München die Magdeburger Schöffensprüche für Görlitz auf ihren Werth zu untersuchen, ist von dem Magistrat auserseben, im Laufe dieses Sommers einen wissenschaftlichen Katalog des Rathsarchivs und der in der Milich'schen Bibliothek enthaltenen städtischen Urkunden anzufertigen, und hat sich für ein Honorar von 600 M. dazu bereit erklärt. Das Archiv ist bisher nicht ausreichend zu geschichtlichen Studien benutzt, was seine Erklärung in dem Mangel eines von sachkundiger Seite hergestellten Kataloges findet. Die Herausgabe eines Urkundenbuches der Stadt Görlitz kann erst nach dieser Vorarbeit ins Werk gesetzt werden. Bei der Ausarbeitung des Katalogs wird sich ergeben, welche Urkunden fehlen, und es werden sich Nachforschungen nach ihrem Verbleib anstellen lassen. Die Urkundenschätze der sächsischen Oberlausitzer Sechsstädte Kamenz und Löbau sind bereits im Codex Saxoniae regiae erschienen, das Zittauer Urkundenbuch erscheint demnächst als Bestandtheil desselben Sammelwerks, Bautzen ist im Begriff, eine selbstständige Urkundenveröffentlichung vorzunehmen, da kann Görlitz unmöglich zurückbleiben.

s. **Hirschberg,** 17. April. [Schneegrubenbaude. — Schneedecke.] Gasthofbesitzer Greulich aus Petersdorf, der neue Pächter der Schneegrubenbaude, siedelt eher in die in Pacht genommene Baude über, als es in früheren Jahren dem schon bejahrten Michalek möglich war. Die Möbel des neuen Wirths wurden schon in diesen Tagen zu Wagen nach Schreiberhau gebracht und von dort auf Schlitten bis in die Neue Baude befördert. Nochmals umgeladen, gelangen die Hausgeräthe über den Kamm nach ihrem Bestimmungsorte. Rüstige Touristen haben also schon bei einem am Buß- oder Himmelfahrtstage auf den Kamm unternommenen Ausflug auf einen freundlichen Empfang von Seiten des neuen Wirthes zu rechnen. — Die wieder hervorbrechenden warmen Sonnenstrahlen lassen die neuerdings entstandene Schneedecke im Gebirge rasch dahinschwinden.

H. **Hainau,** 14. April. [Communales.] In der letzten Sitzung der Stadtverordneten lag ein vom Kreis-Baumeister Jeglinsky-Bunzlau angefertigter Plan behufs Anlegung von neuen Straßen in der Nähe der

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

„Hopfenberge" zur Genehmigung vor, und es sollen dieselben, welche die neu geschaffenen Anlagen besser und bequemer mit der Stadt verbinden sollen, die Bezeichnung Lindenstraße, Feldstraße, Bergstraße, Sandstraße, An der Deichsa erhalten. Die Prüfung dieses Bebauungsplanes wurde einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Commission übertragen und zur Ausführung der Vorarbeiten 603 Mark bewilligt. — Der hiesige evang. Gemeinde-Kirchenrath beschloß in seiner gestrigen Sitzung, bei Trauungen eine Eintrittsgebühr von den anwesenden Zuschauern zu erheben; den Angehörigen des Brautpaares aber soll eine Anzahl Karten gratis zur Verfügung gestellt werden. Auch wurde beschlossen, auf dem neuen Friedhofe ein Todtengräberhaus und eine Leichenhalle zu erbauen.

l. **Gottesberg**, 16. April. [Neuer Knappenverein. — Versammlung von Socialdemokraten. — Verkäufe. — Vorstandstag.] In Rothenbach hat sich ein neuer Knappenverein gebildet. Zum Vorsitzenden ist Berghauer Niepel gewählt worden. — Auf der Feldmark zwischen Gaablau und Liebersdorf fand am Sonntage eine socialdemokratische Versammlung statt, die von 200 Personen besucht war. Als Redner trat Drechslermeister Richter-Striegau auf. — In Conradswaldau ist der Mittelkretscham an Herrn Hauk aus Landeshut, das Gasthaus „zum Glückhilf" an Herrn Schäl-Conradswaldau verkauft worden. — Im nahen Ober-Hermsdorf fand am Sonntage eine Vorstandsversammlung der Knappenvereine des Waldenburger Vereins statt. Es waren 17 Knappenvereine durch 55 Vorstandsmitglieder resp. Delegirte vertreten. Der Tagesordnung gemäß wurden die Lohnfrage und die Mängel des Knappschafts-Statuts erörtert. Es wurde zur Prüfung des vorgelegten Musterstatuts eine Commission von 6 Mitgliedern gewählt. An den Knappschaftsvorstand soll eine Petition gerichtet werden, in der um freie Wahl der Revierärzte, freie Cur und Arznei auch für Frau und Kinder der Knappschaftsmitglieder ersucht wird.

F. **Liegnitz**, 16. April. [Lohnbewegung. — Kaisermanöver.] Am vorigen Sonnabend hat in dem Gasthause „zu den drei Bergen" eine Versammlung der Tischlergesellen stattgefunden. Es wurde beschlossen, eine zehnstündige Arbeitszeit, 1½stündige Mittags- und je halbstündige Frühstücks- und Vesperpause zu fordern. Der Mindestlohn soll 27 Pf. für die Stunde betragen, für jede Ueberstunde 10 Pf. Aufschlag gezahlt werden. Die Lohncommission wurde beauftragt, diese Forderungen den Arbeitgebern vorzutragen. Wenn irgend möglich, soll ein Strike vermieden werden. — Die Kaiser-Parade des V. Corps wird in der Gegend von Eichholz in der Nähe der bekannten Blücherlinde stattfinden. Bei dem Manöver des V. und VI. Armeecorps gegen einander will der Kaiser den Befehl des V. Corps übernehmen. Auch spricht man davon, daß derselbe an zwei der Bivouaks theilzunehmen beabsichtigt. Die Krieger-Vereine des Bezirkes planen einen Fackelzug, die hiesigen Sänger-Vereine ein Morgenständchen. Während der Anwesenheit des Kaisers in unserer Stadt soll auch ein Zapfenstreich, ausgeführt von sämmtlichen Musikcapellen des V. Corps, stattfinden.

□ **Namslau**, 17. April. [Bahnhofserweiterung.] Der Umbau des Empfangsgebäudes auf dem hiesigen Bahnhof ist noch kaum beendet, und schon stellt sich die Nothwendigkeit weiterer Vergrößerungen heraus, da die Bureauräumlichkeiten dem Bedürfniß nicht genügen. Es ist ein Anbau an der westlichen Gebäudeseite in Aussicht genommen, der im Laufe dieses Sommers noch ausgeführt werden soll.

Aus den Nachbargebieten der Provinz

ββ **Von der russisch-polnischen Grenze.** Der neue Gouverneur von Petrikau, wirklicher Staatsrath Möller, hat am 13. April (1. Apr. a. St.) die Leitung des Gouvernements übernommen. — Ein Rundschreiben des Theater-Unternehmers Rosenthal aus Preußen ersucht die deutschen Fabrikbesitzer in Lodz, Beiträge zu einer jährlichen Subvention von 4000 Rubel für das Deutsche Theater in Lodz zu zeichnen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

* **Hirschberg**, 16. April. [Preßproceß.] Am Dinstag erschien vor der hiesigen Strafkammer der Hauptredacteur des „Boten a. d. Riesengb." Dürholt zunächst deshalb angeklagt, weil während eines kurzen Urlaubs des verantwortlichen Redacteurs Simon derselbe auf Anordnung Dürholts als verantwortlicher Redacteur des „Boten" weiterbezeichnet war, obwohl während dieser Zeit die Redaction ausschließlich von Dürholt geführt worden sei, ferner, weil er in dieser Zeit eine ihm von dem Besitzer der „Post aus dem Riesengebirge", Herrn Böheim, eingesandte Berichtigung in veränderter Form und an unrichtiger Stelle, eine andere Berichtigung dagegen gar nicht aufgenommen habe. In erster Beziehung gab Dürholt wenigstens bezüglich einer Nummer die Richtigkeit der von der Anklage behaupteten Thatsachen zu, wies jedoch darauf hin, daß es in der gesammten deutschen Presse üblich sei, bei nur kurzer Abwesenheit des verantwortlichen Redacteurs denselben dennoch weiter als solchen zu benennen. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Heilborn, berief sich in dieser Hinsicht besonders auf das Beispiel der „Kreuzzeitung", deren verantwortlicher Redacteur, Herr von Hammerstein, während der Agitation vor den letzten Wahlen mehrere Tage hintereinander von Berlin abwesend gewesen sei und sich in keiner Weise an der Redaction der Kreuzzeitung betheiligt habe, dennoch aber ununterbrochen auf derselben als verantwortlicher Redacteur benannt worden sei. Der Vertheidiger führte ferner an, daß vor einigen Jahren der damalige Gerant und verantwortliche Redacteur der „Schlesischen Zeitung", als bei ihm eine Geisteskrankheit bereits im Entstehen begriffen war und er in Folge dessen eine Zeit lang keinerlei Redactionsthätigkeit mehr ausübte, dennoch auf dem Blatte so lange als verantwortlicher Redacteur noch bezeichnet wurde, als man glaubte, daß es sich nur um eine vorübergehende Störung handle. Die seitens der Vertheidigung beantragte Vernehmung von Zeugen über diesen Punkt lehnte das Gericht ab, da dasselbe diese Angaben ohne Weiteres für wahr annahm und auch ferner erklärte, dem Angeklagten zu glauben, daß er die Ueberzeugung gehabt habe, sein Verfahren sei ein dem Gesetz entsprechendes gewesen. Was den Vorwurf der Nichtaufnahme resp. nicht gehörigen Aufnahme der beiden Berichtigungen anlangt, so behauptete Dürholt, daß er zur Aufnahme überhaupt nicht verpflichtet gewesen sei, weil beide Berichtigungen nicht, wie gesetzlich erforderlich, an den verantwortlichen Redacteur, sondern allgemein an die Redaction des „Boten" gerichtet gewesen seien; ferner habe die zweite Berichtigung sich nicht darauf beschränkt, Thatsachen zu behaupten, sondern auch bloße Vermuthungen des Einsenders und Beleidigungen gegen den Berichterstatter des „Boten" enthalten. Bei der ersten Berichtigung dagegen habe er nur das Wort „Unwahrheit" in „Irrthum" verwandelt, da das Wort „Unwahrheit" eine unzulässige Kritik und ein Angriff gegen den Berichterstatter des „Boten" sei. Dies entspreche auch der von dem Kammergericht bestätigten Praxis des Landgerichts I zu Berlin. Die sehr ausführliche Beweisaufnahme ergab zur Evidenz, daß die Redaction des „Boten" von den Herren Dürholt und Simon gemeinschaftlich geführt wird, und daß zwar die allgemeine Oberleitung des Blattes Herrn Dürholt als Hauptredacteur zusteht, daß aber der verantwortliche Redacteur Simon berechtigt ist, Stellen, welche ihm in strafrechtlicher Beziehung bedenklich erscheinen, nach seinem Gutdünken zu streichen oder abzuändern. Staatsanwalt Heym beantragte das Schuldig gegen den Angeklagten auszusprechen wegen der Benennung des Herrn Simon als verantwortlichen Redacteurs auf den beiden Nummern des „Boten", bei deren Herstellung Simon abwesend gewesen, und wegen der Abänderung der aufgenommenen ersten Berichtigung. Bezüglich der verweigerten Aufnahme der zweiten Berichtigung beantragte er selbst die Freisprechung. Insgesammt wurde eine Geldstrafe in Höhe von 130 Mark in Antrag gebracht. Die sehr erschöpfenden Ausführungen des Rechtsanwalts Heilborn gipfelten im Wesentlichen darin, daß der Angeklagte sich in keiner Richtung der ihm zur Last gelegten Uebertretungen schuldig gemacht habe: wegen der Benennung des Herrn Simon als verantwortlicher Redacteur deshalb nicht, weil es ein von allen Schriftstellern anerkannter Rechtssatz sei, daß ein als verantwortlich benannter Redacteur, der sich nur vorübergehend bei einzelnen Nummern der Zeitung an der Redactionsthätigkeit nicht betheiligt habe, deshalb noch nicht als falsch benannt gelten soll; wegen der Abänderung der ersten Berichtigung resp. der Nichtaufnahme der zweiten Berichtigung deshalb nicht, weil wegen dieses Vergehens derjenige Redacteur nicht bestraft werden kann, welcher nicht als verantwortlich ausdrücklich auf dem Blatte bezeichnet ist. Der Gerichtshof schloß sich bezüglich der Schuldfragen im Wesentlichen den Ausführungen der Staatsanwaltschaft an, verurtheilte aber den Angeklagten, da er demselben in jeder Beziehung guten Glauben beimaß, nur zu einer Strafe von 45 M., sprach ihn auch gemäß den in diesem Punkte übereinstimmenden Anträgen der Staatsanwaltschaft und der Vertheidigung wegen Nichtaufnahme der zweiten Berichtigung frei. Gegen das Urtheil wird von Dürholt Revision eingelegt werden, so daß sich mit den hier angeregten Rechtsfragen demnächst das Reichsgericht zu beschäftigen haben wird.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Landtag.

* **Berlin**, 17. April. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute in dritter Berathung die Etats der Ministerien der Justiz und des Innern, sowie die der landwirthschaftlichen und der Gestütsverwaltung, die beiden letztgenannten ohne erhebliche Debatte. Beim Etat der Justizverwaltung wurde vom Abg. Bödicker in Gemeinschaft mit Windthorst bemängelt, daß man im Gegensatz zum Gerichtsverfassungsgesetz bei den mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichten die Geschäfte nach Gattungen, nicht nach Bezirken vertheile. Abg. Czwalina tadelte, daß man die Officialvertheidigung meist Referendaren übertrage, während sie doch in der Regel von Rechtsanwälten wahrgenommen werden solle. Auf den Hinweis des Abg. Rickert auf die schlechte Behandlung der Redacteure in den Gefängnissen, speciell auf den Fall Bölger, erklärte ein Vertreter des Justizministers, daß das betreffende Gefängniß zum Ressort des Ministers des Innern gehöre, worauf Herr Herrfurth eine Untersuchung des Falles versprach. Die Abgg. Rickert, Windthorst und von Eynern empfahlen die Uebertragung des Strafvollzuges in die Hand eines Ministers. Beim Etat des Ministeriums des Innern befürwortete zunächst Abg. Lückhoff eine staatliche Unterstützung der freien Liebesthätigkeit auf dem Gebiete der Erziehung verwahrloster Kinder. Abg. Stöcker besprach dann eingehend die Prostitution in Berlin und deren polizeiliche Controle, die er in 4 Punkten bemängelte; die Controle werde nicht einheitlich gehandhabt, das ganze Verfahren mache den Eindruck der Concessionirung; die Sanitätscontrole müßte durch Frauen ausgeübt werden, und es müsse verhütet werden, daß die nächtlichen Cafés nicht die Börse der Unzucht würden. Besonders tadelte der Abg. Stöcker, daß man bei Unterstellung minorenner Mädchen unter die Controle den Eltern und Vormündern derselben keine Nachricht zugehen lasse. Auch durch Einschränkung und Beaufsichtigung des Schlafburschen- und Schlafmädchenwesens lasse sich eine Verbesserung erzielen. Minister Herrfurth konnte über die Controle minderjähriger Mädchen mittheilen, daß Benachrichtigungen an Eltern und Vormünder ergehen, sobald sie verwarnt oder unter Controle gestellt würden; auf die anderen sehr heiklen Punkte wollte er mit Rücksicht auf die Tribünen nicht eingehen. Da Herr Stöcker einen Antrag nicht gestellt hatte, verlief die Debatte im Sande. Die Abgg. Brüel und Windthorst brachten den Welfenfonds zur Sprache und suchten zu beweisen, daß die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg ohne Gesetz wieder aufgehoben werden könnte. Das bestritt der Minister Herrfurth unter Hinweis auf die ausdrückliche Vorschrift des Gesetzes; der Abg. Tramm trat ihm darin bei, hielt aber die Aufhebung der Beschlagnahme und die Zuführung des Fonds zu seiner eigentlichen Bestimmung für nothwendig im Interesse der hannoverschen Bevölkerung, während sein nationalliberaler Fractionsgenosse Enneccerus eher für die Einziehung des Fonds zur Staatskasse zu stimmen schien. Herr von Puttkamer-Plauth erklärte schließlich seine Behauptung, daß Herr von Reibnitz im Wahlkreise Rosenberg tausende kleiner Leute durch das Kreisen der Schnapsflasche zur Wahl eines Polen verführt habe, dahin, daß das nur sinnbildlich gemeint sei; bewirthet habe Herr a. Reibnitz aber einige Bauern in einer Gemeinde des Rosenberger Kreises. Morgen kommt der Cultusetat zur Berathung.

Abgeordnetenhaus. 42. Sitzung vom 17. April.
11 Uhr.

Am Ministertische: von Schelling, Herrfurth, von Goßler und zahlreiche Commissarien.

Die dritte Berathung des Staatshaushaltsetats für 1890/91 wird fortgesetzt und zwar in der Specialberathung des Etats der Justizverwaltung.

Auf eine Anfrage des Abg. Dasbach erklärt der

Geh. Ober-Justizrath Eichholz, daß die Justizverwaltung über die Blätter, in welchen die Gerichte ihre Bekanntmachungen zu veröffentlichen haben, keinerlei Verfügung erlassen habe; das sei Sache der Gerichte.

Abg. Dasbach bedauert, daß die Gerichte vielfach Blätter wählen, welche keine geeignete Verbreitung der Anzeigen ermöglichen.

Abg. Schumacher weist darauf hin, daß die Strafvollstreckung ausgesetzt werden kann, wenn durch dieselbe für den Bestraften und seine Familie eine Schädigung entsteht, welche mit der Strafe nichts zu thun hat; durch die Bestrafung eines Arbeiters könne aber auch dem Arbeitgeber ein unverhältnißmäßiger Schaden zugefügt werden, z. B. wenn einem Landwirth ein Knecht während der Erntezeit entzogen wird. Wäre es da nicht möglich, daß die Strafe auf Grund der bestehenden Vorschriften von Seiten der Justizverwaltung ausgesetzt würde?

Geheimer Rath Lucas sagt eine Erwägung dieser Frage zu.

Abg. Rickert: Ein Ministerialbeschluß von 1875 weist die Behörden an, zu amtlichen Bekanntmachungen keine oppositionellen Blätter auszuwählen. Gilt dieser Beschluß auch für die Gerichte, oder sind diese in der Wahl ihrer Blätter selbstständig? Redner verweist dann auf die Behandlung von Redacteuren in Gefängnissen. Der Redacteur Bölger sei aus dem Gefängniß von Herford nach Dortmund übergeführt worden, gefesselt, Kopf- und Barthaare geschoren und in Sträflingskleidern. Ist dem Justizminister davon etwas bekannt?

Geh. Ober-Justizrath Starke: Eine Bestimmung, daß den Gefangenen Kopf- und Barthaar geschoren werden soll, besteht nicht; die Justizverwaltung hat wahrscheinlich mit der ganzen Sache nichts zu thun, denn die Anstalt in Herford gehört nicht zum Ressort des Justizministers.

Abg. Rickert: Dann bitte ich den anwesenden Minister des Innern, sich über die Sache zu äußern.

Minister Herrfurth: Mir ist ebenfalls davon nichts bekannt; ich werde aber der Sache näher treten.

Abg. Windthorst: Die Untersuchung darf sich nicht auf den einen Fall beschränken, sondern es muß eine generelle Anordnung in dieser Beziehung getroffen werden; der Strafvollzug muß ein einheitlicher sein, jetzt scheint eine große Willkürlichkeit zu herrschen.

Abg. Rickert hält es ebenfalls für nothwendig, die Strafvollstreckung in eine Hand zu legen.

Abg. v. Eynern: Den einzelnen Fall müssen wir bis zur näheren Aufklärung auf sich beruhen lassen; ein Antrag, den Strafvollzug in die Hand eines Ministers zu legen, wird unsere Unterstützung finden.

Abg. Bödiker: Nach dem Geiste der Gerichtsverfassung soll die Vertheilung der Geschäfte an den mit mehreren Amtsrichtern besetzten Amtsgerichten nach Bezirken, nicht nach Gattungen der gerichtlichen Geschäfte erfolgen; es soll vermieden werden, daß die Amtsrichter sich einseitig einarbeiten, indem sie nur eine Art von Geschäften erledigen. Die Vertheilung soll erfolgen nach Grundsätzen, welche der Justizminister aufzustellen hat; trotzdem wird bei größeren Amtsgerichten danach nicht verfahren, so daß das Publikum, wenn es mehrere Sachen zu erledigen hat, zwei oder drei Richter nach einander aufsuchen muß, wodurch ein großer Zeitverlust entsteht.

Geheimer Justizrath Eichholz: Die Geschäftsvertheilung beruht auf einer Anordnung vom Jahre 1879; bei den mit zwei Richtern besetzten Amtsgerichten — und das ist die Mehrzahl der Gerichte — werden die Geschäfte geographisch vertheilt, bei denen mit drei oder mehr Richtern besetzten Amtsgerichten erfolgt je nach den Verhältnissen die Vertheilung nach geographischen Bezirken oder nach Gattungen oder nach beiden Rücksichten gemeinsam. Klagen sind bisher gegen dieses Verfahren noch nicht geltend gemacht worden.

Abg. Windthorst (Centrum): Wir kommen immer mehr von dem eigentlichen Gedanken des Einzelrichters ab. Die Absicht des Gesetzgebers war, daß der Einzelrichter mitten unter seinen Gerichtseingesessenen wohnt und mit ihnen lebt, daß er alle Justizgeschäfte mit ihnen erledigt; jetzt scheint man aber dazu gekommen zu sein, daß nur die Geschäfte möglichst schnell erledigt werden. Die Amtsrichter scheinen mir viel zu bequem zu sein, und die Herren Präsidenten sollten sich einmal genauer darum kümmern bei ihren Aufsichtsreisen. Mir ist mitgetheilt worden, daß in mehreren Oberlandesgerichtsbezirken die Vertheilung der Geschäfte der Amtsrichter nach geographischen Bezirken vollständig beseitigt ist; da sollte der Justizminister eingreifen. Die Art, wie hier in Berlin die Rechtspflege gehandhabt wird, das ist keine Rechtsprechung, sondern eine Justizfabrik. Das Amtsgericht in Berlin muß in viele Theile getheilt werden; alle Fremden, welche nach Berlin kommen, um unsere Justizpflege zu studiren, wundern sich über die in Berlin herrschenden Zustände.

Abg. Bödiker: Ich kenne zwei Oberlandesgerichtsbezirke, in denen in Folge des Drucks des Präsidenten die Vertheilung nach Materien durchgeführt ist. Wenn Beschwerden noch nicht gekommen sind, so kommen sie vielleicht jetzt, wenn die Gerichtseingesessenen aus den heutigen Verhandlungen sehen, daß ihnen aus dieser anderweitigen Vertheilung Beschwerden erwachsen.

Abg. Czwalina (dfr.) weist darauf hin, daß es üblich zu sein scheint, zu Officialvertheidigern nicht die bei den Gerichten vorhandenen Rechtsanwälte, sondern Referendare zu bestellen; von einem Gerichte sei ihm bekannt, daß von 17 an einem Tage zur Verhandlung gekommenen Fällen 16 zusammen 3 Referendaren als Officialvertheidigern übertragen waren, während nur in einer ein Rechtsanwalt fungirte. Dabei können nur Rücksichten der Sparsamkeit maßgebend gewesen sein, denn Rechtsanwälte müssen eventuell aus der Staatskasse bezahlt werden, während die Referendare umsonst diese Arbeit übernehmen müssen. Man sagt, die Referendare sollen daraus lernen; aber welchen Schaden können sie durch ihre Unkenntniß anrichten. Man sagt auch vielleicht, die Referendare würden nur in unwichtigeren Sachen beschäftigt. Unwichtige Sachen giebts überhaupt nicht; jedenfalls sollte die Bestellung von Rechtsanwälten zu Officialvertheidigern die Regel sein.

Justizminister v. Schelling: Ich könnte mich auf die Erklärung beschränken, daß die Bestallung der Officialvertheidiger Sache der Gerichtspräsidenten sei, aber ich will weiter auf die Sache eingehen. Ich kann nur wünschen, daß die Referendare sich in der Vertheidigung eifrig beschäftigen, um sich in der freien Rede zu üben; aber die Bestellung von Referendaren soll immerhin die Ausnahme bleiben, wie das Gesetz das vorschreibt. Ich muß annehmen, daß die Gerichte die Vorschriften befolgen und daß dabei nicht die Sparsamkeit allein maßgebend ist. Herrn Windthorst muß ich zugeben, daß die Schöpfung des Amtsgerichts I. Berlin eine monströse und keine sehr glückliche gewesen ist. (Sehr richtig!) Ich kann nicht durch die Einwirkung auf die Landgerichtspräsidenten die Vertheilung der Geschäfte bei den Amtsgerichten regeln; denn die Vertheilung der Geschäfte ist Sache des Landgerichtspräsidiums, in dessen Händen immer die Ausführung aller Vorschriften bleiben wird. Dadurch wird die Justizverwaltung aller Verantwortlichkeit für die Zustände, welche Herr Windthorst tadelt, entkleidet.

Abg. Graf Limburg-Stirum (conf.): Ich halte es für ganz zweckmäßig, wenn die Referendare zu Officialvertheidigern bestellt werden; denn die Referendare sind, weil sie noch keine feste Stellung haben, sehr geneigt, die Sache allein vom Rechtsstandpunkt aufzufassen. Die gewerbsmäßigen Vertheidiger treiben schließlich etwas Sport dabei; das ist mir wenigstens immer so vorgekommen, wenn ich hier im Hause Herren, welche gewerbsmäßige Vertheidiger sind, sprechen höre.

Abg. Windthorst: Wenn die Vertheidiger in ihrer Vertheidigung manchmal zu weit gehen, so ist das wohl nur dadurch hervorgerufen, daß die Staatsanwälte nicht immer darauf bedacht sind, auch die für die Angeklagten günstigen Gesichtspunkte in Betracht zu ziehen. Die Referendare sollen in der Vertheidigung beschäftigt werden, aber nicht bei wichtigen Sachen. Ich freue mich, daß der Minister das Princip, daß die Geschäfte der Amtsgerichte nach örtlichen Bezirken vertheilt werden sollen, anerkennt; er wird also Remedur schaffen, wenn er erfährt, daß mehrere Oberlandesgerichts-Präsidenten durch ihren Druck auf die Landgerichts-Präsidenten die bestehende örtliche Geschäftseintheilung wieder beseitigt haben.

Der Etat der Justizverwaltung wird genehmigt. — Es folgt der Etat des Ministeriums des Innern.

Abg. Lückhoff (fc.) weist darauf hin, daß die Zahl der verwahrlosten Kinder, welche in Zwangserziehung genommen werden, von Jahr zu Jahr steige; die Einzelzahlen aus einzelnen Bezirken, namentlich aus Fabrikstädten zeigen, daß mit dem steigenden Wohlstand der Arbeiter-Bevölkerung sich das Familienleben derselben lockert und zum Theil vollständig zersetzt. Das ist auch begreiflich bei dem starken Anwachsen der Socialdemokratie. Deshalb muß man aber nachdenken über Mittel, wie solche Mißstände verhindert werden können; meistens werden diese auf dem kirchlichen Gebiete liegen; allein man muß fragen: warum wartet der Staat mit der Zwangserziehung, bis die Kinder erst ein Verbrechen begangen haben? Kann die Zwangserziehung nicht schon früher anfangen? Der Staat kann hier nicht allein helfen, es muß auch die Privatwohlthätigkeit und die Thätigkeit der Gemeinden eingreifen. Erziehungshäuser sind eingerichtet von Privaten und zum Theil auch von Kirchengemeinden, aber die große Mehrzahl der Gemeinden hält sich von dieser Arbeit fern. Redner weist auf die großartige Thätigkeit der Erziehungsvereine und Erziehungshäuser hin und bittet die Regierung, dieselben in ihrer Aufgabe zu unterstützen; denn die verwahrlosten Personen, die Verbrecher, werden immer der Gesellschaft den Vorwurf machen können, daß man für sie, als sie, von Eltern und Verwandten verlassen, auf der Straße lagen, nicht gesorgt, sie nicht erzogen habe. Gegen diese Anklage wird der Staat und die Gesellschaft sich nicht vertheidigen können.

Minister Herrfurth: Der Vorredner hat das Ziel im Auge, welches auf diesem Gebiete erreicht werden kann durch gemeinsame Thätigkeit des Staates, der Kirche, der Schule und der freien Liebesthätigkeit. Darin bin ich mit ihm einverstanden; allein diese Dinge liegen nicht innerhalb meines Ressorts. In einem Punkt hat er sich mit meinem Ressort beschäftigt, aber in diesem Punkt kann ich nicht mit ihm einverstanden sein. Er verlangt, daß Kinder, die noch kein Verbrechen begangen haben, schon in Zwangserziehung genommen werden. Das widerspricht dem Gesetz und würde wohl den lebhaften Widerspruch aller Provinzialverbände erwecken, denen daraus eine große Mehrbelastung erwachsen würde. Aus Mitteln zur Erziehung verwahrloster Kinder kann den Erziehungsvereinen keine Beihilfe gegeben werden das würde von der Oberrechnungskammer gerügt werden; aber aus dem Dispositionsfond des Gefängnißwesens sind solche Beihilfen gewährt worden, und ich werde dieselben auch weiter gewähren.

Abg. Stöcker: Die Verwahrlosung nimmt zu, die Fähigkeit des Erziehens nimmt in den Familien ab. Das ist ja eigentlich nicht wunderbar bei der herrschenden Verwahrlosung der Eheschließungen und des verwüsteten Familienlebens. Die Thätigkeit der Stadtmission hat in dieser Beziehung schlimme Dinge ermittelt; die Mißstände werden noch wachsen, wenn nicht eine allgemeine Bewegung gegen diese Zustände entsteht. Ich glaube nicht, daß der Staat in die Kindererziehung eingreift, daß er die verwahrlosten Kinder den Eltern wegnimmt; ein solches Verhalten des Staats würde ähnlich wirken, wie die Findelhäuser; die Eltern würden froh sein, wenn sie ihre Kinder los wären. Gerade aus dieser verwahrlosten Jugend zieht die Prostitution ihre Recruten; darauf möchte ich die Aufmerksamkeit des Ministers lenken. Ich möchte dabei auf einige Punkte der polizeilichen Sittencontrole hinweisen, welche allgemein gemißbilligt werden. Man muß in Bezug auf den Schutz der Jugend weiter gehen als bisher; namentlich müssen die Arbeiterinnen geschützt werden gegen ihre Arbeitgeber, denn auf diesem Gebiete wird sehr viel gesündigt. Die früheren Zustände auf dem Gebiete der Prostitution waren gewiß principiell verwerflich, aber die heutigen Zustände sind praktisch verwerflicher. Die Prostitution wandelt jetzt in der Stadt umher; fünftausend eingeschriebene Dirnen und fünfzigtausend, die von der Prostitution leben, wohnen in der ganzen Stadt zerstreut; dadurch werden bei unseren unglücklichen Miethsverhältnissen die Familien angesteckt. Es giebt kein System der Polizeiverwaltung, welches alles verhindern könnte; aber wenn ein System eingeführt ist, müßten alle Schäden desselben corrigirt werden. Der westfälische Gefängnißverein, welcher die Sache am meisten in alle Einzelheiten verfolgt, klagt darüber, daß die Controle, selbst die Verhängung und Aufhebung der Controle, nicht einheitlich gehandhabt wird, daß durch die Verhängung von Gefängnißstrafen die Sache oft mehr verschlimmert wird als verbessert. Durch die Verderbniß der Kinder der untersten Volksklassen wird die Verbitterung der Eltern verstärkt; diese Frage hängt deshalb auch mit dem Umsturz zusammen. Wenn jetzt durch unser Volk und Vaterland ein Zug nach etwas Höherem geht, dann wird man in diesen Tagen etwas mehr Aufmerksam-

keit für die Prüfung dieser Frage finden. Die Controle macht, ohne daß man es will, den Eindruck der Concessionirung, namentlich was die Vorschriften betrifft, welche 1887 zusätzlich erlassen worden sind. Wenn Mädchen bis zum sechszehnten Jahre in Berührung mit der Polizei kommen, müßte man den Eltern Mittheilung machen, damit sie sich ihrer Kinder annehmen; man müßte es verhindern, daß die Mädchen, wenn sie aus dem Gefängniß oder dem Krankenhause entlassen werden, wieder an die Stätten ihrer früheren lasterhaften Lebensführung zurückkehren. Dadurch wird die Polizei allerdings belastet; aber diese Arbeit wird geringer sein, als die, welche die Unterdrückung des hervortretenden Umsturzes erfordert. Wir müssen es mehr mit der Prophylaxis versuchen. Die Sanitätscontrole wird wohl nicht zu entbehren sein, aber ich möchte den Wunsch aussprechen, daß sie ausgeführt wird durch hebammenartige Persönlichkeiten unter Aufsicht von Aerzten. Das letzte ist die Gelegenheitsmacherei, welche in einer großen Stadt durch polizeiliche Maßregeln erschwert, aber auch gefördert werden kann. Die Berliner Polizei säubert die Straßen Berlins in wachsendem Maße; aber die Gelegenheitsmacherei hat sich in die Cafés und die Locale mit weiblicher Bedienung zurückgezogen; das giebt die Polizei selbst zu. Hier müßte eine Aenderung der Gewerbeordnung eintreten; die nächtlichen Cafés, welche geradezu Börsen der Unzucht sind, sollte man schließen. Die Polizei hat ja ein Interesse daran, die Prostitution, welche mit dem Verbrecherthum in Beziehung steht, beobachten zu können; aber dieser Vortheil ist doch zu theuer erkauft. Auch das Wohnungswesen müßte verbessert werden; es müßte verhindert werden, das Schlafburschen und Schlafmädchen mit der Familie in engen Räumen zusammen wohnen. Von seiten der Staatsregierung könnte etwas geschehen, um den Kampf der öffentlichen Meinung zu unterstützen; es kann nicht besser werden, so lange auf den Bühnen die Unzucht vorherrscht. Ich erinnere an den Fall „Clemenceau", die „Firma Rondinot" und neuerdings „Die Marquise". (Sehr richtig! rechts.) Auch in der Litteratur muß etwas schärfer aufgepaßt werden; die von der Polizei beschlagnahmten Sachen sind sehr schlimm, und oft werden sie trotzdem von dem Richter freigegeben. Dunkel ist das Gebiet, und man muß hoffen, daß eine Besserung herbeigeführt werden kann. Der Verfall der Völker fängt immer mit der Prostitution an. Ich bin kein Pessimist, sondern in Bezug auf das deutsche Volk Optimist; aber dabei darf man die dunklen Punkte nicht übersehen. Ich hoffe, daß aus den Kreisen der Laien der Missionsthätigkeit Hilfe geleistet werden wird.

Minister Herrfurth: Ich kann nicht auf alle Fragen des Herrn Stöcker eingehen; denn er hat mir nur angekündigt, daß er die Frage der jugendlichen Prostitution besprechen wolle. Ich weiß nicht, was in der Instruction steht; die ärztliche Untersuchung kann nicht wegfallen. Die Polizei hat die Prostitution nach Möglichkeit zurückgedrängt; Locale mit weiblicher Bedienung können grundsätzlich nicht verboten werden, sie werden aufgehoben, wenn sich genügender Anlaß dazu ergiebt. Der Vorredner verwechselt die Sittencontrole und die Sittenpolizei; die Sittencontrole trifft nur den Abschaum, sie tritt erst dann ein, wenn keine Besserung mehr möglich ist, wenn eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit entsteht. Eine liederliche Frauensperson wird nicht sofort unter Controle gestellt, sondern zuerst protokollarisch verwarnt; ist die Betreffende minorenn, dann werden die Eltern, Vormünder u. s. w. davon benachrichtigt, namentlich wenn dieselben außerhalb Berlins wohnen; sie werden aufgefordert, ihr Kind bezw. Mündel von Berlin abzuholen. Ist die Frauensperson aus Berlin, wird sie den Eltern oder dem Vormunde zugeführt. Hilft die Warnung nichts, so wird sie erst nach drei- oder viermaliger erfolgter Ermahnung unter Controle gestellt. Herr Stöcker folgerte aus der Zunahme der unter Controle stehenden Personen eine Zunahme der Unzucht. In den letzten Jahren hat eine erhebliche Abnahme derselben stattgefunden. Wenn Herr Stöcker sich beim Polzei-Präsidium die Zahlen geholt hätte, dann hätten wir diese peinliche Discussion, zumal Damen auf den Tribünen vorhanden sind, uns ersparen können. (Zustimmung.)

Abg. Stöcker: Die letzten Aeußerungen des Ministers muß ich bedauern; wir sind hier nicht der Tribünen wegen versammelt, sondern zum Heile des Volkes. Was Gegenstand der Gesetzgebung und Polizeiverwaltung ist, kann und muß hier besprochen werden; es darf nicht alles in dunkel gehüllt werden. Dem Minister mag das peinlich sein; ich habe aber jede Reserve gebraucht. Der Minister hat behauptet, daß die Prostitution von der Straße verdrangt sei; darum hat sie sich aber in die Cafés zurückgezogen. Ich bin erfreut zu hören, daß die Polizei bei Minorennen die Eltern und Vormünder benachrichtigt; das war früher nicht der Fall, wird auch wohl jetzt nicht, trotzdem es Verordnung ist, allgemein befolgt.

Abg. Langerhans (dfr.): Wenn es mit der Sache ernst ist, dann hätte Herr Stocker vor der Geschäftsordnung Gebrauch machen und die Oeffentlichkeit ausschließen lassen sollen; er hätte einen Antrag stellen sollen, den man commissarisch berathen kann, mit allgemeinen Bemerkungen rührt man nur Unrath auf, ohne einen Schritt vorwärts zu kommen (sehr richtig! links.) Es können viele Vorschriften und Einrichtungen verbessert werden; aber wenn man sich darüber klar ist, dann komme man mit einem Antrage, den man gründlich berathen kann.

Abg. Stöcker: Wenn die Freisinnigen aufhören, immer zu reden, ohne Anträge zu stellen, dann will ich ebenfalls folgen. Ich werde Herrn Langerhans seinen Standpunkt bei Gelegenheit vorhalten. Ich habe keine allgemeinen Redensarten gemacht, sondern bestimmte Dinge vorgebracht, und hoffe, daß die Debatte ihre Wirkung haben wird. Die Sache ist Gegenstand einer allgemeinen Erörterung nicht blos unter Männern, sondern auch unter Frauen. Im Theater kann die Unzucht auf die Bühne gebracht werden, und hier sollen wir diese Dinge nicht zur Sprache bringen.

Abg. Langerhans: Ich halte es für außerordentlich traurig, daß solche Dinge hier öffentlich erörtert worden sind.

Abg. Stöcker: Diese Dinge sind im englischen und italienischen Parlament öffentlich verhandelt worden, und keine der Damen, welche uns heute mit ihrer Gegenwart beehren, hat es für nöthig gehalten, sich zu entfernen. Ich halte das für richtig, denn es badelt sich für die Frauen und zwar gerade für die Hochstellten und Gebildeten um das Wohl ihrer Schwestern. (Zustimmung rechts.)

Minister Herrfurth: Die von mir angeführten Vorschriften sind jetzt in Geltung und werden ausgeführt; die Formulare werden nur zu oft in Anwendung gebracht.

Damit schließt dieser Theil der Debatte über das Ministerium des Innern ab.

Abg. Brüel (Welfe) kommt auf die gestrigen Erklärungen des Ministers Herrfurth über den Welfenfonds zurück; er faßt die Erklärungen, daß die Regierung nicht die Initiative zur Aufhebung desselben ergreifen würde, dahin auf, daß bis jetzt kein Beschluß darüber gefaßt sei; hoffentlich werde ein Gesetz zur Aufhebung der Beschlagnahme nicht erforderlich sein. Es würde den erhabenen Anschauungen Sr. Majestät wohl entsprechen, wenn die Beschlagnahme in anderer Form erfolge, welche es gestatte, nach Aufhören der dafür maßgebenden Gründe das Vermögen zurückzugeben. Die Beschlagnahme hat überhaupt mit dem Tode des Königs Georg jeglichen Rechtsgrund verloren; denn eine Strafe kann nur den schuldigen, nicht den unschuldigen Nachfolger treffen. Der Ministerpräsident hat zwar davon gesprochen, daß eine neue Aera nicht eintreten soll; aber wir haben Alle das Gefühl, daß etwas Neues im Werke ist, und ich hoffe, daß dies namentlich für diese Frage der Fall sein wird.

Minister Herrfurth: Die Ausführungen des Vorredners waren so fein, daß sie nicht recht überzeugen; sie werden einfach widerlegt durch das sehr grobe, aber klare Gesetz. Das Gesetz sagt ausdrücklich, daß die Beschlagnahme nur durch Gesetz aufgehoben werden kann; wie man da zu einer anderen Schlußfolgerung kommen kann, weiß ich nicht. Wenn er alles auf die Person des Königs Georg zuspitzt, dann könnte man zu der Schlußfolgerung kommen, durch den Tod ist das Vermögen bonum vacans geworden und fällt dem Staat anheim. (Widerspruch im Centrum.) Aber das Haus hat anders entschieden in Bezug auf die Rückgabe des kurhessischen Vermögens, welches den Erben zurückgegeben worden ist.

Abg. Windthorst: Kein Jurist kann anders urtheilen, als daß durch den Tod des Königs Georg die Beschlagnahme hinfällig geworden ist. Der Vertrag über die Auslieferung des Vermögens des Königs Georg ist damals persönlich zwischen den beiden Herrschern geschlossen worden, ohne Genehmigung des Landtages. Als die Verhandlungen darüber im September 1866 stockten, wurde mir eröffnet, daß nur noch bis bis zum 1. October 1866 die Möglichkeit vorhanden sei, ohne Concurrenz des Landtages die Sache zu erledigen. Deshalb ließ ich manche Bedenken fallen und nahm den Vertrag an. Die Regierung hat auch anerkannt, daß der Vertrag nur durch die Krone abgeschlossen ist, denn die Beschlagnahme ist ebenfalls ohne Genehmigung des Landtages erfolgt. Deshalb hat der Nachfolger das Recht, seinen Anspruch bei der Krone allein geltend zu machen. Lassen Sie den Gerichten freien Lauf, dann wird die Entscheidung in meinem Sinne fallen. Besser wäre es, wenn die Regierung die Kronsyndici berufen und die Sache durch den Justizminister behandeln lassen würde; denn der Minister des Innern braucht und soll kein scharfer Jurist sein. (Heiterkeit.)

Abg. Tramm (natl.): Ich wünsche, daß der Welfenfonds möglichst bald seinen Zwecken wiedergegeben werde; aber die Rechtsausführungen der beiden Redner aus dem Centrum müssen doch auch aus dem Hause Widerspruch erfahren. Redner geht dann auf die Entstehung des Welfenfonds näher ein. Die Beschlagnahme sei erfolgt in Folge der Umtriebe der Welfenlegion, welche den Besitzstand des preußischen Staates wesentlich gefährdete. Der Vertrag ist persönlich zwischen den Monarchen abgeschlossen, aber er betrifft eine wichtige politische Frage, deswegen ist die Beschlagnahme durch Gesetz bestätigt und dadurch verschärft worden, daß ihre Aufhebung nur durch Gesetz erfolgen kann. Das Haus hat mehrfach beantragt, daß der Welfenfonds aufgehoben werden möchte. Es ist wichtig, daß in dieser wichtigen Frage die Regierung selbst die Initiative ergreift. Zur Versöhnung der Gemüther in der Provinz wird die Aufhebung sicherlich beitragen. Wir glauben alle an die unverwüstliche Kraft des deutschen Volkes, aber wir müssen auch alle Pfähle, welche im Fleische unseres Volkslebens störend vorhanden sind, beseitigen, wir müssen den Fonds seiner Bestimmung zurückgeben, denn es würde, wie Miquel gesagt hat, ein nicht zu verzeihender Mißgriff sein, wenn man dieses Privatvermögen des Königs Georg der preußischen Staatskasse einverleibte.

Abg. Windthorst bleibt dabei, daß ein Gesetz nicht erforderlich sei, um die Beschlagnahme aufzuheben, die nur für die Lebenszeit des Königs Georg angeordnet werden konnte.

Abg. Enneccerus (ntl.): Die Forderung, daß die Rückgabe des Welfenfonds erfolgen solle, ist noch nicht in meiner ganzen Partei zur Herrschaft gekommen. Die Beschlagnahme erfolgte nicht für die Lebensdauer des Königs Georg, nicht als eine Strafe für denselben, sondern als eine Sicherung für den preußischen Staat gegen die Bestrebungen auf Wiederherstellung der hannoverschen Dynastie.

Abg. Windthorst: Mit dem Tode des Königs Georg hörte die Beschlagnahme eigentlich auf, denn sie war nur gegen den König Georg gerichtet, und die Handlungen, welche dazu Anlaß gegeben haben, sind genau angeführt. Von den Erben des Königs Georg ist gar nicht die Rede.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Abg. v. Putkamer-Plauth: Ich habe in der zweiten Lesung von einem Mißbrauch gesprochen, der in Ost- und Westpreußen mit der Schnapsflasche bei den Wahlen getrieben worden ist, und gesagt, daß auch der Stauffenberg des Ostens die Schnapsflasche reichlich habe kreisen lassen. Von jedem gebildeten Manne konnte meine Behauptung selbstverständlich nur sinnbildlich aufgefaßt werden. Herr von Reibnitz — dieser war gemeint — hat nun in der „Danziger Zeitung" mich wegen dieser Behauptung der Verleumdung beschuldigt. Zum Beweise meiner Behauptung verweise ich zunächst auf die zahlreichen Proclamationen, Wahlaufrufe und Flugblätter seiner Partei; ich bin aber auch in der Lage, zwei Beispiele aufzuführen, in denen Herr v. Reibnitz persönlich sich an dieser Art von Agitation betheiligt hat. In dem Tilsiter Wahlkreise hat Herr v. Reibnitz einem Arbeiter Geld gegeben, um Schnaps zu kaufen und ihn gemeinschaftlich mit den übrigen zu vertrinken. Dieses ist auch geschehen, und die Arbeiter haben Stimmzettel vertheilt. In einem Dorfe des Kreises Rosenberg erschien Herr von Reibnitz wenige Tage vor der Hauptwahl in Begleitung eines Gutsbesitzers im dortigen Gasthofe, in dem die Bauern zusammenkommen, und deponirte Bier, Schnaps und Cigarren und forderte die Bauern, nachdem sie reichlich getrunken, anf, seinen Wahlaufruf zu unterschreiben. Viele thaten dies auch und tranken auf seine Kosten weiter. Nach drei Tagen bezahlte Herr v. Reibnitz die Rechnung. Ich überlasse es nunmehr dem Hause und dem ganzen Lande, zu beurtheilen, ob ich ein Verleumder gewesen bin oder nicht. (Beifall rechts.)

Abg. Rickert: In der Sitzung vom 5. März hat Herr v. Puttkamer behauptet, daß im Wahlkreise Rosenberg über 1000 Dienstleute und kleine Leute verführt worden sind, für den Polen zu stimmen, und zwar durch die Schnapsflasche, die der Stauffenberg des Ostens hatte kreisen lassen. (Zuruf rechts: Es war genau so!) Jetzt sind es nur einige Bauern, welche angeblich von Herrn v. Reibnitz, der übrigens die Antwort jedenfalls nicht schuldig bleiben wird, bewirthet worden sind. Wie reimt es sich übrigens zusammen, daß Herr v. Puttkamer einmal von einem kreisen der Schnapsflasche gesprochen und dann gemeint hat, daß nur idealiter die Schnapsflasche herumgegangen sei? (Lachen rechts.) Ist es möglich, diesen Widerspruch zu vereinbaren? (Jawohl! und lachen rechts.) Dann verstehe ich Sie nicht mehr.

Abg. v. Puttkamer-Plauth: Ich habe sachlich bewiesen, daß Herr v. Reibnitz mit der Schnapsflasche operirt hat, um seine Wahl durchzusetzen, und diese Behauptung ist durch die Ausführungen Rickerts, welche die Heiterkeit des Hauses erregten, nicht zerstört worden.

Damit schließt die Erörterung dieses Gegenstandes.

Abg. Lamprecht (cons.) empfiehlt dem Minister die Fürsorge für die Beamten seines Ressorts, namentlich auch der Kreissecretäre bei der Gehaltsaufbesserung.

Darauf wird der Etat des Ministeriums des Innern genehmigt. — Der Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung und der Etat der Gestütverwaltung werden ohne erhebliche Debatte erledigt.

Darauf wird um 4 Uhr die weitere Berathung (nur noch der Etat des Cultusministeriums) bis Freitag 11 Uhr vertagt.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* **Berlin**, 17. April. Aus Darmstadt wird der „Post" berichtet, daß in dem dortigen Schlosse bereits die Vorarbeiten zum Empfange der Königin von England und des Kaisers getroffen werden. Die Königin wird am 24., der Kaiser am 25. April eintreffen; der Kaiser kommt aus dem Elsaß, die Königin aus Aix-les-Bains.

In englischen Blättern heißt es, Kaiser Wilhelm werde im August d. J. der Königin Victoria während ihres Aufenthalts in Osborne wieder einen Besuch machen.

Der Chef des Generalstabs Graf Waldersee ist gestern Vormittag von seinem Erholungsurlaube in Berlin wieder eingetroffen und wurde gleich bei seiner Rückmeldung vom Kaiser zum Frühstück eingeladen.

Die „Allg. Reichscorr." will erfahren haben, daß sich der Kaiser kürzlich in scharfer und unzweideutiger Weise gegen die Bestrebungen auf Verkürzung der activen Dienstzeit ausgesprochen habe.

Der Kronrath soll morgen unter dem Vorsitz des Kaisers zusammentreten.

Die „Freis. Ztg." behauptet, Fürst Bismarck habe sich in directe Verbindung mit den „Hamb. Nachr." gesetzt. Der Inhaber der „Hamb. Nachr.", Hartmeyer, sei vorigen Dinstag zum Fürsten Bismarck in Friedrichsruh geladen gewesen und habe bei demselben gespeist; nach seiner Rückkunft hätte Hartmeyer eine lange Unterredung mit seinem Hauptredacteur gehabt und am Mittwoch Morgen brachten die „Hamb. Nachr." einen bösen Artikel gegen Caprivi aus Anlaß seiner Rede im Abgeordnetenhause.

Das Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller, bestehend aus dem Geh. Commerzienrath Schwartzkopff, Commerzienrath Haßler, Generalconsul Russell, Geh. Finanzrath Jencke, Geh. Commerzienrath Langen und Generalsecretär Bück überreichte gestern in Friedrichsruh dem Fürsten Bismarck eine Adresse; dieser antwortete in einer längeren Ansprache. Sämmtliche Herren wurden zum Diner geladen und kehrten erst Abends nach Hamburg zurück.

Der Staatssecretär der Marine, Contreadmiral Heusner, der vor einiger Zeit einen längern Urlaub angetreten, soll sein Entlassungsgesuch eingereicht haben. Schon als Fürst Bismarck noch Reichskanzler war, verlautete, daß Staatssecretär Heusner sich zurückzuziehen beabsichtige.

Der alte Klotz, einer der Senioren der deutschfreisinnigen Partei, der es bekanntlich niemals über den Landgerichtsrath hinaus gebracht hat, hat seine Entlassung aus dem Justizdienst beantragt, um mit dem 1. Juli d. J. in den Ruhestand zu treten. Schon vor 6 Jahren konnte er sein 50jähriges Dienstjubiläum feiern, da er bereits im März 1834 als Justizbeamter vereidigt worden ist. Bei Gelegenheit seines damaligen Jubiläums beabsichtigten seine Vorgesetzten allerdings, ihm eine Auszeichnung, sei es durch Verleihung eines Ordens oder durch Verleihung des Charakters eines Geh. Justizraths zuzuwenden. Landgerichtsrath Klotz aber wollte davon nichts wissen und that die nöthigen Schritte, damit von jeder beabsichtigten Auszeichnung Abstand genommen würde, was denn auch geschah.

Der Abg. Brömel hat heute in der Eisenbahntarif-Commission des Abgeordnetenhauses folgenden Antrag eingebracht: die Regierung zu ersuchen, 1) unter Aufhebung der Rückfahrkarten und zusammenstellbaren Fahrscheine eine allgemeine Ermäßigung des normalen Personengeld-Tarifs um mindestens 25 pCt. für alle Wagenklassen auf Grund des gegenwärtigen Kilometertarifs oder eines Zonentarifs auf den preußischen Staatsbahnen, eventuell versuchsweise auf einem Theil derselben bezw. in einem Directionsbezirk einzuführen, einen Localzonentarif nach dem Muster und mit den Sätzen des zur Zeit auf der Berliner Stadtbahn bestehenden Zonentarifs für den Verkehr zwischen Berlin und den nächstgelegenen Stationen im Umkreise von 30 Kilometer event. für den Verkehr einer anderen Großstadt mit ihren Vororten versuchsweise einzuführen.

Die Budgetcommisson des Abgeordnetenhauses nahm das Gesetz, betreffend den weiteren Erwerb von Privateisenbahnen durch den Staat, unverändert an, lehnte den Antrag Olzem-Eynern betreffs Uebernahme der Kriegsschulden der Stadt Königsberg in Preußen durch den Staat und den Antrag Berger betreffs Ablösung der fiscalischen Brückenzölle ab.

Ueber die Schießversuche, welche mit dem neuen deutschen Infanterie-Gewehr, Modell 88, angestellt worden sind, wird der „Allg. Reichscorrespondenz" berichtet, daß dieselben besonders betreffs der Durchschlagskraft oder der Geschoßwirkung außerordentliche Resultate ergeben haben. Ein Schuß, aus dem neuen Gewehre auf eine 120jährige Kiefer abgegeben, durchschlug glatt diesen Baum, welcher von einem Manne mit den Armen nicht umspannt werden konnte. Eisen- und Stahlplatten in der Stärke von 7 mm wurden gleichfalls sogar bis auf 300 Meter Entfernung durchgeschlagen. Ganz neu ist auch die Erfahrung, daß Ziegelmauern und Baulichkeiten aus Ziegeln nur noch unvollkommenen Schutz gewähren, indem mehrere Treffer auf dieselbe Stelle durchschlugen.

Der „Reichsanz." schreibt: Nachdem der Gesundheitszustand der Schweine in den Mastanstalten zu Steinbruch bei Budapest sich wesentlich gebessert hat, ist die Einfuhr von Schweinen aus diesen Anstalten in die unter veterinärpolizeilicher Aufsicht stehenden Schlachthäuser zu Beuthen, Myslowitz, Ratibor und Gleiwitz mit Genehmigung des Reichskanzlers vom Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten wieder unter den Bedingungen gestattet worden, welche vor der Sperrung der Einfuhr im vorigen Jahre geltend waren. Die Bekanntmachung dieser Bedingungen erfolgt seitens des Regierungspräsidenten zu Oppeln durch das dortige Regierungs-Amtsblatt.

Von Reichswegen ist ein Dampfer des „Norddeutschen Lloyd" in Bremen gemiethet worden, welcher im Juni Mannschaft, Geschütze, andere Waffen, Munition und andere für die Schutztruppe bestimmte Gegenstände nach Ostafrika bringen soll.

Aus Bremen wird dem „B. T." gemeldet, daß der Senat im Einverständniß mit der Bürgerschaft eine Bestimmung getroffen, wonach der bevorstehende 21. April aus Anlaß des Besuchs des Kaisers für einen allgemeinen Feiertag erklärt wird. Die Tagesarbeiten sollen ruhen und alle Bureaux geschlossen bleiben, damit der Bevölkerung die Theilnahme an den festlichen Ereignissen ermöglicht werde. Die Schulen bleiben geschlossen.

Am 30. April soll auf baierischem Gebiet unter freiem Himmel eine Massenversammlung der Bergleute des Saargebiets, der Pfalz und Lothringens stattfinden. Die baierischen Behörden haben die Erlaubniß zu der Versammlung in Aussicht gestellt.

Eine Versammlung der Arbeiter der Ludwig Löwe'schen Fabrik beschloß einstimmig, den 1. Mai als Arbeiterfeiertag zu begehen, d. h. an diesem Tage nicht zu arbeiten, und wählte eine Commission, welche diesen Beschluß der Direction der Fabrik unterbreiten soll.

Im Auftrage des Kaisers Wilhelm sandte der deutsche Botschafter Graf Solms an den Arbeiterverein zu Florenz ein warmes Dankschreiben für die an den Kaiser gerichtete Adresse.

Die Arbeiter in Rom wollen am 1. Mai feiern.

In den Londoner socialistischen Kreisen wird gegenwärtig die Frage lebhaft erörtert, ob der dort erscheinende, in Deutschland verbotene „Socialdemokrat" nach Ablauf des Socialistengesetzes weiter erscheinen solle. Die Herausgeber des Blattes, welches namhafte Ueberschüsse abwerfen soll, wollen von einem Eingehenlassen nichts wissen, dagegen befürchten sie, daß sie nach Ablauf des Socialistengesetzes eine bedeutende geschäftliche Einbuße erleiden werden, weil mit dem Ausnahmegesetze die Existenzberechtigung der im Auslande erscheinenden Zeitungsorgane in Wegfall geräth. Die socialistische Fraction des deutschen Reichstags soll in dieser Angelegenheit um ihre Meinung befragt werden.

Aus Petersburg wird gemeldet: Ein noch uncontrolirbares Gerücht behauptet, ein Ehepaar habe versucht, einer Behörde in Petersburg wichtige Papiere zu entwenden, um die Schriftstücke nach dem Auslande zu verkaufen. Ein bestochener Unterbeamter sei scheinbar auf den Handel eingegangen und habe sofort alles seinem Chef gemeldet. Bei dem darauf arretirten Ehepaare soll angeblich ein compromittirender Briefwechsel mit ausländischen Agenten gefunden worden sein; auch ein russischer Geheimrath sei compromittirt.

!! **Wien**, 17. April. Die Situation im Ostrauer Kohlenrevier ist sehr bedrohlich. Die Zahl der Strikenden beträgt 30 000. In Witkowitz mußte das Militär, das von Excedenten angegriffen wurde, die Feuerwaffe gebrauchen, wobei drei Excedenten getödtet und viele verwundet wurden. Aus Krakau sind heute weitere drei Bataillone Militär unter dem Oberbefehl eines Generalmajors mittelst Separatzuges nach Ostrau abgegangen. — Morgen findet in Brüssel die Unterfertigung des Uebereinkommens zwischen Hirsch einerseits und der Deutschen Bank und dem Bankverein andererseits betreffs des Verkaufs der Orientbahnen statt.

rz. **Mährisch-Ostrau**, 17. April. Auf sämmtlichen Kohlengruben, Hüttenwerken und Fabriken im ganzen Ostrau-Karwiner Revier wurde die Einstellung des Betriebs durch Banden Strikender erzwungen; nur ein einziger, im preußischen Gebiet liegender Kohlenschacht, Petrzkowitz, konnte den Betrieb mit Hilfe rasch aus Ratibor eingelangter Truppen erhalten. Alle Werkstätten feiern, die Läden sind geschlossen, da in den benachbarten Dörfern Plünderungen stattfanden. Acht Bataillone unter Commando des Generals Revier haben das Revier besetzt. Heute fand leider bereits ein blutiger Zusammenstoß statt; von den Strikenden sind 37 todt und mehrere verwundet. Die Zahl der Strikenden beträgt gegen 40 000. Die Forderungen derselben sind unbekannt. (Vergl. W. T. B.)

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 17. April. Der Kaiser begab sich heute Vormittag 8¾ Uhr in Begleitung zweier Flügeladjutanten zum Feldmarschall Pape, um diesen zu seinem 60jährigen Dienstjubiläum zu beglück-

wünschen. Hierauf verfügte sich der Kaiser nach dem Generalstabsgebäude, ging mit Waldersee nach dem Thiergarten spazieren und kehrte um 10¾ Uhr zurück.

Berlin, 17. April. Der Kaiser wohnte gestern Abend der Zusammenkunft der ehemaligen Stäbe des Generalobersten Pape anläßlich des heutigen Jubiläums desselben, welche im Restaurant Borchardt stattfand, bei, schenkte bei seinem heutigen Gratulationsbesuche demselben sein lebensgroßes Oelbild in der Uniform der Gardes du Corps mit schwarzem Küraß und nahm am Festessen im Casino des zweiten Garderegiments theil. Generaloberst Pape empfing im Laufe des Tages zahlreiche Gratulationen, sowie Depeschen gekrönter Häupter.

Berlin, 17. April. Die Einrichtungen zum Schutze der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter, welche durch Reichsgesetzgebung für Privatbetriebe jetzt erstrebt werden, sollen im Reichs-Staatsbetriebe schon vorweg eingeführt werden.

Potsdam, 17. April. Die Prinzessin Friedrich Leopold wurde heute Nachmittag 3¼ Uhr von einer Prinzessin entbunden. Das Befinden der hohen Frau ist gut. Die Kaiserin hatte sich schon Vormittags zu ihrer Schwester begeben. — Im Lustgarten in Berlin wurden anläßlich der Geburt der Prinzessin die üblichen Salutschüsse abgegeben.

Bremen, 17. April. Anläßlich der Anwesenheit des Kaisers werden gutem Vernehmen nach auch Generalfeldmarschall Graf Moltke und die Staatssecretaire v. Bötticher, v. Stephan und v. Maltzahn der Einladung des Senats Folge geben.

Münster, 17. April. Der Bischof Dingelstädt ist heute nach Berlin zur Vorstellung bei dem Kaiserpaar abgereist.

München, 17. April. Abgeordnetenkammer. Anläßlich des Antrages Biehl betreffs der Abänderung des Actiengesetzes erklärt der Minister des Innern, derselbe sei unannehmbar und die Zurückziehung höchst wünschenswerth; sollte der Antrag trotzdem angenommen werden, könne er der Regierung unmöglich die Genehmigung empfehlen.

Wien, 17. April. Wie die „Polit. Corresp." aus Rom erfährt, soll eine italienische ostafrikanische Gesellschaft, ähnlich den bereits in Deutschland und England bestehenden Gesellschaften solcher Art, gebildet werden. Der ehemalige italienische Consul in Zanzibar, Filonardi, soll die Präsidentschaft übernehmen.

Troppau, 17. April. Ostrauer Arbeiter überfielen Abends die Zuckerfabrik Groß-Kunzendorf und die Cellulosefabrik in Ratimau und erzwangen die Betriebseinstellung. Zwei Bataillone Infanterie sind aus Krakau requirirt worden. In Zarnbeck und Michalkowitz ist die Vormittags wieder aufgenommene Arbeit wieder eingestellt worden. Bei den gestrigen Ausschreitungen kamen mehrere Verwundungen vor; die Rädelsführer sind verhaftet.

Budapest, 17. April. Der „Pester Lloyd" enthält eine Berliner Correspondenz, welche die Meinung der englischen Blätter, die Leitung des Dreibundes werde nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck auf Kalnoky übergehen, zurückweist. Jeder der verbündeten Staaten habe seine eigenen vollständig unabhängig geleiteten Interessen, die von den gemeinsamen nicht so lösbar seien, daß für die Letzteren eine gemeinsame Leitung zulässig erscheine. Auch Bismarck habe nie innerhalb des Dreibundes die Leitung gehabt. Daß dessen Rath oft entscheidend war, sei eine Folge seines Prestiges gewesen. Die Vorstellung, Oesterreich-Ungarn habe jetzt vom Dreibunde mehr als bisher in den Balkanangelegenheiten zu erwarten, lasse gänzlich außer Augen, daß, wie man auch eine solche künstliche Interessengemeinschaft construire, die Selbstständigkeit Oesterreich-Ungarns in der Wahrnehmung seiner eigenen Interessen im Oriente eine Einbuße erlitte. Auch zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland würde derartiges führen und Friedenschancen vermindern, die sich auf die friedlichen Neigungen des Zaren stützen. Deutschlands Stellung zu Frankreich ginge andererseits Deutschland allein an.

Rom, 17. April. Der Papst empfing heute die österreichischen Pilger, welche eine lateinische Huldigungsadresse überreichten. Der Papst antwortete Lateinisch, indem er die in der letzten Encyclika entwickelten Lehren betonte.

Marseille, 17. April. Bei dem heutigen Empfange Carnots in der Präfectur brachte der österreichische Generalconsul an der Spitze des Consularcorps die besten Wünsche für das Glück und die Wohlfahrt der Regierung der Republik dar. Carnot dankte und drückte seine Freude darüber aus, daß die Interessen, die Marseille mit dem Welthandel verbinden, sich in so guter Vertretung befinden. Der Bischof von Marseille, der die Geistlichkeit vorstellte, sagte in seiner Ansprache, die Geistlichkeit bilde durch solide und religiöse Erziehung gute Bürger, die Liebe zu Gott und die Liebe zum Vaterlande seien im Geiste des Clerus vereinigt, derselbe spreche seine besten Wünsche für die glückliche Reise des Präsidenten in die theuere Provence aus. Carnot dankte dem Bischof und der Geistlichkeit.

Toulon, 17. April. Das zu Ehren Carnots entsandte italienische Geschwader ankerte gestern bei Salins d'Hyèrs, traf Vormittags auf der kleinen Rhede von Toulon ein und gab Salutschüsse ab, die das Fort Couronne erwiderte. Der Admiral Lovera und sein Generalstab statteten einen Besuch an Bord des französischen Geschwaders ab. Die Franzosen erwiderten denselben, wobei wiederum eine Salve gefeuert wurde. Nachmittags begab sich der Admiral ans Land und besuchte die Seemilitärbehörden.

Cannes, 17. April. Stanley reiste heute Mittag nach Paris ab.

London, 17. April. Unterhaus. Fergusson theilte mit, angesichts der neuerdings wieder aufgetretenen Gerüchte habe der portugiesische Minister des Aeußeren wiederholt erklärt, er habe keine officielle Kenntniß von der Expedition am Shirefluß, habe jedoch den Rückzug hinter den Ruofluß angeordnet, falls die Gerüchte sich bestätigen sollten. Gleichzeitig habe die britische Regierung neuerdings die positive Versicherung erhalten, daß die Behörden keine neue Action billigen und dulden würden, die mit der englisch-portugiesischen Abmachung unvereinbar wäre.

London, 17. April. Unterhaus. Goschens Budgetvorschläge umfassen die Aufhebung des Silberzolles und Goldzolles, die Reduction des Theezolles um zwei Pence pro Pfund, des Korinthenzolles von sieben Schillinge auf zwei per Centner, die Erhöhung der Steuer auf Sprit um sechs Pence per Gallone und die Herabsetzung des Briefportos für Indien und Colonien auf 2½ Penny.

London, 17. April.*) Der Bankdiscont ist von 3½ auf 3 pCt herabgesetzt.

Belgrad, 17. April. Die „Agence Belgrade" erklärt die Meldung eines ungarischen Blattes, Karageorgewitsch habe seine Aufnahme in den serbischen Staatsverband nachgesucht, sowie die Meldung des „Standard", die Königin Natalie habe durch Verwendung des Kaisers von Rußland directen Einfluß auf den König erlangt, für gänzlich unbegründet.

*) Für einen Theil der Auflage wiederholt.

Handels-Zeitung.

⊙ **Vom Oberschlesischen Eisen-, Zink- und Kohlenmarkt.** Die geschäftliche Stille, welche in den letzten Wochen auf dem Markte für die Erzeugnisse der heimischen Hüttenwerke das vorherrschende Symptom war, ist nur zum Theil einem etwas belebteren Verkehr gewichen, und zwar insofern, als seit der letzten Berichtswoche einige grössere Bedarfsposten aus dem Markte genommen worden sind. — Im Grossen und Ganzen wird seitens der Consumenten noch immer die frühere Zurückhaltung beobachtet und scheint namentlich die private Bauthätigkeit gegen diejenige zu Beginn der vorjährigen Saison zurückbleiben zu wollen. Die unsichere Haltung der ausländischen Märkte ist es vornehmlich, welche die Käufer dahin beeinflusst, vorläufig noch abzuwarten und nur den dringendsten Bedarf zu decken. — Demgegenüber halten die immerhin sehr gut beschäftigten Werke an der von der Berliner Verkaufsstelle der vereinten deutschen Eisenhütten seit Beginn des Jahres normirten Preisstellung fest. Angebot ist ebenso wenig vorhanden als regere Nachfrage, und die Grosshändler sehen sich daher in der Lage, die kleinere Kundschaft zunächst vom Lager zu befriedigen. — Auf den Werken selbst herrscht fortgesetzt eine angestrengte Thätigkeit. Die Hochofenwerke haben keine Bestände und verladen ihre frische Production stetig an die Verbrauchsstätten. Notirt wird für Puddlings-Roheisen 8 M., für Gussbrucheisen 8,50 M. und für Giessereiroheisen 8,75—9 M., alles pro 100 Klgr. frei Hochofenstation. — In Walzwerkfabrikaten wird flott an Erledigung der vorliegenden Aufträge gearbeitet und erfolgen die Verladungen noch immer nicht so prompt, als es der Kundschaft erwünscht ist. Vom Auslande gingen neuerdings mehrere Aufträge ein, und auch nach Russland scheint sich der Export bei dem günstigen Rubelcourse lebhafter zu gestalten. In Feinblechen ist der Verkehr etwas stiller als in Stab- und Bandeisen. Notirt wird für Walzeisen 21 M., für Grobbleche 22 M., für Feinbleche 23—24 M. Alles pro 100 Klgr. franco Bestimmungsort im inländischen Absatzgebiet. — Die Eisengiessereien und Maschinenfabriken sind bei lohnenden Preisen dauernd gut beschäftigt. — Der Zinkmarkt war in der letzten Berichtswoche etwas stiller und kann nur von geringem Verkehr berichtet werden. Verkäufer erster Hand sind sehr zurückhaltend und notiren 21,50 M.; aus zweiter Hand wurde dagegen bei 20,75 M. verkauft und angeboten. — Was den Kohlenmarkt anbelangt, so hat der Absatz an Hausbrandkohle merklich nachgelassen. Auch Mittelsorten werden zum Theil auf die Halden gestürzt, während in kleineren Sortimenten für die Industrie noch immer in unverminderter Regsamkeit verladen wird. An den Preisen ist bislang unverändert festgehalten worden. Der Schifffahrtsverkehr ist lebhaft.

k. **Wiederincourssetzung von Inhaberpapieren.** Nach amtlicher Mittheilung kommen häufig noch Fälle vor, in welchen ein Landrath bei Wiederincourssetzung von Inhaberpapieren sich einer facsimilirten Unterschrift bedient. — Die Anwendung von Facsimilestempeln, soweit sie auf einem Landrathsamte bei Wiederincourssetzung von Papieren stattfindet, ist geeignet, Zweifel an der Umlaufsfähigkeit der betreffenden Papiere hervorzurufen und hat thatsächlich solche Zweifel bereits hervorgerufen. Im Interesse des Verkehrs der Staatspapiere haben sich daher die Minister des Innern und der Finanzen veranlasst gesehen, jene Praxis zu untersagen.

Ausweise.

Pariser Bankausweis. 17. April. Baarvorrath, Zunahme Gold 5 477 000, Zun. Silber 672 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Abn. 19 611 000, Gesammtvorschüsse Abn. 1 010 000, Notenumlauf Zun. 17 0644 000, Guthaben des Staatsschatzes Zun. 3 034 000, laufende Rechnungen der Privaten Abn. 33 901 000.

Londoner Bankausweis vom 17. April.

		10. April.	17. April.
Totalreserve	Pfd. Sterl.	15 107 000	15 643 000
Notenumlauf	Pfd. Sterl.	24 730 000	24 435 000
Baarvorrath	Pfd. Sterl.	23 387 000	23 628 000
Portefeuille	Pfd. Sterl.	21 227 000	20 997 000
Guthaben der Privaten	Pfd. Sterl.	26 524 000	27 153 000
Guthaben des Staatsschatzes	Pfd. Sterl.	7 715 000	7 214 000
Notenreserve	Pfd. Sterl.	14 138 000	14 549 000

Submission.

A-z. **Cement-Submission.** Die Lieferung von 400 To. Portland-Cement, ausgeschrieben von dem hiesigen Eisenbahn-Betriebsamte Brieg-Lissa offerirten pro To.: Oppelner Portland-Cementfabrik zu 7,25 M., Oberschles. Cementfabrik zu 7 M., Actien-Gesellschaft Giesel, Oppeln, zu 7,10 M., Actien-Gesellschaft Groschowitz zu 7.25 M., Gogolin-Gorasdzer Kalk-Actien-Gesellschaft zu 6,30 M., Karl Rosenthal, hier, zu 6,35 M., Königer & Sohn zu 6,30 M., sämmtlich ab Oppeln, M. Kirstein, Breslau, zu 6,60 M. ab Oppeln, 6,10 M. ab Schimischow, Louis Bodländer, Breslau, zu 7,18 M. fr. Breslau, R. Schiller, Breslau, zu 7 M. fr. Breslau und die Maximilianshütte in Unterwellenborn Puzzolan-Cement zu 5,25 M. ab einer Station der Geraer Bahn.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 17. April. **Neueste Handelsnachrichten.** Die „Allg. Reichscorr." schreibt: Die Anwesenheit Bleichröders in Rom betrifft nicht nur den Eintritt der nach ihm genannten Bankgruppe in die grossen italienischen Finanzoperationen, sondern speciell die Gründung eines grossen Instituts zur Centralisirung des Grundcredits in Italien. Die Regierung beabsichtigt auf diese Weise, das italienische Capital zu entlasten, um dasselbe für andere Zwecke frei zu machen. Uebrigens hält sich z. Z. in Rom auch eine leitende Persönlichkeit des anderen in Italien schon eingeführten Berliner Consortiums auf, und es ist nicht ausgeschlossen, dass dieser Gruppe die oben genannte Transaction gelingt, da der Regierung die Bedingungen der erstern bisher nicht annehmbar erschienen. — Beschlüsse der Sachverständigen-Commission: Beim Handel in Giesel, Portland-Cement-Actien, sind die Actien Nr. 1501—1800 à 1000 Mark und beim Handel in Actien der Vereinigten Pommerschen Eisengiesserei und Halleschen Maschinen sind die Actien Nr. 2201—2400 à 1200 M. gleich den alten Actien an hiesiger Börse lieferbar. Der Werth des Bezugsrechts der Theilbeträge aus laufenden Engagements in unabgestempelten Phönix- (Laar-) Actien, welche zu gering sind zum Bezuge einer abgestempelten Actie Litt. A. (Spitzen), ist auf 40 pCt. festgesetzt worden. Vom 18. April c. ab werden Actien der Mitteldeutschen Creditbank excl. Dividende pro 1889 an hiesiger Börse gehandelt und notirt; auf schwebende Engagements in mitteldeutschen Creditbankactien findet ein Abschlag von 7 pCt. statt. — Von der Actiengesellschaft für Hutfabrikation in Guben theilt das „B. T." mit: Für die am 26. April in Guben stattfindende ausserordentliche Generalversammlung, in welcher die in der vorigen Generalversammlung gewählte Commission Bericht erstatten und Vorschläge über die Reorganisation des Unternehmens machen soll, ist nachträglich ein Antrag folgenden Inhalts gestellt worden: Die Generalversammlung soll eine Zuzahlung bis 33⅓ pCt. auf eine Actie beschliessen; die Actien, auf welche die Zuzahlung geleistet wird, werden in Vorzugsactien umgewandelt; diejenigen Actien, auf welche nichts zugezahlt wird, sollen zusammengelegt werden und zwar soll die General-Versammlung die Höhe der Zuzahlung feststellen, sowie darüber beschlossen, wie viel Actien zu einer zusammengelegt werden sollen. Im Falle dieser Reorganisationsvorschlag seitens der Generalversammlung abgelehnt werden sollte, wird die Liquidation der Gesellschaft beantragt werden. Die Verhandlungen der Commission mit den Versicherungsgesellschaften haben zu keinem Resultat geführt, da dieselben, und namentlich die „Union", erklärten sich auf keinerlei Verhandlungen einlassen zu wollen, bevor nicht die gerichtliche Untersuchung abgeschlossen sei. — Ueber Vereinigungen der Consumenten gegen die Vertheuerung der Kohlen wird dem „Berliner Tageblatt" aus Karlsruhe geschrieben: Auf Veranlassung des hiesigen Gewerbevereins hat sich eine Vereinigung von Consumenten der Saarkohlen gebildet, welche den Zweck hat, die Kohlen direct zu beziehen und sie ohne jeden Preisaufschlag an die Mitglieder zu verabfolgen. Dieses Beispiel hat bereits Nachahmung gefunden; zunächst ist Lahr dem Vorgehen Karlsruhes gefolgt; dort hat sich eine Vereinigung mit dem gleichen Zweck unter der Bezeichnung Lahrer Kohlenverein gebildet. Der überwiegende Theil der Kohlenverbraucher von Lahr und Umgegend ist dem Verein beigetreten. Es dürften auch noch andere Bezirke dem Beispiele folgen. — Das Goldagio in Buenos Ayres ist nach dem letzten Kabeltelegramm auf 165 gefallen. — Neue 4proc. österreichische Eisenbahn-Anleihe (in Gold), welche bekanntlich behufs Einlösung der zum 1. October 1890 gekündigten 5proc. Prioritäts-Obligationen der Kaiserin Elisabethbahn geschaffen worden ist, wurde heute viel mit 99,60 per Erscheinen gehandelt und blieb zu diesem Course gesucht.

Berlin, 17. April. **Fondsbörse.** Die heutige Börse zeigte ein mattes Gepräge in Folge des scharfen Rückganges der Kohlenwerthe. Es war vorauszusehen, dass die verhältnissmässig niedrige Offerte der rheinischen Staatsbahnen auf Locomotivkohlen, in denen zunächst auch nur ein recht mässiges Quantum zur Begebung gelangt, die Zuversicht der Contremine ermuthigen würde. Es vollzogen sich zu Beginn umfangreiche Abgaben in Harpenern, die den Kohlenmarkt unter Druck hielten und den Gesammtmarkt in Mitleidenschaft zogen. Insbesondere wurden Eisenwerthe in rückläufige Bewegung gebracht, obschon die Ermässigung der Kohlenpreise die Productionskosten der Eisenwerke ermässigen müsste. Zudem lagen Meldungen aus Oberschlesien vor, die eine Preisherabsetzung der Walzeisenpreise angeblich signalisiren. Gleiwohl konnten sich die leitenden Eisenwerthe relativ halten, wenn auch die Course, speciell für Bochumer, niedriger notirten. Bochumer 167—167,60—165,60, Nachbörse 164,50, Dortmunder 89,25—89,10, Nachbörse 88,25—89, Laura 137,50—137,10 bis 137,40—136,50, Nachbörse 136,25. Kohlenwerthe nachlassend; Donnersmarckhütte 80,10—78.90, Nachbörse 80,20. Banken fest einsetzend, dann ermattend; Credit 160,90, Nachbörse 159,75, Commandit 219,20 bis 219,10—219,40—219,10, Nachbörse 217,40—217,75, Handelsgesellschaft und Dresdner Bank offerirt. Heimische Bahnen fest, besonders Marienburger und Ostpreussen. Oesterrichischische Bahnen durchgehends nachgebend. Gotthardbahn höher auf Gerüchte über gute Einnahmen. Fremde Renten fest auf Geldflüssigkeit; 1880er Russen 94,80—95, Nachbörse 95, Russische Noten 223,25—223, Nachbörse 222,75, 4proc. Ungarn 88,10—88, Nachbörse 88. Im weiteren Verlauf blieb matte Haltung vorherrschend. Schluss matt. Am Cassamarkt waren die Umsätze in deutschen und fremden Eisenbahn-Actien geringfügig; Frankfurter Güterbahn 5 pCt. höher. Der Verkehr in Cassabanken war auf ein sehr bescheidenes Maass beschränkt. Berg- und Hüttenwerke rückläufig. Oberschlesischer Eisenbahnbedarf 99,40. Inländische Anlagewerthe bei geringem Geschäft vorwiegend fest, 4proc. Reichsanleihe gewann 0,15 pCt., 4proc. Consols büssten 0,10 pCt. ein. Deutsche Rentenpapiere gingen lebhafter um, als in den Vortagen, besonders 3proc. Hamburger. Oesterreichisch-ungarische Prioritäten still, aber ziemlich gut gehalten. Russische Prioritäten annähernd wie gestern; Südwestbahn wurde lebhaft umgesetzt. Amerikaner erfreuten sich allgemeiner guter Beachtung. Course von fremden Wechseln ohne wesentliche Veränderungen; London ging ½ Pf. zurück.

Berlin, 17. April. **Productenbörse.** Die auswärtigen Nachrichten lauten heute nichts weniger als flau, aber nach Beseitigung des Getreidezoll-Phantoms erweist sich die Allmacht des Wetters als unwiderstehlich. Unter seiner Wirkung gestaltete sich der Markt heute ziemlich flau, aber am Schlusse entschieden erholt. — Loco Weizen träge. Für Termine war ausgiebiges Angebot vorhanden, obwohl von Amerika heute bessere Notirungen vorlagen. Abgesehen vom laufenden Termin, welcher gut beachtet und behauptet blieb, waren alle Sichten nur zu nachgebenden Preisen loszuwerden, weil das Prachtwetter und die flaue Tendenz des Roggenmarktes jede ernste Kauflust zurückschreckten; erst als dieser sich schliesslich erholte, geschah dasselbe auch für Weizen, aber ein gewisser Rückgang musste immer noch notirt werden. — Loco Roggen still. Der Terminhandel begann flau mit starkem Realisationsangebot seitens der Fondsbörse; die Tendenz war weichend, weil die Zahl der Abgeber eher zu wachsen als abzunehmen schien. Deroutirend wirkte überdies das sichere Auftreten der Platzbaisse, welche im Gefühl ihrer bisherigen Erfolge weiter mit Nachforderungsberichtigung anbot. Gegen Schluss stellte sich aber rege Kauflust ein; dadurch schlossen alle Sichten wesentlich erholt, wenn auch nicht ganz auf gestriger Höhe. — Loco Hafer behauptet. Termine niedriger, nur laufender knapp fest. — Roggenmehl 20 Pf. billiger. — Mais matt. — Rüböl naher Sicht vorübergehend billiger, am Schlusse fest; Herbst 50 Pf. niedriger. — Spiritus durch Realisationen unter dem Eindrucke der Getreideflaue durchgängig 20 Pf. billiger, im Allgemeinen schleppend.

London, 17. April. [Woll-Auction.] Gute Betheiligung, fest, unverändert.

Kammzug-Terminmarkt. Leipzig, 17. April. [Original-Telegramm von Berger & Co. in Leipzig.] 4,80 Verkäufer. Tendenz: Still.

Posen, 17. April. Spiritus loco ohne Fass 50er 52,40, 70er 32,70. Tendenz: still — Wetter: Prachtvoll.

Hamburg, 17. April, Nachmittag. **Kaffee.** Good average Santos per April 86¼, per Mai 86½, per September 83¾, per December 78¾. — Tendenz: Unregelmässig.

Havre, 17. April, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann Ziegler und Co.) **Kaffee.** Good average Santos per Mai 108,—, per September 106,—, per December 99,—, Tendenz: Ruhig.

Zuckermarkt. Hamburg, 17. April, 8 Uhr 29 Min. Abends. [Telegramm von Arnthal & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Mockrauer in Breslau.] April 12,25, Mai 12,37, Juli 12,52, August 12,60, October-Decbr. 12,30. Tendenz: Steigend.

Paris, 17. April. **Zuckerbörse.** Anfang. Rohzucker 88° fest, loco 31,50—31,75, weisser Zucker fest, per April 34,60, per Mai 34,75, per Mai-August 35,—, per October-Januar 34,80.

Paris, 17. April. **Zuckerbörse.** Schluss. Rohzucker 88° fest, loco 31,50—32, weisser Zucker fest, per April 34,75, per Mai 34,80, per Mai-August 35,10, per October-Januar 34,80.

London, 17. April. **Zuckerbörse.** 96% Java-Zucker 15, stetig, Rüben-Rohzucker (neue Ernte) 12¼, fest.

London, 17. April, 11 Uhr 52 Minuten. **Zuckerbörse.** Fest. Bas. 88%, per April 12, 2¼, per Mai 12, 3¾, per Juni 12, 4½, per October-December 12, 3. Käufer.

Newyork, 16. April. **Zuckerbörse.** Fair refining muscovadoes 5.

	16. April.	17. April.
Glasgow, 17. April. **Roheisen.** Schlussbericht.) Mixed numbers warrants.	46 Sh. — D.	46 Sh. 6½ D.

Börsen- und Handels-Depeschen.

Berlin, 17. April. [Schlussbericht.]

Cours vom	16.	17.	Cours vom	16.	17.
Weizen p. 1000 Kg. Schwankend.			Rüböl pr. 100 Kgr Matt.		
April-Mai	193 50	193 50	April	68 20	68 10
Juni-Juli	193 50	193 —	April-Mai	68 20	68 10
Septbr.-October	185 75	185 25	Septbr.-October	56 80	56 30
Roggen p. 1000 Kg. Niedriger.			Spiritus pr. 10 000 L.-pCt. Matter.		
April-Mai	164 50	163 —	Loco 70er	34 20	34 10
Juni-Juli	161 25	160 25	April-Mai 70er	33 80	33 60
Septbr.-October	153 50	153 —	Juni-Juli 70er	34 —	33 80
Hafer pr. 1000 Kgr.			August-Septb. 70er	34 80	34 60
April-Mai	164 25	164 50	Loco 50er	54 10	53 70
Septbr.-October	144 —	143 25			

Stettin, 17. April. — Uhr — Min.

Cours vom	16.	17.	Cours vom	16.	17.
Weizen p. 1000 Kg. Matt.			Rüböl pr. 100 Kgr. Still.		
April-Mai	188 —	187 50	April-Mai	68 —	68 —
Juni-Juli	190 —	189 —	Septbr.-Octbr.	— —	67 —
Septbr.-Octbr	184 50	188 —			
Roggen p. 1000 Kg. Flau.			Spiritus. pr. 10000 L.-pCt.		
April-Mai	159 —	158 —	Loco 50er	53 20	53 30
Juni-Juli	159 50	158 50	Loco 70er	33 40	33 50
Septbr.-Octbr.	150 —	150 —	April-Mai 70er	33 40	33 40
Petroleum loco	11 70	11 70	Septb.-Octbr. 70er	34 40	34 40

Liverpool, 17. April. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 12 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Stetig.

Berlin, 17. April. [Amtliche Schluss-Course.] Schwach.

Eisenbahn-Stamm-Actien. Cours vom	16	17.
Galiz. Carl-Ludw.ult	82 70	82 60
Gotthard-Bahn .ult.	166 60	166 70
Lübeck-Büchen	176 60	176 —
Mainz-Ludwigshaf..	119 50	120 —
Marienburger	66 90	66 40
Mecklenburger	168 —	168 —
Mittelmeerbahn ult.	108 37	107 75
Ostpreuss. St.-Act. .	95 20	95 20
Warschau-Wien.ult.	191 50	191 50
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.		
Breslau-Warschau..	58 70	58 70
Bank-Actien.		
Bresl.Discontobank.	108 20	107 70
do. Wechslerbank.	106 50	106 —
Deutsche Bank	160 90	161 50
Disc.-Command. ult.	220 20	218 50
Oest. Cred.-Anst. ult.	161 60	160 40
Schles. Bankverein.	124 75	124 60
Industrie-Gesellschaften.		
Archimedes	137 —	136 50
Bismarckhütte	214 50	210 50
BochumGussstahl.ult.	169 25	165 —
Brsl. Bierbr. Wiesner	— —	— —
do. Eisenb.Wagenb.	165 20	164 20
do. Pferdebahn...	140 70	140 70
do. verein. Oelfabr.	90 10	90 —
Donnersmarckh. ult.	81 —	79 —
Dortm. Union St.-Pr.	90 90	89 60
Erdmannsdrf. Spinn.	101 40	100 70
Fraust. Zuckerfabrik	144 20	144 60
Giesel Cement.....	127 50	127 50
GörlEis.-Bd.(Lüders)	165 —	165 —
Hofm. Waggonfabrik	161 —	162 —
Kattowitz. Bergb.-A.	131 —	130 50
Kramsta Leinen-Ind.	139 50	139 —
Laurahütte	137 90	136 60
NobelDyn. Tr.-C.ult.	155 25	153 25
Obschl. Chamotte-F.	132 —	— —
do. Eisb.-Bed.	100 20	99 40
do. Eisen-Ind.	172 70	171 —
do. Portl.-Cem.	128 40	128 40
Oppeln. Portl.-Cemt.	114 60	114 50
Redenhütte St.-Pr. .	115 10	115 —
do. Oblig...	— —	— —
Schlesischer Cement	156 —	— —
do. Dampf.-Comp.	117 —	117 —
do. Feuerversich.	2075 —	2040 —
do. Zinkh. St.-Act.	178 20	176 —
do. St.-Pr.-A.	178 —	176 —
Tarnowitzer Act....	24 50	24 50
do. St.-Pr..	84 —	82 —

Inländische Fonds. Cours vom	16.	17.
D. Reichs-Anl. 4%	107 10	107 20
do. do. 3½%	101 50	101 50
Posener Pfandbr. 4%	101 40	101 40
do. do. 3½%	98 60	98 60
Preuss. 4% cons. Anl.	106 50	106 40
do. 3½% dto.	101 70	101 70
do. Pr.-Anl. de 55	167 —	167 —
do 3½% St.-Schldsch	100 10	100 10
Schl. 3½% Pfdbr. L.A	99 50	99 20
do. Rentenbriefe..	103 50	103 40
Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
Oberschl. 3½% Lit. E.	99 50	99 50
do. 4½% 1879	101 30	101 30
R.-O.-U.-Bahn 4%..	101 30	101 30
Ausländische Fonds.		
Egypter 4%	96 20	96 20
Italienische Rente..	93 40	93 40
do. Eisenb.-Oblig.	57 20	57 20
Mexikaner	96 50	96 40
Oest. 4% Goldrente	94 80	94 60
do. 4⅕% Papierr.	— —	76 10
do. 4⅕% Silberr.	76 30	76 20
do. 1860er Loose.	121 —	121 —
Poln. 5% Pfandbr..	66 20	66 20
do. Liqu.-Pfandbr.	61 60	61 70
Rum. 5% Staats-Obl.	98 30	98 40
do. 6% do. do.	103 80	103 70
Russ. 1880er Anleihe	94 80	95 10
do. 1883er do.	111 20	111 10
do. 1889er do.	95 —	95 10
do. 4½B.-Cr.-Pfbr.	98 80	98 90
do. Orient-Anl. II.	69 10	69 30
Serb. amort. Rente	84 80	84 40
Türkische Anleihe.	18 40	18 30
do. Loose........	80 —	79 75
do. Tabaks-Actien	124 70	124 50
Ung. 4% Goldrente	88 30	88 —
do. Papierrente ..	85 20	85 —
Banknoten.		
Oest. Bankn. 100 Fl.	171 10	171 10
Russ. Bankn. 100 SR.	223 —	222 80
Wechsel.		
Amsterdam 8 T....	— —	168 85
London 1 Lstrl. 8 T.	— —	20 36
do. 1 „ 3 M.	— —	20 26½
Paris 100 Frcs. 8 T.	— —	80 95
Wien 100 Fl. 8 T.	170 90	170 90
do. 100 Fl. 2 M.	170 20	170 20
Warschau 100 SR 8 T.	222 75	222 60

Privat-Discont 2⅞%.

Berlin, 17. April, 3 Uhr 40 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Befestigt.

Cours vom	16.	17.
Berl. Handelsges. ult.	162 50	159 —
Disc.-Command. ult.	220 37	217 75
Oesterr. Credit. . ult.	161 50	160 —
Laurahütte ..... ult.	138 —	137 12
Warschau-Wien. ult.	191 75	191 37
Harpener ...... ult.	205 50	192 50
Lübeck-Büchen ult.	176 87	176 —
Dresdener Bank. ult.	148 75	146 —
Hibernia. ...... ult.	170 50	162 50
Dux-Bodenbach ult.	194 50	193 50
Gelsenkirchen .. ult.	163 75	158 50

Cours vom	16.	17.
Ostpr. Südb.-Act. ult.	95 12	95 —
Drtm. UnionSt.Pr.ult.	90 75	89 50
Franzosen ...... ult.	92 12	91 25
Galizier .... ult.	82 75	82 50
Italiener .... ult.	93 37	93 37
Lombarden ..... ult.	53 25	52 37
Türkenloose .... ult.	80 25	80 —
Mainz-Ludwigsh. ult.	119 25	120 —
Russ. Banknoten. ult.	223 —	223 —
Ungar. Goldrente ult.	88 25	88 —
Marienb.-Mlawka ult.	66 12	66 25

Wien, 17. April. [Schluss-Course.] Matt.

Cours vom	16.	17.
Credit-Actien..	301 65	300 35
St.-Eis.-A.-Cert.	215 25	214 75
Lomb. Eisenb..	123 25	122 —
Galizier	193 75	193 50
Napoleonsd'or .	9 45	9 45½

Cours vom	16	17.
Marknoten	58 42	58 45
4% ung. Goldrente.	103 10	102 90
Silberrente	89 35	89 35
London	119 05	119 15
Ungar. Papierrente .	99 50	99 45

London, 17. April. Consols 98, 07. 4% Russen von 1888 Ser. II. 95, 50. Egypter 96, 50. Bewölkt.

London, 17. April, Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platzdiscont 1¾ pCt. — Bankeinzahlung —. Bankauszahlung — Pfd. Sterl. — Tendenz: Fest.

Cours vom	16	17.
Consols p. October	98 07	98 07
Preussische Consols	105 —	105 —
Ital. 5proc. Rente...	93½	93⅜
Lombarden	11 03	11⅛
4% Russ. II. Ser. 1889	95¼	95½
Silber	— —	46⅛
Türk. Anl., convert.	18¼	18¾
Unificirte Egypter..	96½	96½

Cours vom	16.	17.
Silberrente	76	76½
Ungar. Goldr.	87⅞	87⅞
Berlin	— —	20 56
Hamburg..........	— —	20 56
Frankfurt a. M.....	— —	20 56
Wien	— —	12 05
Paris	— —	25 36
Petersburg	— —	25 15/16

Paris, 17. April. 3% Rente 89, 17. Neueste Anleihe 1877 106, 95. Italiener 94, —. Staatsbahn 456, 25. Lombarden —, —. Egypter 486, 25. Ruhig.

Frankfurt a. M., 17. April. Mittags. Credit-Actien 257, —. Staatsbahn 183, 25. Galizier —, —. Ungar. Goldrente 88, 10. Egypter 96, 40. Schwach..

Köln, 17. April. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per Mai 20, 45, per Juli 20, 40. — Roggen loco —, per Mai 16, 35, per Juli 16, 05. — Rüböl loco —, per Mai 69, 10, per October 60, 10. — Hafer loco 18, —.

Hamburg, 17. April. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, neuer 180—196. Roggen loco ruhig, Mecklenburgischer neuer 175—180, russischer ruhig, loco 114—124. Rüböl ruhig, loco 69, Spiritus ruhig, per April-Mai 21½, per Mai-Juni 21¾, per Juni-Juli 21¾, per August-September 23½. Wetter: Bedeckt.

Paris, 17. April. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen behauptet, per April 24, 40, per Mai 24, 50, per Mai-August 24, 40, per September-December 23, 60. — Mehl behauptet, per April 53, 50, per Mai 53, 60, per Mai-August 53, 60, per September-Decbr. 53, 75. — Rüböl matt, per April 69, —, per Mai 69, 50, per Mai-August 69, 50, per September-December 66, 75. — Spiritus behauptet, per April 35,50, per Mai 36, —, per Mai-August 36, 75, per September-December 37, 75. — Wetter: Bedeckt.

Amsterdam, 17. April. [Schlussbericht.] Weizen loco — per Mai 204, per November 196. Roggen loco —, per Mai 132, per October 124.

Abendbörsen.

Wien, 17. April. Abends 5 Uhr 40 Min. Oesterr. Credit-Actien 298, 75. Marknoten 58, 47. 4% Ungar. Goldrente 102, 80. Lombarden 121, 00. Matt.

Frankfurt a. M., 17. April. 7 Uhr 10 Min. Abends. Credit-Actien 255,62, Staatsbahn 181,62, Lombarden 102,62, Laura 137,40, Ungarische Goldrente 88,00, Egypter 96,25, Mainzer 115,80. Tendenz: Behauptet.

Vom Standesamte. 17. April.

Aufgebote.

Standesamt I. **Redner,** Herm., Schneider, ev., Schießwerderstr. 4, **Fuchs,** Hulda, ev., ebenda. — **Schmächtig,** Adolf, Fuhrwerksbesitzer, ev., Kl. Scheitnigerstr. 41, **Mildner,** Marie, k., ebenda. — **Heinrich,** Carl, Kutscher, ev., An den Kasernen 7, **Kayser,** Marie, ev., Universitätspl. 17. — **Hübscher,** Paul, Lederfärber, k., Kl. Scheitnigerstr. 34, **Barth,** Clara, k., Thiergartenstr. 20. — **König,** Adolf, Arbeiter, ev., Neue Weltgasse 25, **Czippa,** Beate, geb. Gubling, ev., ebenda. — **Kolbe,** Otto, Kaufmann, ev., Hinterhäuser 6, **Fengler,** Ernestine, k., ebenda. — **Kube,** Paul, Schlosser, ev., Fürstenstraße 4, **Krämer,** Ida, k., ebenda.

Standesamt II. **Kruppe,** Ernst, Kammerdiener, ev., Gartenstr. 22b, **Wolf,** Paul., ev., Monhauptstraße 16.

Sterbefälle.

Standesamt I. **Olinski,** Martha, T. d. Schneiders Constantin, 1 J. — **Brückner,** August, Haushälter, 51 J. — **Holländer,** Handel, geb. Brieger, Kaufmannswittwe, 60 J. — **Ehlers,** Friedrich, Kaufmann, 51 J. — **Wiesner,** Ernst, S. d. Maschinenbauers Ernst, 1 M. — **Reckling,** Hildegard, T. d. Schuhmachermeisters Gustav, 8 M. — **Eichler,** Carl, Fleischer, 37 J. — **Kluk,** Ferdinand, Schlossermeister, 44 J. — **Gaffron,** Carl, Arbeiter, 68 J. — **Jagel,** Louise, geb. Rumsch, Arbeiterwwe., 71 J. — **Klasson,** Susanna, geb. Harras, Kürschnermeisterwittwe, 71 J. — **Smetana,** Elisabeth, T. d. Malers Marinus, 3 M. — **Scholz,** Anna Rosina, geb. Mandel, Kutscherwittwe, 70 J., Kertschütz.

Ernestine Pfeiffer,
Samuel Wagner,
Verlobte.
Breslau, **Wien,**
im April 1890. [5626]

Statt besonderer Meldung.

Die Verlobung unserer jüngsten Schwester **Selma** mit dem Kaufmann Herrn **Jacob Schlesinger,** Leipzig, erlauben wir uns ganz ergebenst anzuzeigen. [4878]

Katscher—Leipzig.
Geschw. Kassel.

Louis Littauer,
Hulda Littauer,
geb. **Perlinski,**
Vermählte.
Berlin. Gr. Frankfurterstr. 86.
[5631]

Georg Braxator,
Martha Braxator,
geb. **Springer,** [4877]
Neuvermählte.
Oppeln, den 12. April 1890.

Die Geburt eines Knaben zeigen an [5608]
Rudolph Tausk und Frau
Rosa, geb. **David.**
Trebnitz i. Schl., den 16. April 1890.

Durch die Geburt eines Töchterleins wurden hocherfreut [5618]
Dr. med. Eugen Pinkus und Frau
Franziska, geb. **Fuchs.**
Rawitsch, den 16. April 1890.

Unser geliebter Sohn **Heinrich** ist nach kurzen, aber schweren Leiden verschieden. [1830]
Berlin, 15. April 1890.
Ludwig Schlesinger
und Frau.

Die glückliche Geburt eines Sohnes beehren sich anzuzeigen [1828]
Moritz Roth und Frau
Emma, geb. **Mirauer.**
Berlin O, Fruchtstraße 84,
16. April 1890.

Nach kurzem schweren Leiden verschied gestern Nachts 11¾ Uhr unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter, die Wittfrau

Handel Holländer, geb. Brieger,

aus **Gleiwitz** im 61. Lebensjahre. [5613]

Dies zeigen, um stille Theilnahme bittend, an

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Breslau, den 17. April 1890.
Beerdigung: Freitag, Nachmittags 3 Uhr.
Trauerhaus: Oderstrasse 4.

Heute Nachmittag verschied nach längerem schweren Leiden mein lieber Freund und Mitarbeiter

Richard Krieger

aus **Gross-Wartenberg.**

Ich verliere einen treuen Berather und aufrichtigen Freund mit den besten Charakter-Eigenschaften, dessen Heimgang mich aufs Tiefste betrübt, und werde sein Andenken stets hoch in Ehren halten. [5622]

Wien, den 16. April 1890.

Robert Trierenberg.

Am 16. d. Mts., Nachmittags, entriß uns der Tod unseren innigstgeliebten, herzigen [5628]

Fritz

im zarten Alter von 11 Monaten.
Um stilles Beileid bitten die tieftrauernden Eltern
F. v. Elsanowski,
Eisenbahn-Bur.-Assistent,
und Frau, geb. **Lichter.**

Beerdigung Sonnabend, den 19ten d. Mts., Nachm. 2 Uhr, nach Gräbschen.

F!

Am 15. April cr. starb in Breslau nach langen und schweren, mit männlicher Fassung getragenen Leiden unser treuer Freund, der
Oberlehrer
Theodor Duda
aus **Brieg,** was wir hiermit unseren lieben Bundesbrüdern anzeigen. [5634]
Der Ausschuß der alten Herren der alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks.

Beginn des Gottesdienstes in den beiden Gemeinde-Synagogen:
Freitag, d. 18. April, Abends 7 Uhr.
Sonnabend, d. 19. April, Mrg. 8½ „
An den Wochentagen:
Morgens 6 Uhr, Abends 7 Uhr.

Synagoge f. d. Jugendgottesd. Sonnenstr. 25.
Täglich früh 5½, Abends 7¼ Uhr.
Sonnabend Nachm. 3½ Uhr Vortrag.

Stadt-Theater.

Freitag. „Der Troubadour." Oper in 4 Acten von G. Verdi. Hierauf zum 16. Male, mit vollst. neuer Ausstattung: „Meißner Porzellan." Pantomim. Ballet in 1 Act nebst 1 Vorspiel von J. Golinelli.

Sonnabend. Außer Bons-Abonnement. Benefiz für Herrn Richard Thomas. „Der Veilchenfresser." Lustspiel in 4 Acten von G. v. Moser. Hierauf: „Das Versprechen hinter'm Heerd." Singspiel in 1 Act von Alexander Baumann. (Nandl: Frl. Rödiger aus Gefälligkeit für den Benefizianten.)

Stadt-Theater.

Sonnabend, den 19. April 1890.

Benefiz für Richard Thomas.

„Der Veilchenfresser."

v. Berndt Herr Resemann.
Peter Herr Thomas.

„Das Versprechen h. Heerd."

Nandl Frl. Rödiger.
Loisl Herr Thomas. [5624]

Lobe-Theater. 4873

Freitag, den 18. April. „Die spanische Wand."

Sonntag Nachmittag 4 Uhr. Ermäßigte Preise. „Der Fall Clémenceau."

Der Bons-Verkauf für die Sommersaison beginnt Sonnabend, den 19. April, Vormitt. von 10—12 Uhr, im Bureau des Lobetheaters. Die Bons haben im Lobetheater, Residenztheater sowie in dem neu erbauten Sommertheater zu allen Vorstellungen Giltigkeit und sind bis zum 1. September giltig, werden aber auch von jetzt ab schon in Zahlung genommen.

Residenz-Theater. 4874.

Freitag und Sonnabend. „Die Stütze der Hausfrau."

Paul Scholtz's Theater.

Heute Freitag, den 18. April 1890.
„Hoch hinaus!"
Posse m. Gesang in 6 Bild. v. Salingré.
Nächste Vorstellung:
Sonntag, den 20. April 1890.

Nur noch kurze Zeit.

Liebich's Etablissement.

Heute und folgende Tage:

Oesterreichisches Militär-Concert

der berühmtesten Oesterreichisch-Ungarischen Capelle, Direction **Lambert Steiner.**
Entrée 50 Pf.
Vorverkauf **30 Pf.**
Anfang 8 Uhr.
Näheres Placate. [4755]

Zeltgarten.

Auftreten des **Schwedischen Gesangs-Sextett,** Direction Frl. **Lindström; Miss Constanze,** Eidechsdame, Herren **Kleiner** und **Lohmann,** Athleten, der Turner-Könige **Mr. Baretto** und **Mr. Artell, Mr. Köhley** u. **Miss Silvan,** Trapezkünstler, **Mr. Caesaro,** Jongleur, Herren **Gebr. Schwarz** und **Zocher,** Komiker, u. Fräulein **Werner,** Sängerin. [4838]

Anfang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

Victoria-Theater

(Simmenauer Garten)

Auftreten von **Truppe Dinus,** Parterre-Akrobaten, **Mr. Priggé** u. **Madm. Crenlét,** Instrumentalisten, **Max Menzel,** Salon- u. Charakter-Humorist, **Miss Alma,** Malabaristin auf d. rollenden Globus, **Paulo Samitty** mit seinen wunderbar dressirten Hunden, Frl. **Math. Kreutzer,** Chansonette, Frl. **Elise de Carail,** Costüm-Soubrette. [4801]

Ich prakticire nach wie vor in

Bad Langenau.

Dr. Seidelmann,

[4791] Badearzt.

Zurückgekehrt. Dr. Schaefer,

Specialarzt für chirurgisch- und Blasen-Kranke, [1740]
Königsplatz Nr. 1, I.

Zurückgekehrt. 1810 Dr. Dyhrenfurth.

Aufruf!

Den pensionirten Gerichtssecretär und Rendant Herrn **Ernst Fischer,** früher in Oppeln, ersuche ich, mir seinen jetzigen Wohnort schleunigst angeben zu wollen. [5644]

Kalinowitz, den 12. April 1890.

Lucas Zmuda,
Bauergutsbesitzer.

Welcher Herr event. **auch ältere Dame würde einem gebildeten Manne,** 50er, aus guter Familie, welchem fast alle seine Freunde gestorben sind, **Anschluß bieten?** Der Suchende würde sich auch zur Uebernahme schriftlicher Arbeiten verstehen. Gef. Off. innerhalb 8 Tagen erb. u. **W. H. 76** Bresl. Z.

Engl. u. franz. Unterricht Breitestr. 42, I. Etage.

Beuthen OS.

Hôtel Deutsches Haus

Den Herren Geschäftsreisenden beehre mich die ganz ergebene Anzeige zu machen, daß ich mit dem **heutigen Tage** das **obige Hôtel** pachtweise **übernommen habe.** [1825]

Zimmer zu M. 1,50.
Prompte Bedienung.
Hochfeine Küche.
Hochachtungsvoll
Gustav Stolzenburg,
früher Oberkellner.

Verkauf von

Flügel, Pianinos u. Harmoniums

aus den besten Fabriken Deutschlands. Billige Preise, Garantie u. sehr coulante Bedingungen i. d. Permanenten Industrie-Ausstellung Louis Seliger & Sohn, Schweidnitzerstrasse 31, I. Et.

Unübertroffen

Bohnermasse,

höchst. Glanz — große Haltbarkeit.
E. Stoermer's Nachf., Ohlauerstr. 24.

Lilienmilch

u. **dito Seife** erzeugen einen

blüthenweißen Teint.

E. Stoermer's Nachf., Ohlauerstr. 24.



Ernst Eckardt,
Civil-Ingenieur, **Dortmund.**
Specialgeschäft:
Schornsteine
Neubau u. Reparaturen. Lieferung der Formsteine. Blitzableiteranlagen.

Tiefbohrungen

auf **Kohle, Salz, Erze, Erdöl** etc. nach **allen Systemen.** — **Garantie** für **Kerngewinnung.** — **Bohrungen** bis zu **600** mm Dtr. zur Gewinnung von sehr **grossem Wasserbedarf** für Städte und Fabriken (p. Bohrung bis zu 3 Mill. Ltr. in 24 Std.). — Ausführung mittelst **Hand- u. Dampfbetrieb** mit und ohne **Wasserspülung.** — **Complette Wasserleitungen.** — **Lieferung von Tiefpumpen.** — Anzeigen von **Quellen** auf Grund **geologischer Terrainuntersuchungen.** [3365]

Prima-Referenzen.

Paul Horra,
Quellenfinder und Ingenieur,
Naumburg a. S.

Oberschlesische Fabrik für gelochte Bleche Friedrichswerk
b. Schwientochlowitz
liefert [4850]
Bleche mit Lochungen jeder Art.

Verblichene künstl. Blumen w. wie neu **aufgefärbt. Makart-Bouquets** schnell u. schön **gerein. Klosterstraße 25/26. Falk.**

Ein Pianino

steht billig **zum Verkauf Blücherplatz 6/7,** III, gradeaus. [5620]

Heirat! Unter der denkbar **größten Discretion** erhalten Damen u. Herren **sofort reiche Heiratsvorschläge** in großer Auswahl. Porto 20 Pf. Für Damen frei. **General-Anzeiger Berlin SW. 61.**

Heirathsgesuch.

Für einen Wittwer, Isr., kinderlos, ohne jeglichen Anhang, Mitte 50, wird eine passende Partie, Wittwe mit Kindern nicht ausgeschlossen, gesucht. Derselbe wäre auch geneigt, sich in ein Geschäft hineinzuheirathen. Offerten unter **C. L. 142** beförd. die Exped. der Bresl. Ztg. [4803]

Crême-Congressstoff,
bes. schön appretirt f. Gardinen. Breite 110 cm, Preis p. m 35 Pf. Im St. v. ca. 50 m noch 10 pCt. billiger. **Gestreifte Muster für Stores,** Bettdecken und Schürzen, m 65 Pf., **Marly 55 Pf., Camilla 85 Pf.,** bunt für Läufer, **Gardinen** 2c. **1,20 M.** [4278]
Hauschild'sches Häkelgarn, sowie neueste Häkelmuster in größter Auswahl. **Congreß-Proben frei.**
Schaefer & Feiler,
50 Schweidnitzerstraße 50.

Königl. Universitäts-Frauenklinik.

Am 21. April ist die alte Klinik Ohlauer-Stadtgraben 16 geschlossen. Kranke Frauen, Schwangere und Gebärende erhalten klinische und poliklinische Hülfe vom 22. April ab in der neuen Klinik Maxstraße 3. Sprechstunde wie bisher 2—3 Uhr.

Der Director. [1832]

Gesellschaft der Freunde.

Ordentliche General-Versammlung
Sonnabend, den 26. April a. c., Abends 8 Uhr, im Gesellschaftshause.
Tagesordnung: Die regelmässigen Verhandlungsgegenstände.
Die Direction. [4824]

Neu eröffnet. Berlin. Neu eröffnet.

Terminus Hôtel,

direct am Bahnhof Friedrichstr. — Friedrichstr. 101.
Hotel I. Ranges.
Elektrische Beleuchtung in sämmtlichen Salons und Zimmern.
Zimmerpreis von 3 M. an incl. Licht und Servis. [1370]
J. Stürzlinger.

Altdeutsche Bäckerei.

46 Nur Kupferschmiedestraße 46

ist die alte deutsche Bäckerei noch zu finden, wo die richtige Herführung in der Brotbäckerei bewahrt geblieben ist und das Brot schmackhaft und der Gesundheit zuträglich gebacken wird, und nirgends findet man das Brot besser, als dort, wo nicht mit Kohle geheizt wird, sondern die alte deutsche Herführung und Holzheizungsanlage für Brot- und Semmel-Bäckerei bewahrt geblieben ist. [5615]

Denn, wer von Altdeutschlands Kernbrot erst gegessen,
Der wird den Werth der altdeutschen Bäckerei ermessen.

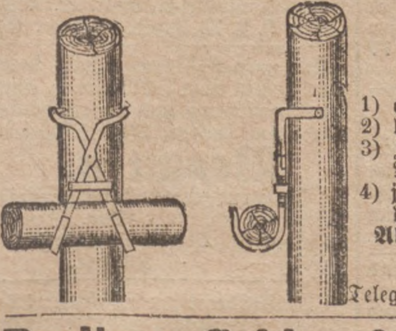
Wie bekannt, durch mein Fuhrwerk frei ins Haus.

Marshall Sons & Co.'s [058]

Locomobilen u. Dreschmaschinen

und **Locomobilen** in allen Grössen, besonders für industrielle Zwecke gebaut, in **allgemein anerkannt vorzüglichster Construction und Güte des Baues,** empfehle unter jeder Garantie. — Die **Marshall**'schen **Dreschmaschinen sind mit allen nöthigen Schutz-Vorrichtungen gegen Unglücksfälle,** als **Patent-Trommelschützer** etc. versehen. — Das Getreide wird marktfertig und die Spreu staubfrei geliefert. — **Reflectanten gebe gern die Adressen der Besitzer von circa 2500 Marshall**'schen **Maschinen in Schlesien und Posen etc. als Referenz auf.**

H. Humbert, Moritzstrasse 4, **Breslau.**



Rathenower Patentirte Gerüsthalter.
Wichtige Neuheit. [1421]
Besondere Vorzüge sind:
1) **absolute Sicherheit;**
2) leichte und beq. Anwendbarkeit;
3) Zeit- und Arbeiter-Ersparniß beim Auf- und Abrüsten;
4) jahrelange Brauchbarkeit, in Folge dessen billiger als Stricke 2c.
Allein-Verkauf in Breslau bei
Ernst Elflein,
Telegraphen-Bau-Anstalt, Gneisenaupl. 1.

Berliner Schlossfreiheit-Lotterie.

Wer sein Loos der Schlossfreiheit-Lotterie **nicht mehr weiter spielen will,** dem zahle ich für **Ueberlassung** des Looses der nunmehr beendeten 2. Classe (gleich viel welcher Collecte) für ⅛ Loos 4 Mark und für ¼ Loos 7 Mark, und stelle es Jedem anheim, mir das Loos **unfrankirt** gegen **Postnachnahme** zuzusenden.

Samuel Vertun junior,
Namslau. [4775]

Marsala,

per Flasche M. 2.25.
Proben glasweise vom Fass.
BRESLAU. Ecke Schweidnitzerstr. u. Zwingerplatz.
The Continental Bodega Company
Aeltestes Specialgeschäft der Branche auf dem Continent.
[055]

1889er Prima Virginischen Pferdezahn-Saat-Mais,
direct bezogen in größeren Quantitäten billigst. [5609]
S. Friedeberg, Breslau.

Sanatorium und Wasserheilanstalt

(Zuckmantel Oestr.-Schlesien)
des **Dr. Ludwig Schweinburg,**

langjähriger erster Assistent des Prof. **Winternitz** in Wien-Kaltenleutgeben. Anstalt für physikalische Heilmethoden: Hydrotherapie, Bewegungscur (schwedische Heilgymnastik, Mechano-Therapie), Massage, Elektricität. Diät-Terraincuren. [4247]

Neu erbautes Badehaus mit Gymnastiksaal.
Herrliche Hochgebirgs- und Waldluft. — Preise mäßig.

Jod- und Bromhaltiges Soolbad

Goczalkowitz bei Pless OS. [0163]

Anhaltepunkt der Bahn Breslau-Dzieditz. Eröffnung am 15. Mai. Wannen- und Sooldampfbäder, Douchen, Inhalatorium, Massage und elektrische Behandlung. Alle Arten Mineralwässer in frischester Füllung. Molken. Post, Telegraph und Telephon-Verbindung. Täglich zweimal Concert einer 14 Mann starken, geschulten Musikcapelle. Lohnendste Ausflüge in die nahen Beskiden und in die Tatra leicht zu bewerkstelligen. Desgleichen in die reizende Umgebung von Pless, in den fürstlichen Park, in die Fasanerien und nach dem Jagdschloss Promnitz. 10 Minuten vom Bade entfernt ein österreichisches Weinhaus und in 35 Minuten Bahnfahrt die österreichische Grenzstadt Bielitz-Biala mit dem allbekannten Zigeunerwald zu erreichen. Ein voriges Jahr fertiggestelltes Logirhaus mit 14 elegant eingerichteten Zimmern leistet auch höheren Ansprüchen vollauf Genüge. Badeärzte: **Kreis-Physikus, Geheimer Sanitätsrath Dr. Babel** und **Stabsarzt Dr. Kratzert.** Wohnungen zu Anfang und zu Ende der Saison ermässigt. Bestellungen auf Wohnungen nimmt entgegen, ebenso ertheilt Auskunft jeder Art

Die Bade-Verwaltung.

Thalheim. Kur- und Wasser-Heilanstalt. Bad Landeck i. Schl.

Methodische Wasserkur — irisch.-russ. Fichtenextract-Schwimmbäder. Massage. Elektr. Behandlung. Diätkur. [0164]
Auskunft und Prospect durch **Dr. med. A. Voelkel.**

Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank.

Status am 31. März 1890.

Activa.

		ℳ	₰
Kassen- und Wechselbestände		921 65?.	62.
Effecten nach § 40 des Statuts		1 862 259	45.
Unkündbare Hypothekenforderungen		60 950 968.	90.
Kündbare dto.		189 350.	—.
Hypotheken der Reservefonds		1 288 450.	—.
Darlehne an Communen und Corporationen		1 212 900.	—.
Lombard-Forderungen		1 177 884.	80.
Bankgebäude { Herrenstraße 26	ℳ 247 000. —.		
Bankgebäude { Schloßstraße 2	„ 234 679. 12.	481 679.	12.
Pfandbriefzinsen		236 388.	57.
Guthaben bei Banken und Bankhäusern		1 390 057.	42.
Verschiedene Activa		377 089.	72.
	ℳ	70 088 378.	60.

Passiva.

	ℳ	₰
Actien-Capital	7 500 000.	—.
Unkündbare Pfandbriefe im Umlauf	57 709 050.	—.
Schlesische Communal-Obligationen im Umlauf	984 900.	—.
Unerhobene Valuta geloofter Pfandbriefe	593 000.	—.
Einzulösende Coupons und Dividendenscheine	519 902.	49.
Reservefonds	1 288 156.	82.
Hypotheken-Amortisationsfonds	762 091.	86.
Hypothekenzinsen und Verwaltungs-Einnahmen	129 465.	39.
Creditoren im Conto-Corrent	247 418.	80.
Verschiedene Passiva	354 393.	24.
ℳ	70 088 378.	60.

Breslau, den 14. April 1890.

[4875] **Der Vorstand.**

Verdingung

der Lieferung von 1280 To. Granit-Pflastersteinen zur Pflasterung von Zufuhrwegen auf den Bahnhöfen Breslau, Brieg und Ohlau.

Die Lieferungsbedingungen liegen in unserem Geschäftszimmer 21 — Centralbahnhof — aus und sind auch von da gegen portofreie Einsendung von 50 Pf. zu beziehen.

Eröffnungstermin der Angebote am 29. April 1890, Vormittags 11 Uhr. Zuschlagsfrist 14 Tage. [4859]

Breslau, den 13. April 1890.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt (Brieg—Lissa).

Eisenbahn-Directionsbezirk Breslau.

Zur Beschäftigung bei Bahnhofs-Um- und Erweiterungsbauten wird ein vereideter **Landmesser,** welcher bei Eisenbahnen bereits thätig gewesen ist, gegen acht Mark Tagesdiäten und eine für die Dauer vorwiegend auswärtiger Thätigkeit zu gewährende feste Reisekostenvergütung von Sechzig Mark monatlich zum baldigen Antritte gesucht.

Bewerber wollen sich unter Beifügung ihrer Zeugnisse baldigst bei uns melden.

Oppeln, den 12. April 1890. [4856]

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Verdingung

der **Pflasterarbeiten** auf dem Vorplatze und dem anschließenden Zufuhrwege des Bahnhofs **Peiskretscham.**

Bedingnißhefte sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen **bis zum 26. April d. J., Vormittags 10 Uhr,** an uns — Zimmer 9 — gebührenfrei einzusenden.

Bedingungen liegen in dem obenbezeichneten Zimmer zur Einsicht aus und können gegen Erstattung von 0,50 M. (auch in Briefmarken zu je 10 Pf.) ebendaher bezogen werden. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Oppeln, im April 1890. [4857]

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Verdingung

der Lieferung von **Granit-Pflastersteinen** für die Pflasterung des Zufuhrweges auf Bahnhof **Peiskretscham.**

Bedingnißhefte sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen **bis zum 26. April d. J., Vormittags 11 Uhr,** an uns — Zimmer 9 — gebührenfrei einzusenden.

Bedingungen liegen in dem obenbezeichneten Zimmer zur Einsicht aus und können gegen Erstattung von 0,50 M. (auch in Briefmarken zu je 10 Pf.) ebendaher bezogen werden. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Oppeln, im April 1890. [4858]

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachung.

In dem Concursverfahren über das Vermögen der verehel. Kaufmann **Louise Jacob**, geb. **Moses**, von hier ist auf Antrag des Verwalters Kaufmanns **Michalock** zur Beschlußfassung der Gläubiger über die Verwerthung einer für die Gemeinschuldnerin auf dem Grundstücke Nr. 33 Weißgerbergasse hierselbst in Abtheilung III unter Nr. 16 eingetragenen, mit 5% verzinslichen Hypothekenforderung von 4000 Mark ein Termin

auf den 6. Mai 1890, Vormittags 10½ Uhr,

an der Gerichtsstelle hierselbst, am Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 4, Zimmer 89 des zweiten Stockes, anberaumt worden. [4868]

Breslau, den 11. April 1890.

Winkler,
Gerichtsschreiber
des Königlichen Amts-Gerichts.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche von Rückers Band II Blatt 51 auf den Namen der **Franzisca Moschner**, geb. **Menzel**, verwittwet gewesenen **Walter**, eingetragene, in Rückers, Kreis Glatz, belegene Grundstück soll auf Antrag des Müllermeisters **August Moschner** zu Rückers zum Zwecke der Auseinandersetzung unter den Miteigenthümern

am 6. Mai 1890, Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht **auf dem** zum Verkauf stehenden **Mühlengrundstück** (nahe bei der katholischen Kirche) **zu Rückers** zwangsweise versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 20,25 Mk. Reinertrag und einer Fläche von 2,19,70 Hektar zur Grundsteuer, mit 210 Mk. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. [4867]

Reinerz, den 26. Februar 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist die unter Nr. 605 eingetragene Firma **G. Springer** zu Ober-Waldenburg heute gelöscht worden. [1826]

Waldenburg, den 14. April 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Vom 1. April 1890 ab bearbeitet an Stelle des Amtsrichters **Rüter** der Amtsrichter **Schmutter** von hier die auf die Führung des Handels-, Muster- und Genossenschafts-Registers bezüglichen Geschäfte des unterzeichneten Gerichts. [4860]

Neisse, den 12. April 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In das bei unterzeichnetem Gerichte geführte Gesellschaftsregister ist heute unter Nr. 132 [4861] **die Commanditgesellschaft Carl Kuntze u. Comp.** zu Laband und als persönlich haftender Gesellschafter derselben der Obersteiger a. D. **Carl Kuntze** zu Laband eingetragen worden.

Gleiwitz, 12. April 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist heut unter Nr. 785 die Firma [4862] **August Korus** zu Gleiwitz und als deren Inhaber der Kaufmann **August Korus** zu Gleiwitz eingetragen worden.

Gleiwitz, den 11. April 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Gesucht f. m. 4 Kind. i. Alter v. 6—13 J. e. s. geb. isr. Frl., zugl. mus., w. franz. u. engl. Nachhülfe erth., s. a. wirthschaftl. etw. nützl. macht. Frl. m. gut. Thätigk.-Zeugn. w. nur berücks. Geh. 400 M. Off. sub **H. 22054** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Breslau.** [1822]

Für mein **Zuckerwaaren-Fabrikgeschäft suche** ich zum baldigen Antritt eine gewandte, poln. sprechende

Verkäuferin,

die ihre bisherige Thätigkeit in ähnlichen Stellungen durch Zeugnisse nachweisen kann. [4537]

Offerten mit Photographie erbeten.

L. Schlesinger, Kattowitz OS.

Eine tüchtige Putzmacherin

wird gesucht. Offerten an [5614]

A. J. Mugdan,
Ring- und Blücherplatz-Ecke.

Tücht. Köchin., Stubenmädch., Kinderschleuß. u. Mädch. f. Alles mit gut. Attest. empf. Fr. **Brier,** Ring 2.

Tücht. Köch., Stubenmädch., Mädch. f. A. Kinderm. f. u. e. **Zolki's Nchf.** Frb.-Str. 25

Aeltere tüchtige Köch. empf. Bureau Bischofstraße Nr. 8.

30 Mark demjenigen,

welcher mir eine Stelle für Reise, Comptoir oder Lager **nachweist.**

Gefl. Off. **K. M. 78** Exp. Bresl. Ztg.

Reisender,

welcher seit längerer Zeit Schlesien u. Posen für größere Cigarrenfabrik bereist, beabsichtigt sich per 1. Juli c. zu verändern. Gefl. Offerten erbeten unter **L. C. 80** an die Expedition der Bresl. Ztg. [5643]

Ich **suche** einen **Provisionsreis.,** der Niederschlesien bereist, für einen ohne Muster leicht verkäuflichen Artikel. Adressen unter **P. S. 77** an die Exped. der Bresl. Ztg.

Ein Reisender

für mein Borden- und Knöpfe-Geschäft en gros, mit der Branche und Kundschaft vertraut, per sofort zu engagiren gesucht. Off. unter **E. R. 73** Exped. Bresl. Ztg. erbeten.

Für ein **Colonialwaaren- und Destillations-Geschäft** in einem Hüttenorte Niederschlesiens **wird** ein tüchtiger, umsichtiger, **älterer**

Commis

bei hohem Gehalt **gesucht.** Antritt per 1. Juni cr. Offerten unter **Z. 146** an die Exped. d. Bresl. Ztg. erbeten. [4834]

Zum sofortigen Antritt **wird** für ein **Specerei- u. Schnittwaaren-Geschäft der Hüttengegend Oberschlesiens** ein mit den Branchen vertrauter [4834]

Commis

gesucht. Kenntniß des Polnischen erforderlich. Meldungen sind an **Joseph Breslauer, Breslau,** Carlsstraße 7, zu richten.

Ein jüngerer Commis aus der Speditionsbranche **kann sich** zum sofortigen Antritt **melden.** [5642]

W. A. Goldschmidt Söhne.

Für mein **Manufactur- u. Modewaaren-Geschäft** suche ich per 1. Mai einen tüchtigen [4825]

Verkäufer

(Christ), der polnischen Sprache mächtig. Marken verbeten.

J. Pasker, Ratibor.

Für mein **Herren-, Damen- u. Kinder-Confections-Geschäft** suche ich einen tüchtigen [4822]

ersten Verkäufer.

E. Goertz, Pirna i. S.

Confection.

Wir suchen einen mit der Branche u. Kundschaft vertrauten

Reisenden

bei hohem Salair zu engagiren. [5627]

Michaelis & Leipziger.

Ein tüchtiger Wagen-Lackirer,

der bereits Erfahrungen in seinem Fache gesammelt hat und Zeugnisse seiner Brauchbarkeit vorlegen kann, findet sogleich dauernde Stellung bei der **Stettiner Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft in Stettin.** [4871]

Einen [4855]

tücht. Verkäufer

aus der **Wäsche-, Weiß-, Tricotagen- u. Strumpf-Waaren-Branche,** welcher **sehr geübt** im Decoriren der Schaufenster ist, suche ich zum möglichst bald. Antritt.

Hermann Lesser, Chemnitz.

Für eine [4794]

große Musikalienhandlung

Breslaus **wird** zum sofortigen Antritt ein junger Mann, aus guter Familie und mit guten Gymnasialkenntn. ausgerüstet, **als Lehrling gesucht.**

Persönliche Vorstell. Mittags von 2—3 Uhr Neudorfstr. 8, I., rechts, erbeten.

Für ein Modewaaren- und Damen-Confections-Gesch. in einer größ. schlesischen Provinzialstadt wird ein junger Mann, **tüchtiger Verkäufer** und **Decorateur,** zum sofortigen Antritt **gesucht.** [5629]

Off. an **Moritz Moskiewicz** in **Breslau.**

Per sofort **wird** ein praktischer

Destillateur,

der sich für die Reise gut qualificirt, **gesucht.** Offerten mit Gehaltsansprüchen bei fr. Station u. Zeugnißabschriften sind zu richten an [4835]

D. Lewkowicz, Groß-Wartenberg.

Ein **tüchtiger, selbstständiger**

Destillateur,

der auch mit den Comptoirarbeiten bewandert ist, kann sich für sofort oder per 1. Mai a. c. melden.

Offerten unter **R. G. 136** an die Exped. d. Bresl. Ztg. [4778]

1 junger Mann,

welcher mit der Buchführung und mit schriftlichen Arbeiten vertraut und **sehr zuverlässig** ist, wird per sofort **zu engagiren gesucht.**

Ebenso ein [1833]

Lager-Commis,

welcher in der **Modewaaren- und Wäsche-Branche** firm ist.

Offerten mit genauer Angabe der bisherigen Thätigkeit und Gehaltsanspruch sind sub Chiffre **T. 66** an **Rudolf Mosse, Breslau,** zu richten.

Ein j. Mann

5623

sucht anderweitige **Stellung** als **Lehrling** o. a. **Volontair** in einem Herren-Conf.-Gesch. Antr. sof. Gefl. Off. u. **C. G. 74** Exped. d. Bresl. Ztg.

Für mein **Mühlengeschäft suche** zum Antritt vom 15. Mai a. c. einen der Buchführung und Correspondenz mächtigen, jungen, soliden, verheir.

Beamten.

Bei Bewerbungen ersuche um Zeugnißabschriften und curr. vitae. Marken verbeten.

[4870] **Simon Hamburger, Zabrze.**

Um mich über landwirthsch. Verhältn. Schlesiens praktisch z. orientiren, **suche** bei einfachen Ansprüchen ohne Gehalt

Stellung als Inspector.

Beste Zeugnisse über bisher. landwirthschaftl. Thätigkeit vorhanden.

Gefl. Adr. unter **Nr. 81** an die Exped. der Bresl. Ztg. [5645]

Ein

Wirthschafts-Assistent,

6 Jahr beim Fach, beider Landesspr. mächtig, mit Drillcultur u. Rübenbau vertraut, **sucht** von Johanni **Stellung als solcher** unter directer Leitung des Prinzipals.

Gefl. Offerten unter **F. Z. 82** an die Exped. der Bresl. Ztg. zur weiteren Beförderung. [5648]

Ein mit Wartung und Pflege vertrauter **Diener** wird zu einem rückenmarkkranken Herrn **gesucht.** Offerten u. Gehaltsansprüche unter Chiffre **Y. Z.** postlag. **Gleiwitz.**

Ein herrschaftl. Diener

mit guten Zeugnissen zum Antritt 1. Mai kann sich melden **Gartenstraße 8,** part. rechts. [1821]

Für mein **Colonial- u. Eisenwaarengeschäft suche** ich per sof. einen Sohn anständiger Eltern als

Lehrling.

4869

S. Matzdorff, Landsberg OS.

Für einen Realschul-Obertertianer, groß, kräftig, der besondere Lust zum Kaufmannsstande hat, **wird**

Lehrlingsstelle

in einem Geschäft oder Fabrik für sofort **gesucht.** Gefl. Offerten nebst Bed. bef. die Exped. der Bresl. Ztg. sub **R. R. 141.** [4784]

Lehrlingsstelle-Gesuch.

Für **meinen,** mit dem einjährig-freiwilligen Zeugniß versehenen **Sohn suche** ich eine **Stelle als Lehrling** in einem Bank- oder Engros-Geschäft in Breslau. Offerten unter **B. 18** postlagernd Militsch erbeten. [5488]

Vermiethungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Ein möbl. Zim., in der Nähe des Königsplatzes, v. e. j. Manne, d. viel auf Reisen, **gesucht.** Off. unt. **E. Z. 75** an die Exp. d. Bresl. Ztg.

Freiburgerstr. 27

3. Stock per Juli, auch sofort zu beziehen, für 450 Thaler zu vermiethen. [5562]

Freiburgerstr. 30,

3. Stock, 6 Zimmer, Badestube, Mädchenstube ꝛc., per ersten October für 450 Thlr. zu verm. [5563]

Gold. Radegasse 20

ist eine helle **Wohnung** zu verm.

Höfchenstraße 75

sind **Wohnungen** zu 650, 600 und 550 Mark zu vermiethen. [5561]

Tauentzienstraße 56 B.

Die 3. Etage, 5 Zim. und Zubeh., 265 Thlr., bald od. Joh. zu verm.

Museumsplatz 7

ist die **halbe 3. Etage** (5 Zim. ꝛc.) für 1200 Mark zu vermiethen.

Näheres I. Etage. [5619]

Nicolaistadtgraben 19

zu vermiethen: I. Etage 9 bis 10 Zimmer mit reichlichem Beigelaß zum 1. October; **III. Etage sechs Zimmer** mit Beigelaß zum 1. Juli oder früher. Näheres erste Etage.

Berlinerstraße 8

eine **herrsch. Wohn.** zu vm., sof. zu bez.

Augustastraße 33

zwei herrsch. comf. Wohnungen **billig** zu vermiethen. [5610]

Nicolaistadtgraben 18

Vorderhaus: halbe erste u. halbe dritte Et. per Michaelis. [5611]
Hofgebäude: halbe zweite Et. (zwei Zim. ꝛc.) per Johannis zu vm.

Ring 56, part.,

sind **Compt., Remise und Keller** zu vermiethen. Näheres **3. Etage.**

Ring 10|11

in **3. Etage 3 Zim. ꝛc.** zu verm.

Eleganter Laden

zu vermiethen **Gartenstr. 1, am Sonnenplatz.** [057]

Kattowitz, Wilhelmsplatz.

Im Etablissem. **Reichshalle** ist ein **Laden m. reichl. Wohnung,** Keller u. Bodenräumen, in welchem seit einer Reihe v. Jahren mit gutem Erfolge ein **Specerei-Gesch.** betrieben wurde und welches vermöge seiner günstigen Lage auch begründete Aussicht hat, für die Zukunft gut zu werden, ist per **1. October 1890** zu vermiethen.

Nähere Auskunft ertheilt der Wirth der **Reichshalle.** [1772]

In Oels i./Schl. sind dicht am Bahnhof (in sogen. Würfelhause)

2 gr., trockene Schüttböden

vom 1. Juli ab zu vermiethen. Das Nähere daselbst beim Vicewirth.

Klosterstraße 36 und 36a

Wohnungen sofort und 1. October **zu vermiethen.**

Telegraphische Witterungsberichte vom 17. April.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.

Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. a. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Temperat. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullaghmore	751	7	O 5	bedeckt.	
Aberdeen	745	11	NO 5	h. bedeckt.	
Christiansund	750	8	ONO 3	wolkenlos.	
Kopenhagen	755	6	NNO 2	bedeckt.	
Stockholm	758	2	ONO 6	Regen.	
Haparanda	776	—7	still	wolkenlos.	
Petersburg	767	—3	ONO 3	heiter.	
Moskau	763	—1	NO 2	Schnee.	
Cork, Queenst.	748	11	O 4	h. bedeckt.	
Cherbourg	745	10	ONO 3	Regen.	
Helder	750	6	NO 3	Nebel.	
Sylt	753	6	ONO 4	wolkig.	
Hamburg	751	5	NNO 4	bedeckt.	Dunst
Swinemünde	751	4	NO 5	Regen.	
Neufahrwasser	754	5	NNO 2	bedeckt.	
Memel	754	11	ONO 2	h. bedeckt.	
Paris	744	10	OSO 2	bedeckt.	
Münster	748	8	NO 4	bedeckt.	
Karlsruhe	746	8	NO 3	bedeckt.	
Wiesbaden	746	7	still	bedeckt.	
München	745	9	NO 5	bedeckt.	
Chemnitz	749	8	NO 2	wolkig.	Nachm. Gewitter.
Berlin	749	8	O 4	bedeckt.	Abends Wetter-
Wien	750	11	S 1	h. bedeckt.	leuchten.
Breslau	750	10	SO 1	wolkenlos.	
Isle d'Aix	743	9	O 1	heiter.	
Nizza	740	9	SSO 4	Regen.	
Triest	750	15	SO 1	bedeckt.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Ein barometrisches Minimum von etwa 740 mm liegt über dem Biskayischen Busen, gegenüber einem Maximum von über 777 mm über Lappland. Bei an der Küste ziemlich frischen, im Binnenlande meist schwachen nordöstlichen Winden und durchschnittlich wenig veränderter Temperatur ist das Wetter in Deutschland vorwiegend heiter. Stellenweise sind Niederschläge gefallen; zu Kassel, Magdeburg und Chemnitz fanden gestern Nachmittag Gewitter, zu Berlin fand Wetterleuchten statt. Nizza meldet 36 mm Regen.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: J. Seckles; für das Feuilleton: Karl Vollrath; für den Inseratentheil: Oscar Meltzer; sämmtlich in Breslau.
Druck von Grass, Barth & Co. (W. Friedrich) in Breslau.